

U n t e r r i c h t u n g

durch den Präsidenten des Landtags

Berichte zur Information über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des ZDF und des DeutschlandRadios

(§ 5 a Abs.1 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bericht der in der ARD zusammengefassten Landesrundfunkanstalten	3
Bericht des ZDF	33
Bericht des DeutschlandRadios	55

Nach § 5 a Abs. 1 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben des Vorsitzenden der ARD vom 27. November 2002, Schreiben des Intendanten des ZDF vom 2. Dezember 2002 und Schreiben des Intendanten des DeutschlandRadios vom 5. Dezember 2002 zugeleitet.

Der Präsident des Landtags hat gemäß § 66 Abs. 1 und 2 GOLT im Benehmen mit den Fraktionen die Drucksache an den Ausschuss für Medien und Multimedia überwiesen. Gleiches gilt für die bereits verteilte Drucksache 14/1637 (Bericht des Südwestrundfunks an die Landtage der Staatsvertragsländer Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz).

**Bericht
der in der ARD zusammengefassten Landesrundfunkanstalten**

Schreiben des Vorsitzenden der ARD vom 27. November 2002 an den Präsidenten des Landtags:

Auf der Grundlage des in diesem Jahr in Kraft getretenen Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrages erstatten die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das DeutschlandRadio gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages allen Landesparlamenten einen schriftlichen Bericht zur Information über ihre wirtschaftliche und finanzielle Lage.

Als ARD-Vorsitzender übermittele ich Ihnen den die ARD betreffenden Teil dieses erstmalig erstellten Berichtes. Die entsprechenden Berichte des DeutschlandRadios und des Zweiten Deutschen Fernsehens gehen Ihnen von dort unmittelbar zu.

Der Bericht wird eingeleitet durch eine abgestimmte, gemeinsame Erklärung von ARD, ZDF und DLR mit den Aussagen zur allgemeinen finanziellen bzw. medienpolitischen Lage. Der sich anschließende ARD-Teil des Berichts enthält Aussagen zur Zusammenarbeit (Kapitel 1) und zu finanzpolitischen Grundsätzen der ARD (2), eine aktuelle Ergebnisübersicht (3) sowie eine Darstellung und Würdigung der Ergebnisse des letzten 13. KEF-Berichts (4).

Wie im Staatsvertrag vorgesehen, werden ferner die Gemeinschaftsprogramme und gemeinschaftlichen Aktivitäten (5) sowie der Geschäftsfelder von gemeinsamen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften (6) der Rundfunkanstalten beschrieben. Der Bericht schließt mit einer Darstellung der Entwicklungsperspektiven der Rundfunkanstalten (7).

Ohne auf Einzelheiten des Berichts einzugehen, möchte ich festhalten, dass die ARD im Gebührenzeitraum 2001 bis 2004 im Rahmen ihrer finanzpolitischen Instrumente alle Möglichkeiten ausschöpfen wird, Einsparungen zu realisieren und Einnahmeverbesserungen zu erzielen, um so den Programmauftrag im Sinne der Gebührenzahler sowie ihrer Hörer und Zuschauer in bester Weise zu erfüllen. Bis Ende 2004 wird die ARD mit der derzeitigen Gebühr auskommen.

Fritz Pleitgen

**Bericht
über die wirtschaftliche und finanzielle Lage
der Rundfunkanstalten (ARD)**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Gemeinsame Erklärung von ARD, DLR und ZDF	6
II. Bericht über die wirtschaftliche Lage der ARD	8
1. Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten als Ausdruck des Föderalismus in Deutschland	8
2. Finanzpolitik der ARD	8
2.1 Grundsätze	8
2.2 Instrumente der Finanzpolitik	9
2.2.1 Instrumente zur Ertragsmaximierung	9
2.2.2 Instrumente zur Effizienzsteigerung und Kostenreduzierung	10
3. Gesamtergebnis der ARD-Landesrundfunkanstalten im Jahr 2001	10
3.1 Ertragslage	11
3.2 Aufwandsentwicklung	12
3.3 Finanzierungsstruktur	13
3.4 Mittelfristige finanzielle Perspektive	14
4. Ergebnisse des Planungszeitraumes 2001 bis 2004	14
4.1 Ergebnisse des 13. Berichts	14
4.1.1 Ertragslage	15
4.1.2 Aufwandsentwicklung	15
4.1.3 Weitere Feststellungen der KEF im 13. Bericht	15
4.2 Stellungnahme der ARD-Anstalten zum 13. KEF-Bericht	16
4.2.1 Unterschiedliche Bewertung von der KEF festgestellter Risiken	16
4.2.2 Zuschätzungen der KEF bei den Erträgen	17
4.2.3 Kürzungen der Programm- und Sachaufwendungen	17
4.2.4 Kürzungen beim Entwicklungsprojekt „Online/Multimedia“	18
4.2.5 Kürzungen im „Bericht zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“	18
4.2.6 Anrechenbare Eigenmittel	19
4.2.7 Bewertung der KEF-Feststellungen durch die ARD	19
5. Erfüllung des Programmauftrags	20
5.1 Fernsehen	20
5.1.1 Erstes Fernsehgemeinschaftsprogramm	20
5.1.2 Europäischer Kulturkanal ARTE	21
5.1.3 Ereignis- und Dokumentationskanal PHOENIX	21

	Seite
5.1.4 3sat	22
5.1.5 Kinderkanal	22
5.1.6 Dritte Programme	23
5.1.7 Auslandsfernsehen German TV	23
5.2 Hörfunk	23
5.3 Online-Angebote der ARD-Landesrundfunkanstalten	24
5.4 ARD Digital	25
5.5 Technische Umsetzung des Programmauftrags	25
6. Gemeinsame Aktivitäten von ARD/ZDF einschließlich Tochter- und Beteiligungsgesellschaften	27
6.1 Gebühreneinzugszentrale – GEZ	27
6.2 SportA Sportrechte- und Marketing-Agentur GmbH	28
6.3 Institut für Rundfunktechnik GmbH (IRT)	28
6.4 Zentrale Fortbildung der Programm-Mitarbeiter/innen ZFP	28
6.5 Schule für Rundfunktechnik (SRT Stiftung)	29
6.6 Rundfunk-Betriebstechnik GmbH (RBT)	29
6.7 Degeto Film GmbH	29
6.8 Deutsches Rundfunkarchiv (DRA)	30
7. Perspektiven der ARD	30
7.1 Programm	30
7.2 Technik	31
7.3 Finanzen	31

I. Gemeinsame Erklärung von ARD, DLR und ZDF

Das duale Rundfunksystem in Deutschland basiert auf der Leitvorstellung, dass Rundfunk nicht nur Wirtschaftsgut ist, sondern eine herausragende Bedeutung für das demokratische und pluralistische Gemeinwesen besitzt. Den öffentlich-rechtlichen Anstalten ist deshalb ein umfassender Programmauftrag übertragen worden. Sie sollen mit ihren Fernseh- und Hörfunkprogrammen zur Information und freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beitragen, der Bildung, Beratung und Unterhaltung dienen und dadurch dem kulturellen Auftrag des Rundfunks entsprechen.

Für den privaten Rundfunk wurden hingegen lediglich Rahmenbedingungen festgelegt, innerhalb derer er sich frei entfalten kann. Dabei ist er abhängig von einem leistungsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der durch seinen umfassenden Programmauftrag erst die Voraussetzungen für die Freiheiten des an ökonomischen Interessen orientierten privaten Rundfunks schafft.

Die beiden letzten Jahre mit der Krise des Neuen Marktes, den Einbrüchen im Werbemarkt, den wirtschaftlichen Problemen kommerzieller Rundfunkveranstalter und nicht zuletzt dem Zusammenbruch des Kirch-Konzerns haben gezeigt, wie wichtig eine kontinuierliche und stabile Wahrnehmung dieses Auftrages durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist. ARD und ZDF können ihren Programmauftrag aufgrund ihrer Finanzierungsbedingungen weitgehend unabhängig von der medienwirtschaftlichen Entwicklung umsetzen.

Unstreitig verfügen die öffentlich-rechtlichen Anstalten auch in schwierigen ökonomischen Zeiten durch die Rundfunkgebühr über eine finanzielle Grundausstattung, durch die ihre verfassungsmäßig garantierte Bestands- und Entwicklungsgarantie gewährleistet ist. Dennoch traf der im Jahr 2001 einsetzende konjunkturbedingte Rückgang der Werbeeinnahmen, der sich über alle Branchen der werbetreibenden Industrie erstreckte, die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit einer Einbuße von über 15 Prozent hart, weil es ihnen aufgrund der vorhandenen rechtlichen Beschränkungen auf diesem Markt sehr viel schwerer fällt, auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Die verringerten Werbeeinnahmen müssen durch zusätzliche Einsparungen ausgeglichen werden, die auch Programmleistungen nicht unberührt lassen können. Werbung und Sponsoring als zusätzliche Einnahmequellen für ARD und ZDF tragen zum einen zur Unabhängigkeit von etwaigen staatlichen Einflüssen bei, zum anderen bleiben sie nicht zuletzt deshalb unentbehrlich, weil sie die Rundfunkgebühr auf einem sozialverträglichen Niveau halten.

An der bestehenden Mischfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit dem Schwerpunkt Rundfunkgebühr ist daher auch zukünftig festzuhalten. Dabei muss einerseits eine bedarfsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet und andererseits das Verhältnis von Gebühren und anderen Ertragsquellen wie Werbung oder Sponsoring so austariert bleiben, dass finanzielle Flexibilität und Unabhängigkeit gleichermaßen gewährleistet sind. Die aktuelle konjunkturelle Lage mit den aufgezeigten negativen Impulsen für die Finanzlage der Anstalten hat dies unterstrichen.

Auf kurze Sicht wird jedoch zunächst einmal entscheidend sein, dass die auf Basis des Beschlusses der Konferenz der Ministerpräsidenten vom 24. bis 26. Oktober 2001 in Zusammenarbeit mit den Rundfunkanstalten weiterzuentwickelnde Rundfunkgebühr in diesem Sinne verabschiedet wird. Die private wie gewerbliche Bereiche einbeziehende so genannte „große Lösung“ muss den Anforderungen der weitergehenden Konvergenz der Informations- und Kommunikationstechnik genügen und die bestehenden Verfahren vereinfachen. Aus Sicht der Rundfunkanstalten ist sicherzustellen, dass die bedarfsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch künftig gewährleistet bleibt und unkalkulierbare Einnahmerisiken vermieden werden. Gerade in einer von den dramatischen Einbrüchen bei der Werbung geprägten Zeit brächten zusätzliche finanzielle Einbußen aufgrund einer diesem Tatbestand unzureichend Rechnung tragenden reformierten Rundfunkgebühr die Anstalten in eine Lage, die ihnen die Erfüllung ihres Auftrags unmöglich machen würde.

Das Geschehen am 11. September 2001 und dessen Nachwirkungen forderte den öffentlichen-rechtlichen Rundfunk im Kern dieses Auftrags. ARD und ZDF wurden dabei ihrer Rolle als Leitmedium gerecht, das den Zuschauer durch die Verbindung von Information und Kommentar, von Fakten und Hintergrund bei der eigenen Meinungsbildung begleitet. Auch unabhängig von Ausnahmesituationen wie dieser decken die Zuschauerinnen und Zuschauer ihren Informationsbedarf weiterhin in erster Linie über die öffentlich-rechtlichen Programme, weil diese unverändert als glaubwürdiger, anspruchsvoller und seriöser gelten. So liegen die Anteile der politisch Interessierten unter den Zuschauern hier deutlich höher als bei den privaten Anstalten. Nicht nur die beiden öffentlich-rechtlichen Hauptprogramme, sondern auch die Partnerkanäle von ARD und ZDF stellten gerade im Umfeld der Ereignisse des 11. Septembers und des nachfolgenden Krieges in Afghanistan ihre Leistungsfähigkeit und Bedeutung im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Auftrags eindrucksvoll unter Beweis. So informierten PHOENIX, ARTE und 3sat sowohl aktuell als auch und vor allem mit vertiefenden Sendungen und Hintergrundinformationen, etwa zum internationalen Terrorismus oder mit Blick auf die Lebensverhältnisse in Afghanistan. Dabei erstreckte sich die Berichterstattung nicht nur auf das unmittelbare zeitliche Umfeld, sondern über mehrere Wochen und Monate.

Unabhängig von aktuellen Ereignissen zeigt der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Leistungsfähigkeit insbesondere auch im Bereich des Hörfunks mit einer Tagesreichweite von bundesweit über 51 %. Die Hörfunkprogramme der Landesrundfunkanstalten bilden die föderale Struktur Deutschlands ab und stellen mit ihren vielfältigen auf die Regionen und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Hörerinnen und Hörer zugeschnittenen Angeboten gemeinsam mit dem DeutschlandRadio den Programmauftrag umfassend sicher. Dabei leisten gerade die Kultur- und Informationsprogramme der Landesrundfunkanstalten in ihren Sendegebietern sowie das DeutschlandRadio bundesweit einen erheblichen Beitrag zur Verankerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Die beiden Programme des bundesweit ausgestrahlten DeutschlandRadios erfüllen durch die Akzeptanz in den neuen wie in den alten Bundesländern einen besonderen publizistischen und gesellschaftspolitischen Integrationsauftrag. Dabei könnte die Akzeptanz und damit der Beitrag zur gebührenfinanzierten Grundversorgung noch erhöht werden, wenn eine flächendeckende Ausstrahlung der beiden Programme gesichert werden könnte.

Um diesem im Funktionsauftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten festgeschriebenen Anspruch an die eigene Leistungsfähigkeit unverändert genügen zu können, ist eine dynamische, den sich ändernden technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmendaten permanent anzupassende Interpretation dieses Auftrags unabdingbar. Die Entwicklungsgarantie der Anstalten bezieht demnach zu Recht auch die Nutzung neuer Programm- und Angebotsformen wie Online-Dienste oder die Nutzung digitaler Verbreitungswege mit ein. Letzteres gewährleistet etwa die von der Bundesregierung auf Empfehlung der Initiative Digitaler Rundfunk (IDR) beschlossene schrittweise Ablösung der herkömmlichen analogen terrestrischen Fernsehübertragung durch die digitale Technik bis zum Jahr 2010, die einen wichtigen Meilenstein zur künftigen Sicherung eines chancengerechten dualen Rundfunksystems innerhalb der geltenden Rechtsvorschriften bildet.

Ebenfalls in Vollzug des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. bis 26. Oktober 2001 wurden auf Ebene der Rundfunkreferenten der Bundesländer Überlegungen aufgenommen, den öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrag vor dem Hintergrund dessen besonderer Dynamik in Form von auf ARD, ZDF und DeutschlandRadio bezogener Selbstverpflichtungen zu konkretisieren. Diese – im Lichte der von der Europäischen Kommission beschlossenen Kriterien für eine zulässige Gebührenfinanzierung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunkangebots zu sehende – Initiative verstehen die Rundfunkanstalten wie auch den hier vorgelegten Bericht als einen weiteren Beitrag zur Erhöhung der Transparenz bei der Erfüllung ihres Auftrags. Dies gilt sowohl gegenüber den Parlamenten als auch gegenüber der Öffentlichkeit.

II. Bericht über die wirtschaftliche Lage der ARD

1. Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten als Ausdruck des Föderalismus in Deutschland

In der 1950 von sechs Anstalten gegründeten Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) sind heute zehn eigenständige Landesrundfunkanstalten und die Deutsche Welle zusammengeschlossen. Rechtsgrundlagen sind die Satzung der ARD, der ARD-Staatsvertrag sowie der Rundfunkstaatsvertrag. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder. Die wichtigste Aufgabe der ARD-Landesrundfunkanstalten ist – seit 1954 – die Veranstaltung des Ersten Deutschen Fernsehens. Im Laufe der Jahrzehnte hat die ARD eine ganze Anzahl weiterer Aufgaben gemeinschaftlich organisiert, die direkt oder indirekt die Herstellung von Programmen unterstützen. Hinzu getreten sind aber auch neue gemeinsame Programmaufgaben wie 3sat, ARTE, PHOENIX und Kinderkanal, die in Kooperation mit dem ZDF oder auch mit internationalen Partnern realisiert werden, und die zusätzlichen Kanäle Eins MuXx, Eins Extra und Eins Festival im digitalen Bouquet der ARD. Auch im Rahmen der Hörfunk-Angebote der Landesrundfunkanstalten bestehen vielfältige Formen der Zusammenarbeit. Videotextangebote und in den letzten Jahren vor allem auch Internet-Angebote ergänzen die Programme in Fernsehen und Radio. Sie gehören zu einem wettbewerbsfähigen Rundfunkangebot dazu und werden von unserem Publikum erwartet. Die gemeinschaftlichen Internetangebote ARD.de, Tagesschau.de und Das Erste.de, die durch Austausch und Zulieferung synergetisch ermöglicht werden, sind hier Ausdruck des gemeinsamen Handelns der ARD.

Zusammen mit den regional orientierten Dritten Fernsehprogrammen und den Hörfunkprogrammen, die die Landesrundfunkanstalten in ihren Sendegebieten veranstalten, tragen die Gemeinschaftsangebote zum Gesamtbild eines leistungsfähigen, unabhängigen und föderal verfassten Rundfunksystems bei. Gemeinsame Programme und regional Eigenes sind miteinander verbunden und verzahnt. Sie tragen sowohl der Gemeinwohlorientierung als auch der Notwendigkeit zum wirtschaftlichen Umgang mit der für alle Länder einheitlichen Rundfunkgebühr Rechnung. Auch wenn das Feld der gemeinsamen Aktivitäten auf ARD-Ebene immer größer geworden ist, kommt der regionalen Perspektive der einzelnen Landesrundfunkanstalt ein hohes Gewicht bei.

Rundfunk ist als kulturelle Angelegenheit Ländersache. Die ARD ist deshalb ein Ergebnis der föderalen Rundfunkordnung in Deutschland. Sie trägt der Notwendigkeit zum wirtschaftlichen Umgang mit der für alle Länder festgelegten einheitlichen Rundfunkgebühr Rechnung: Über die Umsetzung des im Staatsvertrag verankerten Programmauftrages für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland entscheiden die durch Landesgesetze und Staatsverträge begründeten Landesrundfunkanstalten als souveräne Unternehmen im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten und im anstaltsautonomen Kontrollzusammenhang. Die Zusammenarbeit in der ARD hat das Ziel, ein vielfältiges Programmangebot zu gestalten; durch Bündelung der Ressourcen werden überflüssige Doppel- oder Mehrfachangebote vermieden. Nur gemeinsam können etwa Sportgroßereignisse, teure Filmrechte, ein großes Auslandskorrespondentennetz, anspruchsvolle Fernsehspiele oder auch der Programmpool der Dritten Fernsehprogramme finanziert werden. Nur so kann effizient ein qualitativ anspruchsvolles Programmangebot entstehen, das inhaltlich unterschiedlichste Präferenzen des Publikums berücksichtigt, alle Bevölkerungsteile mit Information, Bildung und Unterhaltung versorgt, aber auch schnell und ortsnah auf neue Anforderungen reagiert.

In finanzieller Hinsicht hängt die Finanzkraft jeder Landesrundfunkanstalt vom Aufkommen aus der bundeseinheitlichen Rundfunkgebühr im jeweiligen Sendegebiet ab. Dadurch haben die einzelnen Landesrundfunkanstalten eine unterschiedliche Finanzkraft. Dem wird durch unterschiedliche Verpflichtungen für die Zulieferung zum Gemeinschaftsprogramm oder für die Finanzierung gemeinschaftlicher Aktivitäten Rechnung getragen. Dennoch bleibt auch das Profil der Anstalten mit geringerer Finanzkraft erkennbar. Ein Ausgleich der Unterschiede in der Finanzkraft der Landesrundfunkanstalten erfolgt auch durch den ARD-Finanzausgleich. Die Finanzausgleichssumme wurde im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag (i. d. F. des Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrags) für 2001 auf 1,9 Prozent des Netto-Gebührenaufkommens begrenzt und wird bis Ende 2005 in fünf gleichen Schritten bis auf 1,0 Prozent des Netto-Gebührenaufkommens abgesenkt.

2. Finanzpolitik der ARD

2.1 Grundsätze

Die in der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten stellen keinen Verbund im Sinne eines Konzerns mit einer zentralen Leitung und Finanzsteuerung dar. Jede Landesrundfunkanstalt handelt eigenständig und verfolgt eine eigene Finanzstrategie. Allen gemeinsam ist aber das Bemühen, den öffentlich-rechtlichen Programmauftrag zu erfüllen und die Grundsätze zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit einzuhalten.

Die Finanzpolitik der ARD wird – bei allen anstaltsbezogenen Besonderheiten – von folgenden Leitlinien geprägt:

- Ziel aller finanzpolitischen Aktivitäten ist der Ausgleich von Erträgen und Aufwendungen innerhalb der Gebührenperiode.

Durch die Festlegung der Rundfunkgebühr für einen in der Regel vierjährigen Zeitraum ist den Rundfunkanstalten Planungssicherheit gegeben. Mit den von den Gebührenzahlern zur Verfügung gestellten Mitteln sowie den aus anderen Quellen erwirtschafteten Erträgen werden die Aufwendungen innerhalb des festgelegten Gebührenzeitraums bewältigt. Einige Rundfunkanstalten sind zum Ausgleich von Aufwendungen und Erträgen innerhalb einer Gebührenperiode durch rechtliche Vorgaben verpflichtet.

Entsprechend hat die ARD bislang keine Kredite in Anspruch nehmen müssen. Sie hat es in den vergangenen Jahren etwa durch niedrige Tarifabschlüsse, Rationalisierungsmaßnahmen oder durch den Verzicht auf den Kauf von Filmrechten erreicht, die Gebührenperiode ohne Defizit abzuschließen. Die ARD versteht dies als Verpflichtung gegenüber Gebührenzahlern und Landesparlamenten im Sinne eines verantwortlichen und soliden Umgangs mit den Gebührenmitteln. Diese Politik wird in der laufenden Gebührenperiode fortgesetzt.

- Die Programmakzeptanz ist Grundlage für die Gebührenakzeptanz.

Die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten besteht auch darin, das Programm qualitativ und quantitativ so zu stärken, dass es in der Bevölkerung eine möglichst breite Akzeptanz erfährt. Deshalb werden durch Rationalisierungsmaßnahmen im Personal- oder Sachkostenbereich erwirtschaftete Mittel in die Programme investiert.

Die erfolgreiche Jahresbilanz 2001 bestärkt die ARD in ihrem bisherigen Vorgehen:

„Das Erste“ lag im Jahr 2001 mit durchschnittlich 13,9 % auf Rang zwei aller Fernsehangebote. Die Dritten Fernsehprogramme haben sich vor allem auch wegen ihrer an der jeweiligen Region ausgerichteten Berichterstattung einen durchschnittlichen Marktanteil von zusammen 13,2 % erarbeitet (Montag bis Sonntag, 03:00 bis 03:00 Uhr).

Die ARD-Angebote decken insgesamt allein damit mehr als ein Viertel des gesamten Fernsehmarktes in Deutschland ab. Die ARD bietet für jeden Gebührenzahler ein Angebot. Mehr als 30 Millionen Zuschauer schalteten im Jahr 2001 täglich mindestens einmal „Das Erste“ ein. Eine annähernd hohe Zahl findet Interesse an den Dritten Fernsehprogrammen.

Der Hörfunk erfreut sich ebenfalls großer Beliebtheit: Nach den Ergebnissen der letzten MediaAnalyse (MA 2002/II) hört mehr als die Hälfte (52,9 %) aller in Deutschland lebenden Menschen an einem durchschnittlichen Werktag eines der öffentlich-rechtlichen Hörfunk-Programme.

- Die Finanzierung dieser Leistung durch Gebühren wird von der Bevölkerung nach wie vor akzeptiert.

Den Zuschauer/innen und Zuhörer/innen sind der Wert und das günstige Preis-Leistungsverhältnis des solidarfinanzierten Rundfunks bewusst: Für derzeit weniger als 54 Cent (bzw. 1,04 DM) pro Tag empfangen sie ARD, ZDF, mehrere Dritte Programme, ARTE, 3sat, Kinderkanal, PHOENIX, die digitalen Angebote der ARD sowie ein vielfältiges Angebot von Hörfunkprogrammen der ARD und DeutschlandRadio.

Neueste Umfragen im Rahmen des ARD/ZDF-Trends 2001 zeigen, dass die Rundfunkgebühr im Vergleich zu den Kosten anderer Medienangebote wie z. B. dem Preis für ein Tageszeitungsabonnement oder für Telefongebühren der Mehrzahl der Befragten weitaus angemessener erscheint.¹⁾

Insgesamt steigen die Gebührenerträge von Jahr zu Jahr noch leicht an. Auch wenn zur Erreichung dieses Ergebnisses nicht unerhebliche Marketinganstrengungen erforderlich sind, ist der Schluss erlaubt, dass von einer grundsätzlich unveränderten, sehr hohen Akzeptanz des weit überwiegend gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausgegangen werden kann.

2.2 Instrumente der Finanzpolitik

Sowohl auf der Ertragsseite als auch bei den Aufwendungen bemüht sich die ARD kontinuierlich um Optimierung.

2.2.1 Instrumente zur Ertragsmaximierung

Die Erträge aus Teilnehmergebühren sind die finanzielle Grundlage der öffentlich-rechtlichen Anstalten. In bewährter und effizienter Zusammenarbeit mit der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) versuchen die Landesrundfunkanstalten der ARD, die Ausschöpfung des Teilnehmerpotenzials zu optimieren.

Seit Anfang der 90er Jahre nimmt die Anzahl der freiwilligen Anmeldungen tendenziell ab. Mittlerweile übersteigen die Abmeldungen die Anzahl der freiwilligen Anmeldungen. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, werden moderne Marketinginstrumente wie beispielsweise Direct-Mail-Aktionen, Gebührentage im Programm und Gebührensots eingesetzt. Der mittlerweile mit Hilfe der Bundesländer bundesweit eingeführte Meldedatenabgleich beeinflusst die Gebührenerträge ebenfalls deutlich positiv.

1) Die hier referierte Untersuchung „ARD/ZDF-Trend Winter 2001“ wurde von NFO-Infratest (München) vom 22. Oktober bis 3. Dezember 2001 bei rund 4 000 Personen in Form von Face-to-Face-Interviews durchgeführt.

Trotz des derzeit deutlichen Rückgangs der Werbeerträge aus Hörfunk und Fernsehen sind diese weiterhin eine wichtige Ertragsquelle für die Landesrundfunkanstalten. Rund 4 % der Gesamterträge 2001, dies entspricht rd. 460 Mio. DM, resultierten aus Werbeerträgen.

Die Werbeerträge sind nicht nur wichtige Ertragsquellen, sie sind auch von Verfassungs wegen aus Gründen der Unabhängigkeit der Programmgestaltung im Sinne der Mischfinanzierung sinnvoll und geboten. Ein Wegfall der Werbung im Programm der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten könnte nur durch höhere Gebühren (3,02 DM zusätzlich für ARD und ZDF)²⁾ kompensiert werden; dies wäre jedoch nach Auffassung der ARD nicht durchsetzbar. Werbung wird insbesondere bei vielen jüngeren Zuschauern heute als völlig normal empfunden, sofern sie wie bei der ARD – in Maßen und weitgehend unter Verzicht auf Unterbrecherwerbung – ausgestrahlt wird.

Darüber hinaus werden – unter Beachtung der rechtlichen Grenzen und der Programmverträglichkeit – auch weitere Finanzierungsmöglichkeiten wie Sponsoring und Merchandising verfolgt, um den Gebührenzahler zu entlasten.

2.2.2 Instrumente zur Effizienzsteigerung und Kostenreduzierung

Eine selbstverständliche Voraussetzung, um weiterhin konkurrenzfähig zu sein, ist das Engagement der ARD-Landesrundfunkanstalten, kontinuierlich sowohl interne als auch anstaltsübergreifende Strukturreformen durchzuführen.

- Durch regelmäßige Überprüfung der aufbau- und ablauforganisatorischen Strukturen werden die Hierarchien zunehmend schlanker und flacher. Zur Prozessoptimierung werden Instrumente der datenverarbeitungstechnischen Unterstützung eingesetzt.
- Notwendige und z. T. schmerzhaft Einschnitte bei der Planstellenausstattung gestalten die Landesrundfunkanstalten möglichst sozialverträglich. Die ARD hat seit 1997 insgesamt 1 100 Planstellen ohne betriebsbedingte Kündigungen abgebaut.³⁾
- Bei den Tarifabschlüssen orientieren sich die Verhandlungspartner am öffentlichen Dienst. Eine Reform der Altersversorgungssysteme ist in Angriff genommen.
- Die Landesrundfunkanstalten der ARD betreiben eine Reihe von Programm- und Verwaltungskooperationen, z. T. auch mit dem ZDF und DLR. Hierzu gehören bspw. die gemeinsam veranstalteten Hörfunk- und dritten Fernsehprogramme sowie zentrale Fortbildungseinrichtungen. Die Aufgabengebiete dieser Einrichtungen werden unten, in den Abschnitten 5 und 6 beschrieben. Eine Ausweitung solcher Kooperationen ist dort vorgesehen, wo es sinnvoll erscheint.
- Nicht zuletzt betreiben die Landesrundfunkanstalten auch eine Investitionspolitik mit Augenmaß. Neue Investitionen dienen der Bereitstellung moderner, zukunftsorientierter und effizienzsteigernder Arbeitsbedingungen. Dabei erfolgt stets eine Begrenzung auf das Notwendige. Das Absenken der Reinvestitionsquote (Investitionen in Verhältnis zur Summe der Abschreibungen) unter 100 % ist hierfür bezeichnend.

3. Gesamtergebnis der ARD-Landesrundfunkanstalten im Jahr 2001

Die einzelnen ARD-Landesrundfunkanstalten legen nach den für große Kapitalgesellschaften vorgesehenen Vorschriften des Handelsgesetzbuches einen Jahresabschluss vor.

Zum 31. Dezember 2001 stellt sich die finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten wie folgt dar:

Gesamtergebnis der ARD-Landesrundfunkanstalten	2001 (in Mio. DM)	2000 (in Mio. DM)
Erträge	11 745,1	10 966,5
Aufwendungen	11 465,2	11 191,4
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	279,9	- 224,9

2) Von diesem Betrag entfallen auf die ARD 1,99 DM. Der 12. KEF-Bericht enthält in Tz. 23 und Tz. 431 ff. entsprechende Berechnungen für die Gebührenperiode 2001 bis 2004. Der mit einer solchen fiktiven Gebührenerhöhung zu kompensierende ökonomische Vorteil, den die Landesrundfunkanstalten aus der Werbung ziehen, ergibt sich über die realisierten Werbeerträge und die ersparten Programmaufwendungen für die mit Werbespots bestrittene Sendezeit hinaus dadurch, dass die Werbegesellschaften auch die Kosten des Rahmenprogramms finanzieren.

3) Vgl. 13. KEF-Bericht, Tabelle 17.

Das Gesamtergebnis des Jahres 2001 ist vor allem geprägt durch die zum 1. Januar 2001 in Kraft getretene Gebührenerhöhung um 3,33 DM auf monatlich 31,58 DM (nunmehr 16,15 €). Die erhöhte Gebühr schlägt sich in einer deutlichen Steigerung der Erträge im Jahr 2001 nieder. Während die Gebührenerhöhung um insgesamt + 11,8 % – bezogen auf den Vierjahreszeitraum der Gebührenperiode 2001 bis 2004 – einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 2,8 % entspricht, beträgt der auf die ARD entfallende Gebührenanstieg lediglich + 9,6 % bzw. die jährliche Steigerungsrate nur 2,3 %. Diese knapp bemessene Gebührenanpassung stellt die ARD bei einer medienspezifischen Teuerungsrate für Programmaufwendungen von 5,54 % vor erhebliche Herausforderungen.

Zum 31. Dezember 2001 weisen die ARD-Landesrundfunkanstalten einen Jahresüberschuss von 279,9 Mio. DM aus (bei einem Vorjahresverlust in Höhe von 224,9 Mio. DM). Dieses Ergebnis entspricht dem zuvor beschriebenen Grundsatz, dass Überschüsse am Anfang der Gebührenperiode die bei unveränderten Gebühren zwangsläufig auftretenden Fehlbeträge gegen Ende ausgleichen sollen.

Das positive Ergebnis 2001 wirkt sich günstig auf die Kapitalstruktur aus. Das Eigenkapital der zehn Landesrundfunkanstalten betrug zum 31. Dezember 2001 im Saldo 3 149,5 Mio. DM und damit um 280,3 Mio. DM mehr als im Vorjahr. Ein negatives Eigenkapital verzeichneten mit 41,8 Mio. DM (Vorjahr 42,4 Mio. DM) immer noch der SFB und im Berichtsjahr erstmals RB mit 6,5 Mio. DM (Vorjahr + 6,1 Mio. DM), alle anderen Landesrundfunkanstalten weisen ein positives Eigenkapital aus. Mit einer Eigenkapitalquote von 19,8 % im ARD-Durchschnitt lag der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme unter vergleichbaren Unternehmen und auch deutlich unter dem des ZDF (Stand 31. Dezember 2000: ca. 35 %).

3.1 Ertragslage

Die Erträge der Landesrundfunkanstalten lassen sich im Wesentlichen drei Gruppen zuordnen: Gebührenerträge (80,0 %), Werbeerträge (3,7 %) und Sonstige Erträge (16,3 %). Zusammen betragen sie 11 745,1 Mio. DM und erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 778,6 Mio. DM oder 7,1 %.

	2001 (in TDM)	2000 (in TDM)
I. Erträge		
1. Erträge aus Teilnehmergebühren	9 386 165	8 540 249
a) Grundgebühren (ARD-Anteil, ohne Anteil DLR)	4 342 496	3 949 286
b) Fernsehgebühren (ARD-Anteil)	4 967 566	4 529 962
c) Gebührenrückflüsse von den Landesmedienanstalten	76 103	61 000
2. Erträge aus dem Finanzausgleich	177 750	186 170
3. Erhöhung oder Verminderung (./.) des Bestandes an fertigen und unfertigen Produktionen	- 17 284	- 81 149
4. Andere aktivierte Eigenleistungen	10 438	9 601
5. Erträge aus Kostenerstattungen/Konzessionsabgaben	458 740	667 693
a) Werbung	233 765	472 728
b) Sonstige	402 633	403 480
c) ./.. weiterverrechnete Kosten für GSEA (vgl. II.15)	- 177 658	- 208 515
6. Sonstige betriebliche Erträge	1 071 539	1 126 042
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen und Beteiligungen vor Abzug von Anstaltssteuern	233 456	123 182
a) Werbung	197 930	117 700
b) Sonstige	35 526	5 482
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Aus- leihungen des Finanzanlagevermögens	245 774	228 468
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	178 538	166 296
Summe	11 745 115	10 966 552

Die Gebühreneinnahmen nahmen – in erster Linie infolge der Gebührenerhöhung – um insgesamt 845,9 Mio. DM oder 9,9 % zu und erreichten 2001 einen Betrag von 9 386,2 Mio. DM (nach Abzug der Anteile der Landesmedienanstalten, des Deutschland-Radios und des ZDF). Neben der Gebührenerhöhung trug der erneute Zuwachs der gebührenpflichtigen Geräte zum Anstieg der Gebührenerträge bei. Die Anzahl der angemeldeten Hörfunkgeräte stieg um 0,5 Mio. (1,3 %) auf 37,2 Mio., die Zahl der angemeldeten Fernsehgeräte stieg um 0,3 Mio. (1,0 %) auf 32,8 Mio. Von den angemeldeten Geräten sind im Hörfunk wie im Vorjahr 7,7 % und im Fernsehen 7,7 % (im Vorjahr 7,6 %) gebührenbefreit. Durch die Gebührenbefreiungen entgingen den Landesrundfunkanstalten der ARD insgesamt 766,8 Mio. DM. Das – auch ohne die zwischenzeitlichen Gebührenerhöhungen – seit Jahren konstante Anwachsen der Gebührenerträge ist Ausdruck für die Gebührenakzeptanz und zeigt, dass das Gesamtsystem des gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiterhin stabil ist.

Die Erträge aus Werbung setzen sich zusammen aus Kostenerstattungen und aus Ergebnisabführungen der Tochtergesellschaften. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2001 wurde durch Gesetzesänderung vom 20. Dezember 2001 die Besteuerung der Werbeerträge neu geregelt. Die bisher geltende Sonderregelung nach dem so genannten 1:4- bzw. 1:7-Modell wurde abgelöst durch eine Ertragsbesteuerung der Netto-Werbeumsätze der Rundfunkwerbegesellschaften („Gewinn aus Werbung“) in Höhe von 16 %⁴⁾. Per Saldo ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr mit 431,7 Mio. DM ein um 158,7 Mio. DM geringerer Werbeertrag. Wie alle elektronischen und Print-Medien hatten auch ARD und ZDF unter dem negativen konjunkturellen Umfeld des Jahres 2001 zu leiden. Aufgrund ihres begrenzten Werbezeitenrahmens hatten sie im Vergleich zu den kommerziellen Rundfunkveranstaltern und Fernseh Anbietern einen überproportionalen Rückgang an Werbeerlösen zu verzeichnen, konnten dies allerdings noch verkraften, da der Anteil der Werbeerträge an den gesamten Erträgen vergleichsweise gering ist.

Die Sonstigen Erträge setzen sich im Wesentlichen aus Erträgen aus dem Finanzausgleich, Bestandsveränderungen und sonstigen Betriebserträgen, wie z. B. Erträgen aus Koproduktionen, Programmverwertungen, Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und Finanzerträgen zusammen. Im Saldo stiegen die sonstigen Erträge um 83,3 Mio. DM auf 1 927,2 Mio. DM, das sind 4,5 % der Erträge.

Dieser Anstieg ist u. a. zurückzuführen auf höhere Erträge aus Wertpapieren (+ 17,2 Mio. DM) und auf die sonstigen Zinsen (+ 12,3 Mio. DM). Diese erhöhten sich im Wesentlichen durch den weiteren Aufbau des Deckungsstockvermögens und dem damit höheren verzinslichen Mittelbestand für die Altersversorgungsverpflichtungen.

Die Erträge aus dem Finanzausgleich innerhalb der ARD-Anstalten, von dem SR, RB und SFB profitieren und der von sechs gebenden Anstalten aufgebracht wird (BR, HR, MDR, NDR, SWR und WDR), waren im Saldo von 186,2 Mio. DM auf 177,8 Mio. DM rückläufig. Dies resultiert aus der beschlossenen Deckelung des Finanzausgleichsvolumens auf 1,9 % des ARD-Nettogegebührenaufkommens des Jahres 2001 (mit schrittweiser Abschmelzung auf 1 % in 2005).

3.2 Aufwandsentwicklung

Die Aufwendungen der Landesrundfunkanstalten betragen 2001 insgesamt 11 465,2 Mio. DM und lagen um 273,8 Mio. DM oder 2,4 % über dem Vorjahr, obwohl die Preisentwicklung für Film- und Sportrechte weit darüber lag.

	2001 (in TDM)	2000 (in TDM)
II. Aufwendungen		
1. Personalaufwand	3 770 551	3 661 812
a) Vergütungen und sonstige Arbeitsentgelte	2 275 567	2 242 621
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Unterstützung	404 786	397 305
c) Aufwendungen für Altersversorgung	1 090 197	1 021 886
2. Urheber-, Leistungs- u. Herstellervergütungen	2 339 464	2 258 012
3. Anteil an Programmgemeinschaftsaufgaben und Koproduktionen	1 355 396	1 289 874
4. Produktionsbezogene Fremdleistungen	395 983	408 457
5. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	130 344	132 883
6. Leistungen für die Rundfunkversorgung	672 999	674 724
7. Abschreibungen auf	679 665	662 923
a) immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	643 759	648 219
b) Umlaufvermögen außerhalb des üblichen Rahmens	2 750	612
c) Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	33 155	14 092
8. Aufwendungen für den Gebühreneinzug	261 207	274 698
9. Übrige betriebliche Aufwendungen	1 645 937	1 740 149
10. Zuwendungen zum Finanzausgleich	176 877	176 171
11. Zuwendungen für die KEF	923	861
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7 630	8 764
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	188 724	106 540
14. Sonstige Steuern	17 162	4 096
15. ./.. weiterverrechnete Kosten für GSEA (vgl. I.5 c)	- 177 658	- 208 515
Summe	11 465 205	11 191 449

4) § 8 Abs. 1 KStG.

Die wesentlichen Aufwandspositionen zeigten im Jahr 2001 folgende Entwicklung:

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 108,7 Mio. DM oder 3,0 % auf 3 770,6 Mio. DM. Die tariflichen Gehaltssteigerungen entsprachen im Wesentlichen dem Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes. Die Tarifierhöhung beeinflusst in Verbindung mit den tarifvertraglich festgelegten Stufenvorrückungen auch die Aufwendungen für die Altersversorgung, die überproportional um 6,7 % stiegen. Hier kommt hinzu, dass vor dem Hintergrund der mit dem Altersvermögensergänzungsgesetz vom 21. März 2001 verabschiedeten Absenkung der gesetzlichen Rente die derzeit tarifvertraglich festgelegte Gesamtversorgung bei den Anstalten zu höheren Rentenzahlungen führt. Dem gegenüber steht im Jahr 2001 ein Planstellenabbau: Gegenüber dem Vorjahr werden mit 21 097 Planstellen 157 Stellen weniger ausgewiesen. Die sparsame Personalbewirtschaftung der Landesrundfunkanstalten hat den Personalkostenanteil am Gesamtaufwand auf nunmehr 32,4 % (nach 32,7 % im Vorjahr) zurückgeführt.

Die unmittelbaren Programmaufwendungen – das sind Urheber-, Leistungs- und Herstellervergütungen sowie Programmgemeinschaftsaufgaben und Koproduktionen sowie die produktionsbezogenen Fremdleistungen – stiegen zusammengerechnet um 134,5 Mio. DM (+ 3,4 %) auf 4 090,8 Mio. DM. Damit ist es gelungen, den Anstieg unter der rundfunkspezifischen Teuerungsrate von derzeit 5,54 % zu halten. Es zeigt sich, dass die Anstalten nach Möglichkeit nicht am Programm, sondern für das Programm sparen. Insbesondere bei den Programmgemeinschaftsaufgaben, die gemeinsam von den Landesrundfunkanstalten und dem ZDF finanziert werden, nehmen die Aufwendungen mit 65,5 Mio. DM (+ 5,1 %) deutlich zu. Hier spiegeln sich verstärkte Investitionen und erhöhte Preise bei den Einkäufen von Fernsehproduktionen über die Degeto Film GmbH, aber auch die Preissteigerungen bei Sportlizenzen und die damit verbundenen höheren Produktionskosten wider. Die Urheber-, Leistungs- und Herstellervergütungen lagen um 81,4 Mio. DM oder 3,6 % über dem Vorjahr, vor allem aufgrund der Zunahme der Honorar- und Leistungsvergütungen. Die produktionsbezogenen Fremdleistungen waren um 12,5 Mio. DM bzw. 3,1 % niedriger als der Vorjahreswert. Sie tragen auch weiterhin den Bestrebungen der Anstalten Rechnung, die eigenen Ressourcen knapp zu halten und Spitzenbedarfe über externe Sach- und Personalkapazitäten abzudecken.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen sind mit – 0,7 % aufgrund bereits abgeschriebener Anlagen, Maschinen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen, die länger im Betrieb sind, als die Abschreibungsdauer vorsieht, rückläufig.

Die Aufwendungen für den Gebühreneinzug sanken um 13,5 Mio. DM bzw. 4,9 %. Die umfangreichen Mailingaktionen der GEZ wurden fortgesetzt und erzielten gute Resultate, wobei dadurch bedingt das Beauftragengeschäft zurückging und weniger Provisionen gezahlt werden mussten. Hinzu kam, dass erstmals das DeutschlandRadio direkt an den Kosten der GEZ beteiligt war und sich im Gegenzug die entsprechenden Kostenerstattungen verringerten.

3.3 Finanzierungsstruktur

Die Bilanzsumme erhöhte sich in der Summe aller Anstalten im vergangenen Jahr um 805,6 Mio. DM (5,3 %) von 15 158,9 Mio. DM auf 15 964,5 Mio. DM.

Das langfristig gebundene Vermögen, das sind Anlage- und Programmvermögen, erhöhte sich zum Stichtag 31. Dezember 2001 um 594,8 Mio. DM oder 5,0 % auf 12 436,7 Mio. DM und war finanziert durch

- Eigenkapital in Höhe von 3 149,5 Mio. DM inkl. Rücklagen, das sind 25,3 % (im Vorjahr 24,2 %)
- Fremdkapital, überwiegend bestehend aus Pensionsrückstellungen, in Höhe von 9 287,2 Mio. DM, das entspricht 74,7 % (im Vorjahr 75,8 %).

Das Vermögen der Landesrundfunkanstalten setzt sich zum 31. Dezember 2001 in Höhe von 15 964,5 Mio. DM wie folgt zusammen:

Beim immateriellen Vermögen (47,3 Mio. DM = 0,3 %) handelt es sich überwiegend um Konzessionen, Nutzungsrechte und Fremdsoftware. Der Wert stieg um 1,9 Mio. DM oder 4,1 %.

Das Sachanlagevermögen (3 775,3 Mio. DM = 23,6 %) nahm um 73,2 Mio. DM bzw. 1,9 % ab. Reduzierte Erstinvestitionen von 231,0 Mio. DM (Vorjahr 342,1 Mio. DM) stehen Abschreibungen und Anlageabgänge in Höhe von 666,2 Mio. DM (Vorjahr 727,9 Mio. DM) und Erneuerungsinvestitionen von 362,0 Mio. DM (Vorjahr 333,7 Mio. DM) gegenüber. Hier zeigen sich – korrespondierend zum Rückgang der Abschreibungen – die Sparbemühungen der Anstalten, das Anlagevermögen über die Abschreibungsdauer hinaus zu nutzen.

Das Finanzanlagevermögen (6 970,6 Mio. DM = 43,7 %) ist weitgehend zur Absicherung der Altersversorgung der Mitarbeiter/-innen zweckgebunden, wobei aus den Erträgen die Rentenzahlungen mitfinanziert werden. Es erhöhte sich um 577,0 Mio. DM oder 9,0 %.

Das Programmvermögen (1 643,6 Mio. DM = 10,3 %) nahm im Vergleich zum Vorjahr um 89,0 Mio. DM (5,7 %) zu. Der Zuwachs ist zurückzuführen auf einen Anstieg des fertigen Programmvermögens im Hörfunk mit 1,7 Mio. DM und der gesamten Anzahlungen um 138,7 Mio. DM bei gleichzeitigem Rückgang des fertigen Programmvermögens im Fernsehen um 51,4 Mio. DM. Die bekannten Verhältnisse im Zusammenhang mit der Fußball-WM führten dazu, dass Anzahlungen in großer Höhe zu leisten waren.

Das Umlaufvermögen (3 416,9 Mio. DM = 21,4 %) einschließlich der Rechnungsabgrenzungsposten der Landesrundfunkanstalten nahm um 183,3 Mio. DM bzw. 5,7 % zu. Die Ursache sind die erhöhten liquiden Mittel, die um 187,7 Mio. DM anwuchsen.

Die Positionen Aktive Rechnungsabgrenzung und nicht durch anstaltseigenes Kapital gedeckter Fehlbetrag weisen zusammen 62,6 Mio. DM (= 0,7 %) aus.

Innerhalb der Passiva erhöhten sich die Rückstellungen um 530,5 Mio. DM, was einer Zuwachsrate von 5,0 % entspricht. Von diesem Zuwachs entfielen 420,5 Mio. DM auf die Pensionsrückstellungen, die sich zum 31. Dezember 2001 auf 8 709,2 Mio. DM beliefen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten (einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten) mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr gingen gegenüber dem Vorjahr um 77,5 Mio. DM auf 988,7 Mio. DM zurück. Diesen Verbindlichkeiten stehen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inklusive aktiver Rechnungsabgrenzungsposten) ebenfalls mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr in Höhe von 1 072,9 Mio. DM gegenüber.

3.4 Mittelfristige finanzielle Perspektive

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der ARD ist weniger das festgestellte Ergebnis des Jahres 2001, sondern vor allem die mittelfristige Entwicklung der finanziellen Lage von Bedeutung. Die anstaltsindividuellen mittelfristigen Finanzplanungen umfassen in der Regel jeweils einen Zeitraum von vier Jahren, wobei für das jeweils kommende Jahr ein Wirtschaftsplan detailliert geplant und die drei darauf folgenden Jahre auf Basis dieser Planung, ggf. bereinigt um Sondereffekte, fortgeschrieben werden.

Aufgrund der zu Beginn beschriebenen Eigenständigkeit der Landesrundfunkanstalten existiert eine mittelfristige Finanzplanung für die gesamte ARD nicht. Die Finanzsituation von ARD, ZDF und DLR wird jedoch regelmäßig von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) einer eingehenden Prüfung unterzogen. Zu diesem Zweck wird der KEF alle zwei Jahre, zuletzt Ende April 2001, eine aus den anstaltsindividuellen Planungen – nach einer mit der KEF verabredeten Struktur – aggregierte mittelfristige Finanzbedarfsplanung der ARD übermittelt. Diese ist dann jeweils Grundlage für die von der KEF veröffentlichten Berichte.

Die folgende Betrachtung der mittelfristigen finanziellen Perspektive der ARD orientiert sich aus diesem Grund an dem im Januar 2002 veröffentlichten 13. KEF-Bericht.

4. Ergebnisse des Planungszeitraumes 2001 bis 2004

4.1 Ergebnisse des 13. Berichts

In diesem Bericht hat die KEF festgestellt, dass die ab Januar 2001 geltende Rundfunkgebühr für ARD, ZDF und DeutschlandRadio bis zum Ende der Gebührenperiode im Jahr 2004 zur sachgerechten Erfüllung ihrer Aufgaben ausreicht.

Sie prognostiziert, dass die ARD zum 31. Dezember 2004 einen Überschuss erzielen werde, wenn er auch derzeit nicht exakt beziffert werden könne und müsse, da mit dem 13. Bericht keine Gebührenentscheidung verbunden sei⁵⁾. Gleichwohl ergibt sich aus den Darlegungen der KEF zum Ende der laufenden Gebührenperiode für die zehn Landesrundfunkanstalten der ARD ein rechnerischer Überschuss von mindestens 540 Mio. DM. Dies entspricht 1,2 % des Haushaltsvolumens im Zeitraum 2001 bis 2004.

Gleichzeitig hat die KEF in ihrem Bericht auf eine Reihe von Risiken hingewiesen:

- Entwicklung der aktuellen Preissteigerungsrate
- ertragssteuerliche Behandlung der Werbeerträge
- Zinsentwicklung
- Auswirkungen der Steuer- und Rentenreform.

⁵⁾ Vgl. 13. KEF-Bericht, Tz. 415.

Falls die von der KEF in einer Bandbreite von 300 bis 600 Mio. DM bezifferten Risiken nicht eintreten würden, ergäbe sich in entsprechender Höhe eine weitere Ergebnisverbesserung. Gleiches gilt, wenn die von den ARD-Landesrundfunkanstalten für das Projekt Online/Multimedia angemeldete Summe in Höhe von insgesamt 260 Mio. DM für die Jahre 2001 bis 2004 nicht ausgegeben würde.⁶⁾

Im Folgenden werden die Planungsgrundlagen für die Ertrags- und Aufwandsentwicklung der Jahre 2001 bis 2004 näher erläutert.

4.1.1 Ertragslage

Die Gebührenerträge als die Haupteinnahmequelle der Anstalten wurden auf Basis der seit 1. Januar 2001 gültigen Rundfunkgebühr von 31,58 DM (16,15 €) ermittelt. Den Ansätzen liegt die gemeinsam von ARD/ZDF/GEZ fortgeschriebene Planung zum Stand 9. März 2001 zugrunde. Dieses Planungsverfahren orientiert sich an der erreichbaren Marktausschöpfung.

Die Planung der Werbe- und Sponsoringerträge beruht auf den derzeit gültigen Rahmenbedingungen. Die Ertragsteuerbelastungen aus der Neuregelung der Werbebesteuerung für die Jahre 2001 bis 2004 sind auf der Basis einer Gewinnquote von 15 % in die Planungen eingeflossen⁷⁾. Für Zinsen und Wertpapiererträge sind die Anstalten weitgehend den Vorgaben der KEF im 12. Bericht mit Zinssätzen von 6 % für langfristige und 3,5 % für kurz- und mittelfristige Anlagen gefolgt.

Die übrigen Erträge werden anstaltsindividuell geplant.

4.1.2 Aufwandsentwicklung

Für die Planung der Aufwendungen sind die ARD-Anstalten grundsätzlich von folgenden mit der KEF im 12. Bericht vereinbarten jährlichen Fortschreibungsraten ausgegangen:

- Der Programmaufwand wird mit 5,54 % gesteigert. Dieser deutlich über dem Lebenshaltungskostenindex liegende Wert resultiert vor allem aus exorbitanten Preissteigerungen bei Sportrechten und Spielfilmen, aber auch für Auftragsproduktionen.
- Für den Personalaufwand wurde für die Jahre 2001 und 2002 mit 2,0 %, für die Jahre 2003 und 2004 mit 2,3 % geplant. Diese Zahlen orientieren sich an den Erwartungen für den öffentlichen Dienst.
- Die Steigerung des Sachaufwands ist mit 1,5 % aus der erwarteten allgemeinen Inflationsrate abgeleitet.
- Die Planung der Investitionen folgt den Notwendigkeiten der einzelnen Landesrundfunkanstalten.

Anstaltsindividuelle Finanzierungsnotwendigkeiten führen jedoch insbesondere bei den Programm- und Sachaufwendungen zwangsläufig zu niedrigeren Planansätzen. So planen die ARD-Anstalten ihre Programmaufwendungen im Zeitraum 2001 bis 2004 mit einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 3,9 %, die deutlich unter der rundfunkspezifischen Preissteigerungsrate von 5,54 % liegt. Die geplanten jährlichen Steigerungsraten für die übrigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Zeitraum 2001 bis 2004 durchschnittlich 0,8 % p. a. und liegen damit unter der allgemeinen Inflationsrate.

Über den so genannten Bestandsbedarf zur Fortführung des „laufenden Betriebs“ hinaus können ARD, ZDF und DLR bei der KEF Mittel für Entwicklungsprojekte anmelden. Der zum 13. Bericht zusätzlich angemeldete Entwicklungsbedarf beinhaltet nur Projekte, die der KEF bereits zum 12. Bericht zur Prüfung vorgelegt wurden. Im Einzelnen betrifft dies vor allem ARD/ZDF-Projekte (Kinderkanal, ARTE, PHOENIX) und die ARD-Gemeinschaftsprojekte Videotext, Vormittagsprogramm, DAB, DVB, DVB-T, Online/Multimedia und Digitalisierung der Archive.

4.1.3 Weitere Feststellungen der KEF im 13. Bericht

Ohne Veränderungen hat die KEF die von den ARD-Anstalten geplanten Personalaufwendungen und Investitionen anerkannt. Bei der Gegenüberstellung der Personalkostensteigerungsraten des öffentlichen Dienstes und der ARD-Anstalten hat die KEF festgestellt, dass die für 2001 bis 2004 geplanten Steigerungsraten der ARD denen des öffentlichen Dienstes entsprechen.

6) Die KEF hat diese Anmeldung als derzeit noch nicht entscheidungsreif bewertet.

7) Durch das mittlerweile – im Zusammenhang mit dem Solidarpaktfortführungsgesetz vom 20. Dezember 2002 – verabschiedete Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts (UntStFG) ist nunmehr eine Quote von 16 % maßgebend.

In folgenden Positionen hat die KEF die von der ARD angemeldeten und prognostizierten finanzbedarfsrelevanten Entwicklungen aktualisiert/verändert⁸⁾:

– Ertragszuschätzungen	838,9 Mio. DM
– Kürzung von Programm- und Sachaufwendungen	374,8 Mio. DM
– Entwicklungsbedarf	321,6 Mio. DM
– Erhöhung des Rationalisierungspotenzials	297,0 Mio. DM
– Anrechnung von Eigenmitteln ⁹⁾	246,8 Mio. DM

Die KEF hat die seit Jahren durchgeführten Untersuchungen zur Auslastung, Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Produktionsbetriebe Fernsehen und Hörfunk weitergeführt und dabei festgestellt, dass sich der Trend zu einer weiteren Verbesserung der Nutzung anstaltseigener Produktionsressourcen fortgesetzt hat. Besonders deutlich wird dies an der Entwicklung der Sendeminutenkosten. Danach sind z. B. die durchschnittlichen Sendeminutenkosten der ARD-Fernsehproduktionsbetriebe im Jahr 1999 gegenüber 1995 um rd. 15 % gesunken. Den ARD-Anstalten ist es somit gelungen, durch Steigerung der Effektivität die Sendeminutenkosten der Produktionsbetriebe trotz des tariflichen Anstiegs der Personalkosten fortlaufend zu verringern.

Der Verwaltungskostenanteil¹⁰⁾ der ARD-Anstalten betrug im Verhältnis zu den Gesamtkosten im Zeitraum 1998 bis 2000 durchschnittlich 4,2 %. Gegenüber 1998 konnte der Verwaltungskostenanteil im Durchschnitt um 0,2 % gesenkt werden.

4.2 Stellungnahme der ARD-Anstalten zum 13. KEF-Bericht

Die ARD-Anstalten begrüßen die Feststellung der KEF, dass die zum 1. Januar 2001 erfolgte Anpassung der Gebühr auf monatlich 31,58 DM erforderlich war¹¹⁾. Die Anpassung war unverzichtbar, um Bestand und einen Teil der Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu gewährleisten.

4.2.1 Unterschiedliche Bewertung von der KEF festgestellter Risiken

Die Prognose der KEF, dass die ARD am Ende der Gebührenperiode einen erheblichen Überschuss ausweisen werde, wird in Anbetracht der bestehenden Risiken nicht geteilt. Zwischen ARD und KEF bestehen Unterschiede in der Bewertung der Risiken. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Aussage der KEF verwiesen, dass der Überschuss derzeit nicht exakt beziffert werden kann¹²⁾. Nach aktuellen Berechnungen der ARD sind die Risiken nicht nur in einer Bandbreite zwischen 300 und 600 Mio. DM zu veranschlagen – wie die KEF annimmt –, sondern mit voraussichtlich 1,4 Mrd. DM zu bewerten.

Die Risiken setzen sich aus ARD-Sicht aktuell wie folgt zusammen:

Ertragsausfälle aus im Jahr 2002 zusätzlich entstandenen und 2003 erwarteten weiteren Werbeumsatzrückgängen	295 Mio. DM
Mehraufwendungen infolge höherer Preissteigerungsrate nach aktualisierter Berechnung ¹³⁾	65 Mio. DM
Mehraufwendungen infolge höherer Tarifraten ¹⁴⁾	33 Mio. DM

8) Zur Bewertung dieser Positionsveränderungen vgl. Abschnitt 4.2 ff.

9) Ohne Mittel für die Anschubfinanzierung MDR von 358,8 Mio. DM, die im 13. KEF-Bericht unter Tz. 165 ff. eine Sonderbehandlung erfahren, sowie ohne die von den LRA der KEF nachgemeldeten Verbesserungen im Vollzug des Haushalts für 2000 in Höhe von 497,3 Mio. DM.

10) Die Verwaltungskosten der Rundfunkanstalten enthalten gemäß 13. KEF-Bericht, Tz. 401, die Bereiche Intendanz, Justizariat, Verwaltungsdirektion, Finanzverwaltung, Personal, Honorare und Lizenzen, Organisation und Datenverarbeitung, Verwaltung der Außenstellen, Innenverwaltung (Reinigung, Bewachung etc.), Liegenschaftsverwaltung/Gebäudemanagement, Beschaffungswesen und Technischer Einkauf.

11) Vgl. 13. KEF-Bericht, S. 4 „Zusammenfassung“.

12) Vgl. 13. KEF-Bericht, Tz. 415.

13) Die Fortschreibung der Sachaufwendungen basiert auf dem Deflator von 1,5 %. Die Fortschreibung der Programmaufwendungen erfolgt ebenfalls auf dieser Basis neben der „programmspezifischen Teuerungsrate“. Folgende den aktuellen Gegebenheiten angepasste Preissteigerungsraten wurden für die aktuelle Risikoberechnung unterstellt:
2001: 2,5 %; 2002: 1,5 %; 2003 und 2004: 2,0 %.

14) Aufgrund der Tarifabschlüsse für 2002 in anderen Tarifbereichen ergibt sich für die ARD ein Risiko gegenüber der bisher zugrunde gelegten Steigerungsrate von 2 bzw. 2,3 %. Es ist mit Mehraufwendungen von mindestens 33 Mio. DM zu rechnen.

Mehraufwendungen aus der Werbebesteuerung ¹⁵⁾	
• 2001 bis 2004	164 Mio. DM
• 1995 bis 2000	348 Mio. DM
Mehraufwendungen für die Altersversorgung durch Auswirkungen der Steuer- und Rentenreform ¹⁶⁾	250 Mio. DM
Summe Risiken:	1 155 Mio. DM
Online-Kosten	260 Mio. DM
Der Bedarf wird von der KEF als nicht entscheidungsreif beurteilt, aber dennoch gekürzt	
Summe:	1 415 Mio. DM

Unter Berücksichtigung dieser Risiken und der Kosten für Online-Aktivitäten wird für die ARD am Ende der Gebührenperiode voraussichtlich kein Überschuss verbleiben. Sollte sich dennoch – wie von der KEF prognostiziert – ein Überschuss in der laufenden Gebührenperiode ergeben, dann wird dieser selbstverständlich wie in der Vergangenheit auf die kommende Gebührenperiode übertragen.

Abgesehen von der abweichenden Bewertung der Risiken teilt die ARD auch verschiedene Ansätze der KEF nicht, mit denen diese zu Aufwandskürzungen und zusätzlichen Sparauflagen kommt.

Im Hinblick auf den 14. Bericht führt die ARD mit der KEF konstruktive Gespräche. Zur Information werden die zum 13. Bericht der KEF bestehenden Auffassungsunterschiede im Folgenden erläutert.

4.2.2 Zuschätzungen der KEF bei den Erträgen

Die Landesrundfunkanstalten werden weiter alles daran setzen, die Einnahmepotenziale zu optimieren, was bei der wichtigsten Einnahmequelle, den Gebühren, durch Mailing, Ausbau des Beauftragendienstes und Marketing auch gelungen ist. Zusätzlich erzielte Einnahmen, die zum Planungszeitpunkt 30. April 2001 noch nicht erkennbar waren, werden bei der Anmeldung zum gebührenrelevanten 14. Bericht einbezogen und dem Gebührenzahler zugute kommen.

Bei der Schätzung der Werbeerträge besteht weitgehend Einvernehmen mit der KEF, wenn auch die aktuelle, gegenüber 2001 nochmals verschlechterte Situation des Werbemarktes zusätzliche Werbeertragsrückgänge für die ARD zur Folge hat. Gegenüber den Erwartungen zum Zeitpunkt des Erscheinens des 13. KEF-Berichts bedeutet dies eine nicht unbeträchtliche Verschlechterung der finanziellen Situation der ARD. Gleichwohl sind die Konsequenzen wegen der geringen Abhängigkeit von Werbeerträgen nicht gleich gravierend wie bei den privaten Medien.

Die sonstigen Erträge werden unter Beachtung des handelsrechtlichen Vorsichtsprinzips geplant. Ein Teil der im Ist über den Planansätzen liegenden Mehrerträge ist auf einmalige Vorgänge zurückzuführen, die zum Zeitpunkt der Planung noch nicht abzusehen waren¹⁷⁾. Die LRA werden auf Anregung der KEF die regelmäßig eintretenden Erträge unter grundsätzlicher Wahrung des Vorsichtsprinzips höher als bisher in den künftigen Planungen veranschlagen.

4.2.3 Kürzungen der Programm- und Sachaufwendungen

Als Fortschreibungsbasis für die Programm- und Sachaufwendungen hat die KEF nicht das letzte abgerechnete Ist-Jahr 1999 anerkannt, sondern die für den 12. Bericht angesetzten Beträge zu Grunde gelegt. Dadurch ergibt sich de facto für die Programmaufwendungen als Berechnungsbasis das Jahr 1996 und für die Sachaufwendungen das Jahr 1997 mit der Folge, dass die KEF im Zeitraum 2001 bis 2004 den angemeldeten Programmbedarf der ARD um 276,3 Mio. und den Sachaufwand um 199,1 Mio. DM kürzt.

Die Wahl weit zurückliegender Basisjahre für die Fortschreibung der Programm- und Sachaufwendungen lässt nach Auffassung der ARD zwischenzeitlich notwendige programmliche und betriebliche Entwicklungen außer Betracht, die die Rundfunkanstalten zur Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit mit Zustimmung ihrer Gremien einleiten mussten. Die hierfür notwendigen Finanzmittel wurden von den Anstalten auch bereits verauslagt. Insoweit ist dieser Teil des „Überschusses“, den die KEF errechnet, fiktiv, da die Mittel nicht zur Verfügung stehen, sondern bereits für Programmaufgaben ausgegeben wurden.

15) Bereits unter Berücksichtigung der neuen Besteuerungsregelung mit einem pauschalen Gewinnsatz von 16 % und einer geringeren Vorsteuer-Erstattung.

16) Aufgrund der schwierigen versicherungsmathematischen Berechnungen haben erst BR, NDR, SFB und WDR ihren Mehrbedarf in der genannten Höhe berechnet. Die tatsächlichen Mehrkosten werden für die ARD insgesamt höher sein.

17) Vgl. 13. KEF-Bericht, Tz. 277.

In einem Gespräch der Vertreter der ARD und der KEF wurde zwischenzeitlich vereinbart, dass grundsätzlich das aktuelle Ist-Jahr als Basis dienen soll. Die Ursachen für einen etwaigen überproportionalen Anstieg des Aufwands im Basisjahr gegenüber den Vorjahren sind zu untersuchen. Eventuellen Veränderungen im Mengengerüst des Planungszeitraums soll durch Korrekturen Rechnung getragen werden. Entsprechende methodische Klarstellungen zwischen ARD und KEF sollen rechtzeitig vor dem 14. Bericht vorgenommen werden.

Für die ARD kann festgestellt werden, dass die durchschnittlichen jährlichen Aufwandssteigerungsraten für das Programm im laufenden Gebührenzeitraum mit 3,9 % unter der von der KEF ermittelten programmspezifischen Teuerungsrate von 5,54 % liegen.

4.2.4 Kürzungen beim Entwicklungsprojekt „Online/Multimedia“

Die KEF erklärt in ihrem 13. Bericht, dass ihr derzeit die Maßstäbe zu einer konkreten Entscheidung im Hinblick auf das Entwicklungsprojekt Online/Multimedia fehlen¹⁸⁾. Sie hält es für erforderlich, für den nächsten Bericht weitere Entscheidungsgrundlagen zu schaffen. Sie fordert die Anstalten auf, ein Konzept zu entwickeln, das vor allem klare Kriterien für die Begrenzung der Angebote und Konzentration auf Programmbegleitung in einem engeren als bisher verstandenen Sinne vorsieht. Dabei empfiehlt die KEF angesichts des hohen Aufwands weitere Kooperationen unter verstärkter Arbeitsteilung zwischen den Anstalten sowie mit Dritten.

Die ARD stimmt der KEF grundsätzlich darin zu, dass für die Online-Aktivitäten der Rundfunkanstalten und deren Fortentwicklung Konzeptionen im Rahmen des rechtlich Zulässigen, aber auch des programmlich und wettbewerblich Notwendigen entwickelt werden müssen.

Die im 12. und 13. KEF-Bericht zum Finanzbedarf getroffenen Feststellungen stellen sich wie folgt dar:

2001 bis 2004	12. KEF-Bericht			13. KEF-Bericht		
	Anmeldung	Kürzung	anerkannt	Anmeldung	Kürzung	anerkannt
– in Mio. DM –						
ARD-Online	20,0	8,0	12,0	75,7	63,7	12,0
anstaltsindividuelle Vorhaben	127,3	50,9	76,4	273,7	197,3	76,4
Summe	147,3	58,9	88,4	349,4	261,0	88,4

Die ARD musste zum 13. KEF-Bericht ihre Anmeldung zum Online-Projekt aufgrund der rasanten Entwicklung im Netz und im Wettbewerb mit den privaten Rundfunkanbietern aktualisieren, um den in diesem Bereich mittlerweile vom Wettbewerb gesetzten Mindeststandards Rechnung zu tragen. Zudem ist die Online-Nutzung in Deutschland wesentlich schneller gestiegen als noch zum 12. KEF-Bericht unterstellt. Insbesondere die Onlinenutzung mit Schwerpunkt Information und Bildung hat deutlich zugenommen, vor allem bei den jüngeren Nutzern. Das Internetangebot der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist besonders wichtig zur Erreichung und Bindung der jüngeren Hörer und Zuschauer gerade in den o. g. Bereichen als programmbegleitende Ergänzung zu Hörfunk und Fernsehen. Gerade bei den jüngeren Bürgern kann hierdurch die Akzeptanz der Rundfunkgebühr gesteigert werden.¹⁹⁾

Es bestand Nachholbedarf, dem die Anmeldung der ARD zum 13. KEF-Bericht Rechnung trägt. Für die Zeit nach 2004 rechnet die ARD im Wesentlichen mit einer Fortschreibung des dann erreichten Niveaus.

Die ARD weist darauf hin, dass mit ca. 350 Mio. DM für vier Jahre und zehn Landesrundfunkanstalten ein auch im internationalen Vergleich keineswegs besonders aufwendiges Angebot präsentiert wird. Je ARD-Anstalt ergibt sich ein Durchschnittsbetrag von rd. 9 Mio. DM p. a., der nach Ansicht der ARD nicht als überzogen gewertet werden kann.

4.2.5 Kürzungen im „Bericht zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“

Die KEF vertritt seit dem 12. Bericht die Auffassung, dass sich aus dem Einsparvolumen der Anstalten aufgrund von Produktivitätsfortschritten und Rationalisierung 3 % des Gesamtaufwands zu Gunsten der Gebührenzahler finanzbedarfsmindernd auswirken müssen. Die ARD stimmt mit der KEF darin überein, dass Effizienzsteigerung und Rationalisierung auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk möglich und notwendig sind. Die Umsetzung entsprechender Maßnahmen trägt sowohl zur Begrenzung des Finanzbedarfs als auch zur Verbesserung des Programmangebots bei.

Die ARD hat in ihren Anmeldungen Einsparungen und Rationalisierungserfolge von 3,5 Mrd. DM (= 7,9 % des Gesamtaufwands) nachgewiesen, von denen allerdings rd. 2,4 Mrd. DM für programmliche Anpassungen und Verbesserungen verwendet werden, so dass sich im Ergebnis 1,1 Mrd. DM (2,5 % des Gesamtaufwands) finanzbedarfsmindernd ausgewirkt haben.

18) Vgl. 13. KEF-Bericht, Tz. 207.

19) Vgl. hierzu auch Abschnitt 5.3.

Zur Erfüllung der 3 %-Quote werden von der KEF im 13. Bericht zusätzliche Einsparungen von 233 Mio. DM (0,5 % des Gesamtaufwands) sowie die Realisierung eines weiteren Rationalisierungspotenzials durch die Digitalisierung im Hörfunk von 64 Mio. DM, also insgesamt 297 Mio. DM, gefordert.

Bereits in der Stellungnahme zum 12. Bericht haben die ARD-Anstalten darauf hingewiesen, dass die Höhe eines Rationalisierungsfaktors von 3 % nicht auf einem objektivierbaren Maßstab beruht. Zur Objektivierung und Transparenz für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit haben daher die Anstalten die KEF gebeten, für künftige Berichte noch einmal gemeinsam über einen geeigneten Maßstab für einen Rationalisierungsfaktor nachzudenken. Hierzu hat die ARD z. B. die Veränderung der Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätiger; 1998 bis 2001 im Durchschnitt 0,55 % p. a.) oder die Bruttowertschöpfung öffentlicher und privater Dienstleister (1,7 % p. a. im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2000) vorgeschlagen. Die ARD hofft, mit der KEF zum 14. Bericht eine einvernehmliche Sichtweise erreichen zu können.

Methodisch wichtig ist es, dass diese Kürzung unabhängig von den ansonsten von der KEF vorgenommenen Kürzungen bei den Programm- und Sachaufwendungen erfolgt.

Werden der geforderte Einsparbetrag aufgrund der Rationalisierungsvorgaben der KEF in Höhe von 1 395,0 Mio. DM²⁰⁾ und die zusätzlichen Kürzungen der KEF bei den Programm- und Sachaufwendungen des Bestandsbedarfs sowie für Online von insgesamt 635,8 Mio. DM²¹⁾ addiert, ergibt sich ein Einsparungsbetrag von rd. 2,0 Mrd. DM, das sind 4,6 % des Aufwandsvolumens, also deutlich mehr als die von der KEF geforderten Einsparungen von 3 %.

In die Wirtschaftlichkeitsbeurteilung gehört auch die Tatsache, dass die ARD-Anstalten neue wichtige Programmaufgaben und -projekte durch Einsatz an anderer Stelle eingesparter Mittel realisiert haben. Als Beispiele seien die erweiterte Regionalisierung oder das Ausländer integrierende Hörfunkprogramm „Funkhaus Europa“ beim WDR, die Einführung regionaler Live-Berichterstattung aus den Staatsvertragsländern am Wochenende beim NDR oder die Verbesserung der 19-Uhr-Leiste beim HR erwähnt.

Die KEF akzeptiert die Bemühungen der Anstalten, zur Finanzierung neuer Programmvorhaben Mittel einzusparen, nicht in vollem Umfang. Einsparungen zum Zweck von Umschichtungen von Ressourcen werden nicht im erforderlichen Maße honoriert.

4.2.6 Anrechenbare Eigenmittel

Aus aktueller Sicht werden die von der KEF vom 31. Dezember 2000 festgestellten anrechenbaren Eigenmittel der ARD-Anstalten voraussichtlich bis zum Ende der laufenden Gebührenperiode zur Deckung des Finanzbedarfs 2001 bis 2004 verwendet. Am 31. Dezember 2004 evtl. verbleibende Eigenmittel werden auf den Finanzbedarf der neuen Gebührenperiode 2005 bis 2008 angerechnet.

4.2.7 Bewertung der KEF-Feststellungen durch die ARD

Die ARD-Landesrundfunkanstalten begrüßen die Feststellung der KEF, dass die zum 1. Januar 2001 erfolgte Gebührenerhöhung erforderlich war. Sie begrüßen des Weiteren, dass die KEF das Vorhandensein von im Finanzbedarf noch nicht berücksichtigten Risiken bestätigt. Sie bewerten die finanziellen Auswirkungen jedoch deutlich höher als die KEF.

Unter Berücksichtigung der Risiken erwarten die ARD-Landesrundfunkanstalten am Ende der Gebührenperiode keinen Überschuss. Darüber hinaus betrachten die ARD-Landesrundfunkanstalten die angesprochenen Finanzbedarfsänderungen der KEF als kritisch.

Sie begrüßen jedoch, dass die KEF Bereitschaft signalisiert hat, insbesondere hinsichtlich der Wahl des Basisjahres zur Ermittlung der Programm- und Sachaufwendungen und hinsichtlich des Rationalisierungsfaktors im weiteren Verfahren zur Erstellung des 14. KEF-Berichtes mit ARD, ZDF und DeutschlandRadio nach verfeinerten Methoden zu suchen.

Bis Ende 2004 wird die ARD mit der derzeitigen Gebühr auskommen. Die finanzielle Situation der ARD insgesamt ist insoweit stabil. Gleichwohl können einzelne Landesrundfunkanstalten nur mit größten Sparbemühungen eine Kreditaufnahme vermeiden.

20) Finanzbedarfsmindernde Einsparungen laut Anmeldungen der ARD	1 098 Mio. DM
plus zusätzlich geforderte Einsparungen laut KEF	<u>297 Mio. DM</u>
	1 395 Mio. DM

21) Kürzungen:	
Programmaufwand:	167,8 Mio. DM
Sachaufwand:	199,1 Mio. DM
Verstärkungsmittel:	7,9 Mio. DM
zusätzliche Einsparungen infolge Kürzung des Mehraufwands für Online	<u>261,0 Mio. DM</u>
	635,8 Mio. DM

5. Erfüllung des Programmauftrags

5.1 Fernsehen

5.1.1 Erstes Fernsehgemeinschaftsprogramm

Das 1954 ins Leben gerufene nationale ARD-Gemeinschaftsprogramm speist sich aus regionalen Wurzeln und spiegelt die kulturelle föderale Vielfalt der Bundesrepublik Deutschland in seinen Angeboten wider. Veranstalter sind die Landesrundfunkanstalten: Sie liefern Eigenbeiträge zu und beteiligen sich an der Finanzierung von Gemeinschaftssendungen.

Das Erste Deutsche Fernsehen ist ein rund um die Uhr ausgestrahltes Vollprogramm, das sich an alle Zuschauergruppen richtet. Es hat den Anspruch, sein Publikum möglichst umfassend zu informieren, zu bilden und zu unterhalten. Seinen öffentlich-rechtlichen Programmauftrag erfüllt es mit regelmäßigen Nachrichten- und Informationssendungen, vielfältigen kulturellen Angeboten, mit Dokumentationen, Sportübertragungen, Unterhaltungs-Shows, mit Spielfilmen, fiktionalen Eigenproduktionen, Serien, Familienprogrammen, kirchlichen und Musiksendungen.

Der Schwerpunkt des Gemeinschaftsprogramms ist Information. Das Erste hat seine Informationsangebote in den vergangenen Jahren stark ausgebaut und damit sein Profil geschärft. Pro Tag bietet das Programm mehr als zehn Stunden Information; dies entspricht mehr als 40 % der Gesamt-Sendezeit. Rund ein Viertel des Informationsangebots sind Nachrichtensendungen. Die Tagesschau ist die meistgesehene Nachrichtensendung des deutschen Fernsehens; die Hauptausgabe um 20.00 Uhr erreicht in Deutschland täglich mehr als neun Millionen Zuschauer. Neben Informationssendungen (Tagesschau, Tagesthemen, Nachtmagazin, Wochenpiegel, ARD-Morgenmagazin und ARD-Mittagsmagazin) werden aktuelle Magazine mit Informationen aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Reportagen wie ARD-exklusiv und dokumentarische Reihen angeboten. Dem Bereich der Information sind auch die Talksendungen zuzurechnen, die Zuschauern die Gelegenheit bieten, sich ein Bild von wichtigen Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft, Kultur und Entertainment zu machen.

Auch wenn Kultur und Wissenschaft bei der ARD als föderalem Senderbund vor allem in den Dritten, in den großen Kulturwellen des Radios, in ARTE und 3sat ihre Heimat haben, sind sie auch Thema im Ersten. In Fernsehsendungen meist dokumentarischer Art oder in Magazinformat werden Themen und Ereignisse aus den Bereichen Literatur, Musik sowie bildende Künste aufgegriffen (Kulturweltspiegel; Kulturreport; Titel, Thesen, Temperamente), wird aus den Kulturmetropolen berichtet, aber auch die kulturelle Szene etwa der Dritten Welt beleuchtet. Im Umweltmagazin „Globus“ werden Umwelt und Wissenschaftsthemen behandelt.

Die Sportberichterstattung umfasst beim Ersten etwa ein Zehntel des Angebots. Mit der Übertragung hochrangiger Sportereignisse werden programmliche Höhepunkte geschaffen. Events wie die Tour de France, Olympische Spiele, Fußball-Weltmeisterschaften und -Länderspiele werden den Zuschauern in längeren Sendestrecken präsentiert. Im Bereich der fiktionalen Angebote möchte das ARD-Gemeinschaftsprogramm mit Serien, Fernsehfilmen, Spielfilmen und TV-Movies intelligente Unterhaltung mit hohem Qualitätsanspruch für ein großes Publikum bieten. Mit seinen Hauptabendserien macht Das Erste attraktive, familiengerechte Angebote für alle Generationen, um ein breites Publikum über einen längeren Zeitraum zu binden.

Bei Produktion und Einsatz fiktionaler Angebote halten sich die Programmverantwortlichen insbesondere an die „ARD-Grundsätze gegen Verharmlosung und Verherrlichung von Gewalt im Fernsehen“. Demnach sollen Gewalthandlungen nicht zum Selbstzweck und ohne dramaturgischen Grund in Szene gesetzt werden. Gewalt in Spielhandlungen soll nicht als Mittel zur Konfliktlösung angepriesen werden.

Das Erste macht mit seiner Fernseh-Unterhaltung Angebote für die ganze Familie. Es trägt hier aber als öffentlich-rechtlicher Anbieter eine besondere Verantwortung für das Kinder- und Jugendprogramm. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass junge Zuschauer sehr viel Zeit vor dem Fernseher verbringen. Das Gemeinschaftsprogramm möchte Kinder und Jugendliche ansprechen, indem es deren Lebenswelten und Probleme ernst nimmt, Unterhaltung und Zerstreuung bietet und glaubwürdige Angebote macht.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Den Auftrag, zu informieren, zu bilden und zu unterhalten, wollen die Landesrundfunkanstalten so mit Leben erfüllen, dass sich die Mehrheit der Gebührenzahler im Programm wiederfinden kann, aber auch, dass Minderheiten mit den Angeboten des Ersten in angemessener Weise bedient werden. Das Erste Deutsche Fernsehen strebt auf dem Fernsehmarkt der Bundesrepublik die qualitative und die quantitative Marktführerschaft an.

Ohne das Vorabendprogramm und das gemeinsam mit dem ZDF gestaltete Vormittagsprogramm wurden im Ersten in 2001 täglich über 19 Stunden Programm gestaltet. Rund 60,9 % des Gesamtprogramms entfiel auf Erstsendungen, 39,1 % auf Wiederholungen. Ein wesentlicher Anteil der Programmleistung entfällt auf Eigenproduktionen, die immerhin 27,3 % der Gesamtleistung bzw. 44,9 % der Erstsendungen ausmachen. Im Berichtsjahr entfielen rd. 54,2 % des Sendevolumens auf die Zulieferbeiträge der Landesrundfunkanstalten und 45,8 % auf die Gemeinschaftssendungen.

Auch ein Programmangebot mit so vielfältigen Genres wie Das Erste ist für das Publikum attraktiv: Das Gemeinschaftsprogramm erreichte im Jahr 2001 einen durchschnittlichen Marktanteil von 13,9 % (Vorjahr 14,3 %) und belegte damit hinter RTL mit 14,7 % (Vorjahr 14,3 %) und vor den Dritten Programmen und dem ZDF mit jeweils 13,2 % den zweiten Platz bezogen auf alle Zuschauer ab drei Jahren in Deutschland. Unter anderem wegen der guten Akzeptanz der übertragenen Sportgroßereignisse belegte Das Erste im ersten Halbjahr 2002 sogar mit 14,7 % Platz 1 vor RTL mit 14,5 %, dem ZDF 14,3 % und den Dritten mit 13,0 %.

5.1.2 Europäischer Kulturkanal ARTE

ARTE (Association Relative à la Télévision Européenne) bietet ein europäisches Kulturprogramm an, wobei drei Viertel des ARTE-Programms zu gleichen Teilen von Programmen des deutschen Mitglieds ARTE Deutschland TV GmbH und des französischen Mitglieds ARTE France bestritten werden. ARTE arbeitet regelmäßig mit sieben europäischen Partnerrundfunkanstalten zusammen. Gesellschafter der ARTE Deutschland GmbH sind zu jeweils 50 % die ARD-Anstalten und das ZDF, das Stammkapital beträgt 500 TDM.

Im Jahre 2000 konnten mehr als 130 Millionen Fernsehzuschauer bzw. mehr als 65 Millionen Haushalte in Europa ARTE empfangen. ARTE verfolgt das Ziel, das Programmangebot in der Kernsendezeit zwischen 19.00 Uhr und 1.00 Uhr kontinuierlich zu verbessern. Dabei wurde mit dem seit 2001 gültigen neuen Programmschema eine ausgewogenere Verteilung der Genres auf die einzelnen Fernseh-Abende erreicht. Das Programm von ARTE besteht zu 43 % aus Dokumentationen/Dokumentarfilmen, zu 30 % aus Filmen (Spielfilme 20 %, Fernsehfilme 10 %), zu 16 % aus Nachrichten und Magazinen sowie zu 11 % aus Beiträgen des Genres Theater/Musik/Tanz. Für die stufenweise Ausweitung der Hauptsendezeit um fünf Stunden durch Vorverlegung des Sendebeginns von 19.00 Uhr auf 14.00 Uhr wurde von der KEF bereits im 12. Bericht ein Finanzbedarf von 50 Mio. DM für 2003/2004 bewilligt. ARTE hat zwar seine Sendezeit bereits im Zuge der Neugestaltung des Programmschemas seit 2001 auf die Zeit ab 14.00 Uhr ausgedehnt, das Programm besteht aber zurzeit noch überwiegend aus Wiederholungen und ist noch nicht flächendeckend empfangbar. ARTE hat einen Stufenplan für die laufende Gebührenperiode entwickelt, mit dem ab dem Haushaltsplan 2004 ein Anteil von Erstausstrahlungen in dieser Sendezeit von 20 bis 25 % erreicht werden soll. Damit auch das Nachmittagsprogramm von den Zuschauern empfangen werden kann, sollen auf der Grundlage der Entscheidungen der Landesmedienanstalten die Sendezeiten von ARTE in den analogen Kabelnetzen Zug um Zug bundesweit auf die Zeit von 14.00 bis 19.00 Uhr ausgeweitet werden.

ARTE erreichte im Jahr 2001 in Deutschland einen durchschnittlichen Marktanteil von 0,4 (Vorjahr 0,3) % der Zuschauer ab drei Jahren. Der Etat des europäischen Kulturkanals wird auf der Grundlage des von der KEF im 12. Bericht anerkannten und in § 9 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags festgelegten Finanzierungsbetrags von 238,05 Mio. DM bzw. 121,71 Mio. Euro p. a. ermittelt. Zusätzlich werden bei den Rundfunkanstalten noch vorhandene Rückstellungen für in der letzten Gebührenperiode nicht von ARTE verbrauchte Gebührenmittel für ARTE eingesetzt. Für 2002 ist im Wirtschaftsplan von ARTE ein Budget von 142,5 Mio. Euro veranschlagt. Im 13. Bericht hat die KEF per Ende 2004 einen Überschuss von 57,2 Mio. DM bzw. 29,3 Mio. Euro bei ARTE festgestellt.²²⁾

5.1.3 Ereignis- und Dokumentationskanal PHOENIX

PHOENIX, der Ereignis- und Dokumentationskanal von ARD und ZDF, kann auf nahezu fünf Sendejahre zurückblicken. Er hat sich als ergänzendes öffentlich-rechtliches Informationsangebot einen festen Platz in der Fernsehlandschaft gesichert. Trotz einer vergleichsweise geringen Finanzausstattung hat sich PHOENIX wie kaum ein anderes Programm in dem kleinen, wettbewerbsintensiven Markt der informationsorientierten Spartenkanäle in kurzer Zeit etabliert. PHOENIX ist mit seinem einzigartigen und unverwechselbaren Programmprofil auch europaweit allgemein akzeptiert und geschätzt.

Der Marktanteil von PHOENIX betrug im Jahr 2001 durchschnittlich 0,5 % bezogen auf alle Zuschauer ab drei Jahren. Das Profil des Spartenkanals PHOENIX wird in erster Linie durch Live-Übertragungen politischer Debatten im Deutschen Bundestag sowie weltpolitische Ereignisse geprägt. Des Weiteren gehörten Übertragungen der Parteitage aller im Bundestag vertretenen Parteien und Wahlkampfkundgebungen zum Programm. Ergänzt wurde das Angebot durch Gespräche im Studio, Diskussionsrunden und Dokumentationen.

PHOENIX wird über Satellit und Kabel – bedauerlicherweise noch immer nicht flächendeckend – verbreitet; im Jahr 2001 wurden analog etwa 27 Mio. Haushalte erreicht. Darüber hinaus wird das Programm im Rahmen der digitalen Ausstrahlung innerhalb des Programmbouquets ZDF.vision und über ARD Digital sowohl über Satellit als auch über Kabel bundesweit verbreitet.

Die KEF hatte in ihrem 12. Bericht einen Finanzbedarf von 131,25 Mio. € (256,7 Mio. DM) für PHOENIX anerkannt; die Wirtschaftsplanung von PHOENIX orientiert sich an diesem Finanzrahmen. PHOENIX verfügt in 2002 über einen von ARD und ZDF zu gleichen Teilen finanzierten Jahresetat von 31,8 Mio. €. PHOENIX ist ein Beispiel dafür, dass durch die Zusammenarbeit zwischen den Mutterhäusern und einem Spartenkanal ein Mehrwert für das Publikum geschaffen wird: Zum einen übernimmt PHOENIX teilweise von den Landesrundfunkanstalten oder vom ZDF produzierte Sendungen zur zeitversetzten Ausstrahlung. Daneben kann PHOENIX auf Ereignisübertragungen der Anstalten sowie auf Beistellungen redaktioneller oder produktionstechnischer Fachkräfte zurückgreifen. Zum anderen können die Rundfunkanstalten in vielen Fällen auf das von PHOENIX bei Ereignisübertragungen produzierte Sendesignal zurückgreifen und Ausschnitte in eigenen Nachrichtensendungen weiterverwenden.

²²⁾ 13. Bericht, Tz. 418 ff., S. 189. Der Überschuss ermittelt sich aus den Erträgen (957,2 Mio. DM) und den Aufwendungen (1 073,0 Mio. DM), dem von der KEF anerkannten Entwicklungsbedarf für die Ausweitung der Sendezeit (50 Mio. DM), sonstigen Korrekturen der KEF und unter Berücksichtigung der bei den Anstalten vorhandenen Rückstellungen.

5.1.4 3sat

3sat hat sich als Kulturprogramm des deutschen Sprachraums in den letzten Jahren als feste Größe im Konzert der Spartenangebote etabliert. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich unter den 36 pro Haushalt empfangbaren Programmen ein Kulturprogramm, das über die nationalen Grenzen auch österreichische und schweizerische Perspektiven kontinuierlich im Programm repräsentiert, von vornherein ein eher sperriges Angebot ist. 3sat als ergänzendes Vollprogramm mit kulturellem Schwerpunkt konzentriert sich auf folgende Programmofferten:

- Aktuelle Konzert- und Bühnenübertragungen aus dem deutschen Sprachraum
- Kontinuierliche aktuelle Kulturberichterstattung mit einem im deutschen Fernsehen einmaligen werktäglichen Kulturmagazin
- Kontinuierliche Wissenschaftsberichterstattung im ebenfalls werktäglichen Magazin NANO
- Repertoire-basierte Spielfilm- und Fernsehfilmprogrammreihen, die auf Themen bzw. Protagonisten bezogen einem interessierten Publikum Einblick in die Geschichte und Entwicklungen der fiktionalen Einzelstücke im 1½-Stundenformat gibt
- Produktion und Wiederholung von Dokumentarfilmen im Rahmen eines im deutschen Fernsehen einmaligen sonntäglichen Sendeplatzes.

Mit diesem Angebot erreicht 3sat in Deutschland bei einer technischen Reichweite von 88 % einen Marktanteil von 0,9 % und liegt dabei im Schnitt der Spartenangebote im oberen Level. Täglich erreicht 3sat damit immerhin knapp 9 % der Zuschauer, das sind 6,24 Mio. Auch in Österreich erreicht 3sat mit einer technischen Reichweite von 76 % aller Haushalte mit 1,3 % MA eine stabile Akzeptanzposition. Dasselbe gilt für die Schweiz. Mit 95 % technischer Reichweite erzielt 3sat 0,9 % Marktanteil.

3sat greift neben den im deutschen Sprachraum organisierten Live-Übertragungen von einer Vielzahl von Festspielen vom Schleswig-Holstein Musikfestival bis hin zu entsprechenden Ereignissen in Österreich auf das Programmrepertoire der beteiligten Sender ZDF, ARD, ORF und SF DRS zurück. ARD und ZDF steuern jeweils rd. 30 % der Programme bei, der ORF rd. 25 %, SF DRS knapp 10 %. Damit bestätigt 3sat auf eindrückliche Art und Weise, dass auf Basis des Programmrepertoires der beteiligten Sender ein interessantes kulturell orientiertes Programm gestaltbar ist.

In der aktuellen Produktion für das Kultur- und das Wissenschaftsmagazin wird durch Austausch von Beiträgen eine sehr günstige und effiziente Produktionsform ermöglicht. Im Hinblick auf die notwendige eigenständige Positionierung von 3sat durch aktuelle Berichte in den Magazinen und Live-Kulturübertragungen ist das Budget des Kanals am unteren Rahmen angesiedelt.

5.1.5 Kinderkanal

Der Kinderkanal hat sich seit seiner Etablierung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu der Marke für ein pädagogisch-verantwortetes, vielfältiges Programmangebot für die jüngste Zuschauergruppe entwickelt. Bei den Zuschauern hat er Umfragen zufolge ein hohes Renommee.

Mit einer technischen Reichweite von mittlerweile 81 % erreicht der Ki.Ka inzwischen die überwiegende Zahl der bundesdeutschen Fernsehhaushalte. Die hohe Resonanz des Senders wird auch dadurch deutlich, dass täglich knapp 20 % der Kinder, das sind 1,65 Mio., mindestens einmal Kontakt mit dem Ki.Ka haben und ihn einschalten.

Trotz einer vergleichsweise geringen Finanzausstattung gelingt es dem Ki.Ka, in seiner Sendezeit von 06.00 bis 19.00 Uhr zu den führenden Programmangeboten in der Zielgruppe zu werden. Mit 16,6 % MA im Jahr 2001 belegt er den 2. Platz in der Zielgruppe hinter Super RTL. Charakteristisch für das Programmangebot des Kinderkanals ist, dass hier im Stil eines Vollprogramms die ganze Bandbreite der Fernsehgenres angeboten wird. Informierende Magazine stehen neben Serien und Shows, Dokumentationen und Spielfilmen. Die vielfaltorientierte, auf Qualität ausgerichtete Programmmischung des Kinderkanals gibt ihm im Wettbewerb gerade mit den durchgängig unterhaltungsorientierten kommerziellen Konkurrenten eine schwierigere Ausgangsposition. Die nur auf Unterhaltung abstellenden Programme haben bessere Akzeptanzchancen als genremäßig differenzierte. Der Ki.Ka erreicht überproportional die jüngeren Kinder, während er bei den älteren zwischen zehn und 13 Jahren in einer schwierigeren Akzeptanzposition ist. Dies geht auch darauf zurück, dass in dieser Altersgruppe bereits aufwendigere und kontinuierlich gezeigte fiktionale Programmangebote wesentliches Element der Fernsehnutzung sind, die der Ki.Ka nicht in der notwendigen Breite und Frequenz finanzieren kann.

In ihrem 12. Bericht hatte die KEF für den Kinderkanal Mittel in Höhe von 531,6 Mio. DM (271,8 Mio. €) anerkannt. Hierin sind 90 Mio. DM für die Fortentwicklung des Kinderkanals enthalten, mit denen der Erstsendeanteil schrittweise angehoben wird. Diese Zumessung ist Ausgangspunkt der Budget-Planungen des Kinderkanals. Dass trotz der beschränkten Mittel der Ki.Ka einen großen Erfolg aufweisen kann, liegt in der synergetischen Nutzung von Programmmitteln von ARD und ZDF. Beide bringen die in ihren Häusern produzierten Kinderprogramme in den Ki.Ka ein und stellen damit sicher, dass dieser über 13 Stunden des Tages zu der Adresse für ein qualitätsorientiertes Angebot für die nachwachsenden Zuschauer wird.

5.1.6 Dritte Programme

Die Landesrundfunkanstalten bieten insgesamt acht Dritte Programme an, wobei Radio Bremen im Verbund mit dem Norddeutschen Rundfunk das Programm NDR Fernsehen und der Saarländische Rundfunk mit dem Südwestrundfunk das Programm Südwest Fernsehen gestalten. Die Gesamtsendezeit der Dritten betrug durchschnittlich 25,9 Stunden pro Programmtag. Ausführlichere Hinweise enthalten die spezifischen Berichte der jeweiligen Landesrundfunkanstalten für ihre(n) Landtag(e).

Durch Zusammenarbeit der Dritten Programme entstehen Synergieeffekte: Der unentgeltliche Programmaustausch hilft den Anstalten bei der Erfüllung ihres Programmauftrags und der Optimierung des Angebotes: Es wird ein erheblicher mittelbarer Beitrag zur Programmfinanzierung geleistet, weil die bei kostenfrei übernommenen Programmen eingesparten Mittel in den übrigen Sendestrecken zur Stärkung des (regionalen) Programmprofils der jeweiligen Anstalt genutzt werden können. Gemessen in ausgetauschten Minuten sind Anstalten mit höherer Finanzkraft eher Netto-Zulieferer (WDR, BR, NDR) und Anstalten mit geringerer Finanzkraft eher Netto-Übernehmer (HR, ORB). Eine Bewertung der ausgetauschten Programmminuten erfolgt nicht, denn sobald die Programme hergestellt sind, entstehen bei einer weiteren Ausstrahlung keine zusätzlichen Produktionskosten. Durch unentgeltliche Übernahmen wird vermieden, dass mehrere Anstalten inhaltlich ähnliche Angebote herstellen; dieser Umstand kommt wiederum der Vielfalt des hergestellten Programmangebotes aller Dritten zu Gute.

Solche durch Übernahmen erzielbaren indirekten Finanzierungsbeiträge haben allerdings auch ihre Grenzen: Da – auf Grund der Satellitenverbreitung und der Einspeisung in Kabelanlagen außerhalb der eigenen Sendegebiets – viele Zuschauer neben „ihrem“ regionalen Dritten Programm weitere Dritte Programme empfangen können, wäre eine allzu große Austauschbarkeit der Programme negativ für das Programmprofil aller Dritten. In 2001 betrug der Anteil der Erstsendungen am Programm aller Dritten 34,2 %. Wiederholungen machten 48,1 % der Sendezeit aus. Die Quote der Übernahmen, die zwar für das jeweils ausstrahlende Dritte Erstsendungen darstellen, bezogen auf das ausgestrahlte Programmangebot aller Dritten aber Wiederholungen sind, lag bei 17,7 %. Insgesamt hat das regional differenzierte Angebot sowie die breite Verfügbarkeit den in Deutschland seit einigen Jahren anhaltenden Publikumsstrend in Richtung Dritte Programme weiter begünstigt: Die Dritten erreichten gemeinsam in 2001 in Deutschland einen Marktanteil von 13,2 % (Vorjahr 12,7 %) bei den Zuschauern ab drei Jahren und damit gemeinsam mit dem ZDF Platz 3 in der Zuschauergunst.

5.1.7 Auslandsfernsehen German TV

Das deutsche Auslandsfernsehen German TV ist ein deutschsprachiges Gemeinschaftsprogramm von ARD, ZDF und Deutsche Welle. Das Programm wird ausschließlich in den USA über eine digitale Plattform als kostenpflichtiges Abonnentenfernsehen ausgestrahlt.

German TV präsentiert – größtenteils aus den Programmvorräten von ARD und ZDF – seriöse, aktuelle Informationssendungen, aufwändige Dokumentationen, niveauvolle Unterhaltung, ansprechende Fernsehspiele, Shows, die Fußball-Bundesliga und qualitativ hochwertige Kinderprogramme. Im Februar 2002 startete German TV mit einem siebenstündigen Testprogramm. Seit Mai 2002 ist das Vollprogramm von German TV in den USA rund um die Uhr über die GlobeCast Plattform per Satellit empfangbar. Die Verwaltungsvereinbarung legt fest, dass die rundfunkrechtliche Verantwortung bei der Deutschen Welle liegt, im Innenverhältnis jedoch alle drei beteiligten Sender gleichberechtigt kooperieren. Die Programminhalte werden zu je 40 % von ARD und ZDF geliefert und zu 20 % von der Deutschen Welle. Da eine Finanzierung von Auslandsfernsehen durch Rundfunkgebühren unzulässig ist und die Abonnementerlöse in den ersten Betriebsjahren noch nicht die Kosten decken, erhält German TV Bundeszuschüsse (in 2002: 5,1 Mio. €). ARD und ZDF liefern ihre Programmbeiträge zwar kostenfrei zu, den Anstalten entstehende Verwaltungskosten bzw. Kosten für den erforderlichen Lizenznacherwerb müssen jedoch aus dem Etat von German TV getragen werden. Für das Rumpfgeschäftsjahr 2002 ist ein Ausgabevolumen von 6,6 Mio. € veranschlagt.

5.2 Hörfunk

Die Radioangebote der ARD genießen eine außerordentlich hohe Akzeptanz in der Bevölkerung und erreichen nach der letzten Media-Analyse werktags fast 34 Millionen Menschen. Das sind 52,7 % der Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland. Besonders im Hörfunk zeigt sich die Stärke der föderalen Struktur der ARD. Es gibt lokale und regionale Berichterstattung in allen Teilen Deutschlands. Das Radio ist überall vor Ort und am Puls der Zeit. Natürlich liegt für jede Landesrundfunkanstalt der Schwerpunkt im eigenen Sendegebiet. Die Besonderheiten der jeweiligen Sendegebiets werden in der Berichterstattung dargestellt und vermittelt.

Im Rahmen des gemeinsamen Programmaustauschs sorgt die jeweilige Rundfunkanstalt vor Ort dafür, dass alle anderen Hörfunkwellen in der ARD bei Bedarf kompetente Berichte vom Ort eines Geschehens bekommen, ohne dass sie eigene Reporter durch die Republik schicken müssen. Passiert beispielsweise in Bayern etwas, dem bundesweite Bedeutung zukommt, übernimmt der BR die Berichterstattung für alle Radiowellen in der ARD.

Zusätzlich bietet das öffentlich-rechtliche Radio Informationen aus der ganzen Welt. Die Landesrundfunkanstalten betreiben ihr einmaliges Radiokorrespondenten-Netz gemeinsam, denn eine Anstalt allein könnte die unabhängige und umfassende Berichterstattung aus allen Teilen der Welt weder organisatorisch noch finanziell bewältigen.

Die inhaltlich unterschiedliche Ausrichtung der Radiowellen der Landesrundfunkanstalten stellt in der Gesamtbetrachtung eine optimale Verbreitung der öffentlich-rechtlichen Grundversorgung in allen Bevölkerungsschichten sicher: Die ARD will auch jüngere Menschen für die öffentlich-rechtlichen Programmformate gewinnen und diese Zielgruppe am unabhängigen öffentlichen Diskurs teilhaben lassen. Das gelingt sehr gut mit den beim Publikum bis 30 außerordentlich beliebten jungen Wellen des Hörfunks, die mit zielgruppenadäquat aufbereiteten Informationen und hoher Unterhaltungskompetenz offenbar diese Hörerschichten richtig ansprechen.

Die Magazinprogramme der ARD, die sich neben Informationen zu allen Lebensbereichen über die Popmusik definieren, erzielen insgesamt täglich Einschaltquoten, die bundesweite Fernsehsender nicht erreichen. Neben diesen „massenattraktiven Wellen“ sind aus dem Spektrum der landesweiten Radioangebote besonders die Kultur- und Informationsprogramme zu nennen. Diese erzielen bei der letzten Media-Analyse ein Rekordergebnis. Erstmals schalteten 7,0 % der Hörer diese so genannten „gehobenen Programme“ ein. Diese 4,47 Millionen Hörer sind eine sehr interessierte Minderheit, die von der ARD im Sinne ihres Funktionsauftrags hervorragend bedient wird. Zum Vergleich: In Deutschland erreicht das Massenblatt BILD eine Auflage von 4,5 Millionen Exemplare pro Tag.

Der weitaus größte Teil der Programmetats fließt in die Kulturprogramme, die von der ARD als eine Kernaufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angesehen werden, obwohl sie eine Minderheit der Hörerschicht ansprechen. Die Berichterstattung über kulturelle Themen im weitesten Sinne hat ihren festen Platz im öffentlich-rechtlichen Radio (Kino, Architektur, Theater, Philosophie, Literatur, Wissenschaft, Hörspiel, Musik, Mode, Museum, Kabarett, Comedy und vieles mehr). Doch mit der reinen Berichterstattung ist die Vermittlung von Kultur im Radio in der ARD noch nicht erschöpft. Die Macherinnen und Macher der Programme setzen auch selbst kulturelle Themen, etwa durch Programmschwerpunkte wie die Organisation und Übertragung öffentlicher Veranstaltungen sowie durch attraktive Features mit Themen, die weit über den üblichen Terminjournalismus hinausgehen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Kulturprogramme für die Zukunft ist die Bewältigung des Generationenwechsels. Kultur ist einem permanenten Wandel der Formen des kulturellen Ausdrucks unterworfen. Gerade für die Nachfolgegeneration der bisherigen Zielgruppe der Kulturprogramme, die „Klassisch Kulturorientierten“, ist das Nebeneinander der Kulturen, die kulturelle Vielfalt sowohl unterschiedlicher Altersgruppen wie verschiedener Nationalitäten eine Selbstverständlichkeit. Es wird die Aufgabe der kommenden Jahre sein, mit vorsichtiger, aber zunehmender Öffnung dem Kulturverständnis der Nachfolgegeneration gerecht zu werden, ohne die bisherige Kernhörerschaft der Kulturprogramme zu verlieren.

Die Stärke der ARD-Radioprogramme als Vermittler von Kultur wird so auch in Zukunft erhalten bleiben. Ebenso wichtig ist für die ARD darüber hinaus ihre Aufgabe als Kulturfaktor. Die Landesrundfunkanstalten unterhalten bundesweit 23 Klangkörper, von den großen Radio-Sinfonieorchestern und Rundfunk-Chören über Rundfunkorchester der unterhaltenden Sparte bis hin zu Big Bands. Die ARD-Klangkörper veranstalten über 1 000 Konzerte pro Jahr; die ARD ist damit größter Konzertveranstalter Deutschlands.

Die Orchester und Chöre sind Klangkörper für ihr Sendegebiet. Hier, in einer der dichtesten Kulturlandschaften der Welt, liegt ein Wurzelgrund, der beste Voraussetzungen für hohe Kunstentfaltung bietet. Die Aktivitäten dort tragen wesentlich zur Identifikation der Menschen mit den in der ARD zusammengeschlossenen Rundfunkanstalten bei. Die Orchester und Chöre der Rundfunkanstalten bieten hochwertige Konzerterlebnisse in allen Regionen Deutschlands. Auch dort, wo kommerzielle Ensembles nicht spielen, weil in der „kulturellen Diaspora“ keine kostendeckenden Konzerte veranstaltet werden können.

Die Klangkörper stehen darüber hinaus für das weltoffene Image des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Positionierung der Orchester und Chöre an nationalen und internationalen Spielstätten dient dem Ziel der ständigen Qualitätsüberprüfung und Qualitätssteigerung. Dieser Wettbewerb im Dienste des eigenen Auftrags ist eine notwendige Voraussetzung hierfür. Der Erfolg in den Hauptstädten Europas und an den wichtigen Plätzen in der Welt als Spitzenensembles muss keinen Vergleich scheuen.

Bei der Erfüllung des Kulturauftrags werden den Musikprogrammen in Radio und Fernsehen mittels Konzerten und Studioproduktionen Programmressourcen erschlossen, die neben dem bekannten und populären Repertoire vor allem auch durch Kompositions- und Bearbeitungsaufträge die aktuellen ästhetischen Strömungen des Musiklebens schaffen und abbilden. Die Ensembles haben in diesem Zusammenhang die Aufgabe, gerade auch Musik an den Rändern des gängigen Repertoires und die zeitgenössische Musik zu pflegen. So werden jährlich in der ARD von den Klangkörpern etwa 100 Kompositionsaufträge zur Uraufführung gebracht.

5.3 Online-Angebote der ARD-Landesrundfunkanstalten

Programmauftrag und föderale Struktur der ARD schlagen sich im Inhalt und Aufbau ihrer Onlineangebote nieder. Die ARD kommt im Netz ihrem klassischen Auftrag zu informieren, zu bilden und zu unterhalten nach, wobei der Schwerpunkt des Angebotes auf der Information liegt. Online-Studien belegen, dass sich Fernsehen, Hörfunk und Internet gegenseitig unterstützen und dass Onlineauftritte die Bindung der Nutzer/-innen an die Sender stärken. Dies gilt insbesondere für jüngere Zielgruppen, deren Mediennutzungsmuster stark auf das Internet ausgerichtet ist. Die Online-Angebote der Landesrundfunkanstalten sind gekennzeich-

net durch ihren föderalen Aufbau und ihren engen Programmbezug. Sie bilden die Basis für den gemeinschaftlichen Auftritt unter ARD.de. Angebote der einzelnen Anstalten werden vernetzt mit den gemeinschaftlich finanzierten Angeboten DasErste.de, Tagesschau.de und ARD.de, die wiederum thematisch die Inhalte der Landesrundfunkanstalten im Netz erschließen. ARD.de ist das Dachportal der gemeinschaftlich finanzierten Angebote. ARD.de bündelt u. a. die Inhalte zu den Bereichen Kultur, Kinder und Ratgeber. Unter ARD.de werden auch die programmbegleitenden Inhalte zu den Hörfunkprogrammen – mit dem Schwerpunkt Kulturprogramme und junge Wellen der ARD – vernetzt (radio.ard.de). DasErste.de bietet programmbegleitende Informationen zu den Fernsehsendungen des Ersten an. Wie im Hörfunk und Fernsehen wird der Programmaustausch im Onlinebereich zunehmend genutzt, um Kernkompetenzen deutlich zu machen. Der publizistische Aufwind der Online-Medien ist ungebrochen. Die ARD lag mit ihren Online-Angeboten in der Liste der meistgenutzten Properties (Zusammenfassung aller Domains der ARD und der Landesrundfunkanstalten) mit 17,3 % Reichweite auf Platz 14 (NetValue, August 2002).

Die ARD hat ihre Angebote im Vergleich zu anderen Anbietern langsam aufgebaut. Programmauftrag und Programmbezug bestimmen die weitere Marschrichtung des ARD-Online-Projektes. Finanzielle Dimensionen der Online-Thematik wurden bereits an anderer Stelle erläutert.²³⁾

5.4 ARD Digital

ARD Digital, das digitale Programm bouquet der ARD, bietet, unverschlüsselt und ohne Extrakosten für Zuschauerinnen und Zuschauer, die gesamte Programmvialt der ARD. Das digitale Bouquet umfasst derzeit 18 Fernseh- und 22 Hörfunkangebote sowie jederzeit abrufbare interaktive Zusatzdienste wie den Electronic Program Guide (EPG), die elektronische Programmzeitschrift von ARD Digital, und den multimedialen ARD-Online-Kanal. Darüber hinaus präsentiert ARD Digital seinen Zuschauern neue interaktive TV-Formate und -specials. ARD Digital bietet mit EinsMuXx, EinsExtra und EinsFestival drei zusätzliche Fernsehprogramme. Zu den TV-Angeboten gehören darüber hinaus Das Erste, die Dritten Programme, der Bildungskanal BR-alpha sowie die mit Partnern veranstalteten Kanäle PHOENIX, Ki.Ka, 3sat und ARTE. Vom Info-Kanal über Klassik-Programme bis zur Jugendwelle sind bei ARD Digital die Radioprogramme der Landesrundfunkanstalten vertreten. ARD Digital wird über Satellit und bundesweit im Kabel verbreitet; zum Empfang ist ein Universaldecoder notwendig. Das digitale Programm bouquet wird über das ARD-Play-Out-Center, eine beim ORB ansässige Gemeinschaftseinrichtung, ausgestrahlt. Der von der KEF anerkannte Finanzbedarf für die Programm- und Verbreitungskosten beläuft sich gemäß 13. Bericht auf 261,6 Mio. DM.²⁴⁾

5.5 Technische Umsetzung des Programmauftrags

Die Nutzung der Digitaltechnik ist ein notwendiger Schritt zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit öffentlich-rechtlicher Programmangebote im dualen Rundfunksystem. Die ARD hat – ausgehend von medienpolitischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen – hinsichtlich der neuen digitalen Produktionsmittel und Verbreitungswege das Ziel, auch künftig alle potenziellen Nutzer/-innen in ihrem Sendebereich mit optimalen Angeboten zu erreichen. Sie darf sich aufgrund ihres Auftrags und ihrer verfassungsrechtlich gesicherten Entwicklungsgarantie nicht von den erweiterten Möglichkeiten der Zukunftstechnologien abkoppeln und ggf. die sich entwickelnden Märkte mitgestalten.

Die Digitalisierung hat erhebliche Auswirkungen auf alle Bereiche der ARD-Rundfunkanstalten. Ziel einer technischen Weiterentwicklung muss es sein, Zukunftstechnologien zur Optimierung der Programmangebote bei gleichzeitiger Begrenzung der Kosten einzusetzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass beim Übergang von analoger zu digitaler Technik neue und weiterentwickelte Programmformen im Hörfunk und im Fernsehen entstehen werden.

Moderne Archiv- und Produktionsumgebungen werden zunehmend von den Informationstechnologien bestimmt. Die Investitionszyklen passen sich folglich den Gegebenheiten der IT-Welt an. Nach der notwendigen Migration der Produktionstechnik von analoger zu digitaler Umgebung wird sich der Zyklus für Ersatzinvestitionen auf drei bis fünf Jahre reduzieren, darüber hinaus erhöhen sich Software-Update- und Betreuungskosten. Des Weiteren wandeln sich die Anforderungen an das Personal in künftigen digitalen Produktions- und Sendeprozessen erheblich. Die Grenzen bisher klar abgesteckter Arbeitsfelder zwischen Produktion, Technik und Redaktion werden durch die Digitalisierung zunehmend flexibler. Technik und Produktion in Hörfunk und Fernsehen werden in der Zukunft immer mehr durch die Vernetzung digitaler Systeme an integrierten Arbeitsplätzen geprägt. Die Produktions- und Sendeabläufe können sich aber im Zuge der Digitalisierung nur weiterentwickeln, wenn die Mitarbeiter mit entsprechenden Fort- und Weiterbildungsprogrammen qualifiziert werden.

23) Vgl. oben, Abschnitt 4.2.4.

24) Das der KEF erstmals zum 10. Bericht unter dem Stichwort DVB gemeldete ARD-Projekt DVB/ARD-Bouquet umfasst sowohl Programmaufwendungen für die Gestaltung als auch Verbreitungskosten für die digitale Satellitenausstrahlung sowie die Kabeleinspeisung des digitalen ARD-Bouquets ARD Digital. Die Verbreitungskosten belaufen sich laut 12. Bericht auf 83,4 (Satellit) + 33,1 (Kabel) = 116,5 Mio. DM für die Periode 1997 bis 2000. Für die Periode 2001 bis 2004 wurde ein Gesamtbetrag von 261,8 Mio. DM als Aufwand anerkannt (vgl. 12. Bericht, S. 82, Tz. 201). Im 13. Bericht hat die KEF den Gesamtaufwand noch einmal korrigiert und einschließlich zusätzlicher Kosten für einen eigenen Uplink des ARD-Playout-Centers in Potsdam einen Gesamtaufwand von 261,6 Mio. DM anerkannt. Vgl. hierzu auch Abschnitt 5.5.

Während im Hörfunk vernetzte Produktion vielfach bereits zum Arbeitsalltag gehört, wird die Herstellung von Fernsehprogrammen zunehmend von Content-Management-Konzepten bestimmt. Bei ARD-aktuell und verschiedenen Landesrundfunkanstalten sind bereits Systeme, die ein hohes Maß an Aktualität gewährleisten und über zeitsparende Recherche- und Vorschaufunctionalitäten verfügen, in der Realisierung. Die Archive stellen mit ihren Beständen ein besonderes Programmvermögen dar und nehmen eine wichtige Rolle im Produktionsprozess ein. Die Digitalisierung ermöglicht eine stärkere Programm-, Produktions- und Sendungsbezogenheit der Archive. Technisch harmonisierte digitale Archivsysteme sind erforderlich, um auch in Zukunft den unverzichtbaren Programmaustausch zu gewährleisten. Die erforderlichen Investitionen sind von den Geschäftsmodellen, den Ausbaustufen und der technischen Entwicklung abhängig. Die ARD befasst sich verstärkt mit der technischen Umsetzung und der Erfassung des finanziellen Gesamtbedarfs²⁵⁾. Durch die zunehmende Vernetzung der technischen Produktionsmittel für Hörfunk und Fernsehen kommt der für den Programmaustausch notwendigen Infrastruktur eine große Bedeutung im Produktions- und Sendeprozess zu. Mit der Inbetriebnahme des neuen digitalen Breitband-Übertragungssystems steht der ARD ab 2003 ein leistungsfähiges System zur Verfügung, das aus qualitativer und quantitativer Sicht den Anforderungen neuer Sendeformen, neuer digitaler Produktionsmittel und den daraus resultierenden Betriebsabläufen gerecht wird.

Angesichts neuer digitaler Produktionsmittel und daraus entstehender innovativer Sendeformen sorgt die Digitalisierung der Verbreitungswege für die notwendige Erweiterung der Übertragungskapazitäten und Nutzungsmöglichkeiten. Die ARD ist maßgeblich an der Entwicklung und der Markteinführung neuer Übertragungstechnologien beteiligt und schafft somit die Rahmenbedingungen für technische und programmliche Innovationen. Die voraussichtliche Akzeptanzentwicklung digitaler Verbreitungswege bei den Nutzern/innen kann nur anhand der aktuellen Marktsituation eingeschätzt werden. Als Verbreitungswege für Hörfunk und Fernsehen stehen die Satellitenübertragung, das Breitbandkabel und die terrestrische Übertragung sowie leistungsstarke Internet-Anbindungen (einschließlich des Live-Streamings) zur Verfügung. Die ARD hat ihre Strategie auf den unterschiedlichen Migrationsverlauf der digitalen Verbreitungswege abgestimmt.

Bei der Satellitenverbreitung hat sich die digitale Übertragungstechnik für Programmveranstalter wie für Zuschauer bereits etabliert. Sie wird den analogen Empfang in einem überschaubaren Zeitraum vollständig ersetzen. Die erweiterten Kapazitäten erlauben es der ARD – bspw. mit ARD Digital – mit einer Vielzahl neuer anspruchsvoller Programmformen den Wünschen der Zuschauer zu entsprechen, wobei auch in Zukunft der unverschlüsselte Empfang in In- und Ausland uneingeschränkt ermöglicht werden soll.

Der derzeit wichtigste Verbreitungsweg für Fernsehprogramme ist das Breitbandkabel. Die Digitalisierung dieses Verbreitungsweges wird zu einer erheblich erweiterten Übertragungskapazität führen. Durch neue Übertragungstechnologien kann sich das Kabel zu einem interaktiven Kommunikationsmedium entwickeln. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf den Umfang der Angebots- und Nutzerformen. Die Migration von der analogen zur digitalen Verbreitung wird sich marktgetrieben entwickeln, solange die Netzbetreiber offene Systeme anstreben. Da sich derzeit allerdings eine unklare Situation hinsichtlich der zukünftigen Netzträgerschaft der einzelnen Breitbandkabelnetze ergibt, sind verlässliche Prognosen nicht möglich. Ein einheitlicher offener Standard für die digitalen Endgeräte wird von der ARD seit langem gefordert und ist mit der Multimedia-Home-Plattform (MHP) international festgelegt worden. Die ARD bietet seit Juli 2002 im Rahmen von ARD Digital erste Anwendungen an.

Während die terrestrische Verbreitung von Hörfunk über UKW eine überwältigende Akzeptanz erfährt, spielt dieser Verbreitungsweg beim Fernsehen mit einem Versorgungsanteil von unter zehn Prozent der Haushalte nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Einführungsstrategie für digitale Übertragungstechnologien ist daher bei Hörfunk und Fernsehen unterschiedlich:

Für die digitale terrestrische Verbreitung von Hörfunkprogrammen und Datendiensten wurde DigitalRadio mit dem europäischen DAB-Standard konzipiert. Auf Grund des in den Bundesländern sehr unterschiedlichen Ausbaustands, der Dominanz der UKW-Verbreitung und dem noch nicht ausreichenden Geräteangebot ist die Marktdurchdringung mit DAB-Empfängern noch unbefriedigend; ein längerer Simulcast-Betrieb ist absehbar. Derzeit entwickelt die ARD ein Konzept, um DigitalRadio mit neuen Programminhalten zu einer höheren Akzeptanz und damit einer stärkeren Marktdurchdringung zu verhelfen. Auch der Empfängermarkt ist inzwischen in Bewegung gekommen.²⁶⁾

25) Die KEF hatte zum 12. Bericht für dieses Projekt einen Entwicklungsbedarf von 97,8 Mio. DM anerkannt (gemeldet 141,4 Mio. DM). Im 13. Bericht haben die Anstalten einen Bedarf von 118,6 Mio. DM für die laufende Gebührenperiode quantifiziert; die KEF erkennt weiterhin 97,8 Mio. DM an. Vgl. KEF-Bericht, S. 91, Tz. 208.

26) Die KEF hatte im 12. Bericht einen Betrag von 82,1 Mio. DM als Entwicklungsbedarf für DAB-Verbreitungskosten für 2001 und 2002 anerkannt, wobei sie Aufwendungen für Programm-, Produktions- und Studioteknik nicht anerkannt hatte. Gleichzeitig hatte die KEF einen Kreditspielraum von weiteren 82,1 Mio. DM anerkannt für den Fall, dass 2003 und 2004 keine anderweitigen Finanzierungsmöglichkeiten für weitere Investitionen in die DAB-Netze gefunden werden konnten. Insgesamt wurde den Rundfunkanstalten für die zwei Gebührenperioden 1997 bis 2004 ein Finanzbedarf von 176,3 + 82,1 Mio. DM = 258,4 Mio. DM anerkannt. Die bisher von der KEF anerkannten für Programmverbreitung getätigten Verfügungen (57,4 Mio. DM) und geplanten Aufwendungen (133 Mio. DM) der Rundfunkanstalten liegen bei 190,4 Mio. DM, so dass die KEF einen Überschuss von 68 Mio. DM für das Projekt errechnet hat. 12. KEF-Bericht, Tz. 190, S. 86.

Beim Fernsehen hat die Bedeutung der terrestrischen Verbreitung kontinuierlich abgenommen. Mit DVB-T existiert ein europäischer Übertragungsstandard für digitales terrestrisches Fernsehen, der einen stationären, portablen und mobilen Empfang von bis zu 24 Programmen vorsieht und interaktive bzw. multimediale Zusatzangebote beinhaltet. Durch die Einführung von DVB-T²⁷⁾ wird es möglich, einen von Dritten unabhängigen Verbreitungsweg zu erhalten und gleichzeitig die Akzeptanz der terrestrischen Verbreitung zu steigern. In einem ersten Umstiegsprojekt wird im Sommer 2003 im Ballungsraum Berlin-Potsdam ein DVB-T-Netz in den Regelbetrieb überführt; darüber hinaus sind weitere Projekte in Deutschland geplant.

Eine Migrationsproblematik wie im Hörfunk oder im Fernsehen besteht beim Internet nicht. Dennoch gewinnt die Verbreitung der jeweiligen Angebote sowohl der einzelnen Landesrundfunkanstalten als auch das der ARD immer mehr an Bedeutung. Aus diesem Grund hat die ARD beschlossen, das Zusammenspiel der einzelnen Internet-Angebote weiter zu optimieren, um somit eine Weiterentwicklung des integrativen ARD-Angebotes zu erreichen. Dabei soll ein vorwiegend programmbezogenes Internet-Angebot angeboten und über leistungsstarke Anbindungen verbreitet werden.²⁸⁾

Angesichts der aktuellen Entwicklungen gehen die ARD-Rundfunkanstalten auch künftig von einem Mix der Verbreitungswege aus.

6. Gemeinsame Aktivitäten von ARD/ZDF einschließlich Tochter- und Beteiligungsgesellschaften

Im Folgenden werden die wichtigsten Geschäftsfelder von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften beschrieben. Unabhängig von der Zusammensetzung und Zielrichtung der jeweiligen Einrichtungen unterscheidet sich deren rechtliche Ausgestaltung erheblich: Zu differenzieren sind rechtlich selbständige (z. B. IRT, SportA, Degeto Film als GmbH oder SRT als Stiftung) und rechtlich unselbständige Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. die GEZ). Die Ausgestaltungsunterschiede sind zum Teil auf historische Entwicklungen, zum Teil aber auch auf Anforderungen des Tagesgeschäftes (z. B. bevorzugen Geschäftspartner im Lizenzhandel Vertragsabschlüsse mit Kapitalgesellschaften bzw. rechtlich selbständigen Partnern) zurückzuführen. Auf die Finanzierung und Entscheidungsstruktur im Innenverhältnis wirkt sich dies aber nicht aus: Die Anstalten haben als Träger einer rechtlich nicht selbständigen Gemeinschaftseinrichtung wie der GEZ nicht zwangsläufig eine stärkere Rechtsposition als etwa als Gesellschafter einer – rechtlich selbständigen – IRT GmbH. Die Durchsetzungsmöglichkeiten und Finanzierungsmodalitäten werden durch Satzungen (bei GmbHs) oder Verwaltungsvereinbarungen (nicht rechtlich selbständige Institutionen) präzisiert.

6.1 Gebühreneinzugszentrale – GEZ

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland haben die Abwicklung des Gebühreneinzugs einer nicht selbständigen und nicht rechtsfähigen Verwaltungsgemeinschaft, der Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) übertragen.

Die GEZ hat im Jahr 2001 rd. 39,4 Millionen Rundfunkteilnehmerkonten betreut. Da „freiwillige“ An- und Zumeldungen seit Jahren rückläufig sind, trägt die GEZ im Rahmen der Bestandspflege zunehmend dazu bei, durch Marketing-Aktivitäten und Mailing-Aktionen den Teilnehmerbestand zu sichern und auszuschöpfen. Das Aufgaben- und Aufwandsvolumen der GEZ wird vor allem durch schriftliche, elektronische und telefonische Reaktionen der Rundfunkteilnehmer bestimmt. Trotz des deutlich gestiegenen Zuwachses an Bearbeitungsvorgängen konnte der interne Personalbestand mit 835 Planstellen gehalten werden, wobei notwendige Kapazitätsanpassungen zum Teil durch Auslagerung von Aufgaben kompensiert wurden.

Der Geschäftsbetrieb der GEZ verursachte im Jahr 2001 Aufwendungen in Höhe von rd. 228 Mio. DM. Die Aufwendungen der GEZ pro Teilnehmerkonto betragen 2001 5,77 DM. Der Anteil der GEZ-Aufwendungen an den Erträgen aus Rundfunkgebühren beläuft sich im Jahr 2001 auf 1,74 %. Die GEZ betreibt ein effizientes, zentralisiertes Einzugsverfahren mit hohem Spezialisierungsgrad, stark rationalisierten Arbeitsprozessen, hohem Einsatz elektronischer Datenverarbeitung und damit verbunden hohen Bearbeitungs- und Vorgangsmengen. Im Vergleich dazu hatte die Deutsche Bundespost 1975, im letzten Jahr vor Übernahme des Gebühreneinzugs durch die GEZ, für den Gebühreneinzug von den Rundfunkanstalten rd. 240 Mio. DM beansprucht. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass damals die Zahl der Teilnehmerkonten um die Hälfte geringer war und die Deutsche Bundespost die zur Sicherung und Ausschöpfung des Teilnehmerpotenzials, für die im Jahr 2001 bei der GEZ Aufwendungen von rd. 50 Mio. DM angefallen sind, nicht wahrgenommen hat. Der von der GEZ über viele Jahre erfolgreich verantwortete Einzug der Rundfunkgebühren stellt eine gute Voraussetzung dar, die in der Diskussion stehenden Änderungen des Rundfunkgebührenrechts auch weiterhin in einem effizienten und wirtschaftlichen Verfahren umzusetzen.

27) Im 12. Bericht wurde von der KEF der von den Rundfunkanstalten gemeldete Bedarf von 144,1 Mio. DM in voller Höhe anerkannt. Die Rundfunkanstalten haben zum 13. Bericht ihren Mittelbedarf präzisiert und gehen für die laufende Gebührenperiode von einem Bedarf von 144,6 Mio. DM aus. Bis zum Jahr 2010 wird ein Bedarf von 370,6 Mio. DM beziffert. Vgl. 13. KEF-Bericht, Seite 88, Tz. 198 f.

28) Vgl. hierzu auch Abschnitt 5.3.

6.2 SportA Sportrechte- und Marketing-Agentur GmbH

Die SportA Sportrechte- und Marketing-Agentur GmbH mit Sitz in München ist eine Tochtergesellschaft der ARD-Landesrundfunkanstalten (50 %) und des ZDF (50 %) mit einem Stammkapital von 990 TDM.

Die SportA bündelt materielle, personelle und organisatorische Potenziale, um dadurch schneller und effektiver am Rechtemarkt agieren zu können. Sie beschafft (massen)attraktive Programminhalte im Sport für ARD und ZDF, verkauft das Programmssponsoring und führt eine Gesamtvermarktung von Sportereignissen durch. Die SportA kauft attraktive Gesamtpakete an und kann die nicht von ARD und ZDF genutzten Rechte (z. B. Sublizenzierungen im Inland, Auslandsrechte) weiterverkaufen. Darüber hinaus erzielt die SportA im Marketingbereich durch die Konzentration der Aktivitäten von ARD und ZDF gute Geschäftsergebnisse. Ferner konnten im Rahmen der Gesamtvermarktung interessante Sportereignisse erworben werden. Die SportA erwirtschaftet in 2001 einen Umsatz von 388 Mio. DM. Die laufenden Betriebskosten (Personal, Gebäude, Sachaufwand, Abschreibungen etc.) beliefen sich im Jahr 2001 auf 6 910 TDM, dies sind etwa 1,8 % der Gesamterträge. Die SportA hatte im Jahresdurchschnitt 2001 20 Beschäftigte. Der geplante Umsatz für das (Sport-Großereignis-)Jahr 2002 beläuft sich laut Wirtschaftsplan auf 430,5 Mio. DM.

Die Rundfunkanstalten verschaffen sich über die SportA Zugang zu exklusiven, publikumsattraktiven Sportsenderechten zu akzeptablen Konditionen, beabsichtigen aber hiermit keine umfassende unternehmerische Tätigkeit. Am Rechtemarkt ist allerdings eine Entwicklung zu einer umfassenderen Vermarktung festzustellen, bei der Fernseh-Übertragungsrechte nur noch eine unter vielen Verwertungsoptionen darstellen. In diesen Fällen gehen die mit dem Rechteerwerb verbundenen Risiken erheblich über den gesetzlich vorgegebenen Aufgabenumfang der Rundfunkanstalten hinaus. Angesichts dieser dynamischen Marktentwicklung wird im Gesellschafterkreis über strukturelle Reformen bei der SportA verhandelt.

6.3 Institut für Rundfunktechnik GmbH (IRT)

Das Institut für Rundfunktechnik IRT, eine gemeinnützige GmbH mit Sitz in München, berät die Rundfunkanstalten in der Technikentwicklung, löst auftretende technische Fragestellungen und vertritt die nationalen und internationalen Interessen der Rundfunkanstalten im europäischen Bereich und in der Weltorganisation ITU. Das IRT veröffentlicht seine Forschungsergebnisse auf zahlreichen Symposien und in Fachpublikationen. Das IRT hat ein Stammkapital von 265 TDM, 67,9 % der Gesellschafteranteile werden von ARD-Landesrundfunkanstalten, 9,4 % vom ZDF und 5,7 % von DLR gehalten, die restlichen Anteile entfallen auf andere Rundfunkanstalten aus deutschsprachigen Ländern.

Angesichts der komplexen Herausforderungen durch die Digitalisierung bewegen sich die Aufgaben des IRT zunehmend im Bereich Systemberatung und Systementwicklung. Das IRT koordiniert stellvertretend für seine Gesellschafter Standardisierungsarbeiten im europäischen Kontext, z. B. in Gremien der europäischen Rundfunkunion, aber auch bei dem mit Rundfunk- und Industrievertretern besetzten DVB-Konsortium. Aktuelle Tätigkeitsschwerpunkte des IRT betreffen u. a. die Einführung der Digitaltechnik im Funkhaus, einschließlich der Archive und der Content-Management-Systeme sowie die Entwicklung neuer Datendienste (z. B. Telematik). In der für 2004/2005 vorgesehenen Nachfolgekonferenz zur Revision des Stockholmer Frequenzabkommens, mit der Frequenzmanagement und -verteilung in Europa und angrenzenden Ländern neu geregelt werden sollen, vertritt das IRT die Rundfunkanstalten und erarbeitet aktuell wichtige Planvorgaben. Ferner analysiert das IRT die neuen Telekommunikationsformen (z. B. GRPS, UMTS, Internet) berät die Rundfunkanstalten und bringt deren spezifische Anforderungen in die Standardisierungsgremien ein. Im Zuge der engen Kooperation mit der Industrie bei diesen Aufgaben konnte in den letzten Jahren verstärkt die Auftragsforschung als zusätzliche Finanzierungsquelle erschlossen werden. Auch deshalb hat sich der Zuschussbedarf des IRT seit 1998 nicht mehr erhöht. Das industrienahen Arbeiten sichert darüber hinaus die Attraktivität, Aktualität und Effizienz des IRT.

Die Aufwendungen des IRT im Jahr 2002 betragen netto 22 100 T€. Die Gesellschafterzuschüsse in Höhe von netto 19 155 T€ entfallen zu 81,2 % auf die ARD, zu 14,3 % auf das ZDF, zu 2,9 % auf das DLR. Die SRG sowie der ORF sind zu je 0,8 % beteiligt. Die Sachkosten des IRT betragen 4 867 T€ und die Investitionen 1 624 T€. Der größte Anteil des IRT-Budgets wird für Personalkosten aufgewandt (15 609 T€ bei 170 Planstellen). Zusätzlich werden in enger Kooperation mit den Universitäten Diplomanden/innen und Studenten/innen beschäftigt und für drittmittelgeförderte Projekte werden Zeitkräfte eingestellt. Das IRT erwirtschaftet als gemeinnütziges Institut keine Gewinne.

6.4 Zentrale Fortbildung der Programm-Mitarbeiter/innen ZFP

Die zentrale Fortbildungseinrichtung für Programm-Mitarbeiter/innen (ZFP) mit Sitz in Frankfurt wird als nicht rechtsfähige Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF betrieben. Die ZFP übernimmt erstens die zentrale Planung und Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Programm-Mitarbeiter/innen. Zweitens unterstützt sie einzelne Rundfunkanstalten bei der Vorbereitung und Durchführung und fördert ständigen Informationsaustausch über solche Fortbildungsmaßnahmen. Drittens übernimmt die ZFP die Planung und Durchführung von gemeinsamen Fortbildungsmaßnahmen für Programm- und Technik-Mitarbeiter/innen in Kooperation mit der Schule für Rundfunktechnik (SRT) und steht viertens im ständigen Erfahrungsaustausch mit anderen einschlägigen Institutionen. Die ZFP führt jährlich um die 400 Veranstaltungen mit ca. 12 000 Teilnahme-Tagen durch. In 2000 waren 18 fest angestellte und zahlreiche freie Mitarbeiter/innen für die ZFP tätig. Der Etat beläuft sich für 2002 auf rd. 2,8 Mio. €.

Die Wirtschaftlichkeit begründet sich zum einen in der Effektivität und Effizienz durch einen spezifischen Zuschnitt der Seminare und Trainings auf die Bedürfnisse der Rundfunkanstalten. Zum anderen sind die Angebote, bedingt durch die Nutzung von Synergien in den Rundfunkanstalten, preiswert. Die ZFP gehört im Bereich Qualifizierung/Fortbildung zu den günstigsten Anbietern in der Medienbranche.

6.5 Schule für Rundfunktechnik (SRT Stiftung)

Die Schule für Rundfunktechnik mit Sitz in Nürnberg ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar den gemeinnützigen Zweck verfolgt, Bewerber und Bewerberinnen für eine technikbezogene Tätigkeit bei Hörfunk oder Fernsehen theoretisch und praktisch auszubilden sowie Fortbildungs- und Wiederholungskurse zu veranstalten und Lernmittel hierfür herzustellen. Die SRT ist eine rechtlich selbstständige Gemeinschaftseinrichtung der Rundfunkanstalten. Die Stifter der SRT sind die zehn in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, die Deutsche Welle, das DeutschlandRadio und das ZDF. Die Gesellschafter besitzen jeweils 35 TDM (7,7 %) des Grundstockvermögens von 455 TDM. Die SRT beschäftigte 2001 im Jahresdurchschnitt 63 Mitarbeiter/innen.

Das Etatvolumen der SRT wurde in 2001 zu rd. 84 % durch Betriebskostenzuschüsse der Stifter finanziert. Diese Zuschüsse setzten sich in 2001 zu 60 % aus veranstaltungsunabhängigen Ertragszuschüssen und zu 40 % aus Lehrgangserlösen zusammen. Darüber hinaus tragen eigene Erträge, insbesondere aus den Lehrgangsgebühren, mit rd. 16 % zur Finanzierung bei. Der Etat beläuft sich in 2002 auf 9,4 Mio. €. Die Rundfunkanstalten realisieren mit der Delegation von Aufgaben an die SRT Synergien. Sie können als Stifter direkt Einfluss auf das Fortbildungsprogramm nehmen, so dass die Fortbildungsmaßnahmen gezielt auf ihre Ansprüche abgestimmt werden können.

6.6 Rundfunk-Betriebstechnik GmbH (RBT)

Die Rundfunk-Betriebstechnik GmbH (RBT) mit Sitz in Nürnberg hat den Auftrag, der „unmittelbaren Förderung der Technik auf dem Gebiet des Rundfunk- und Fernsehens und die Förderung des technischen Betriebsdienstes der Gesellschafter“. Sie arbeitet ausschließlich auftragsbezogen für ihre Gesellschafter BR, HR, MDR, RB, SR, SFB, SWR und ZDF.

Insbesondere die Einführung digitaler Techniken und der Einsatz von Informationstechnologien für Broadcast-Anwendungen erfordern spezielles und tiefgreifendes Systemwissen. Die RBT unterstützt ihre Gesellschafter in Situationen erhöhten Personal- und Wissensbedarfs, wobei sich die Aufgabenschwerpunkte seit einigen Jahren in Richtung Unterstützung/Beratung bei der betrieblichen Einführung, Integration und Migration neuer Systeme verlagert haben. Bei Investitionen fungiert die RBT als wichtige neutrale Instanz zwischen realisierendem Hersteller/Generalunternehmer und beauftragender Rundfunkanstalt. Ferner unterstützt die RBT ihre Gesellschafter u. a. bei der konventionellen Studio- und Sendertechnik (Fernsehen und Hörfunk) sowie bei Messungen technischer Parameter der Ausstrahlungen von anstaltseigenen oder von gemieteten Telekom-Sendern (z. B. im Zusammenhang mit DAB und DVB-T).

Der für das Jahr 2002 zum Betrieb der RBT erforderliche Gesamtaufwand in Höhe von 8,1 Mio. € wird zu 96,5 % von den ARD-Gesellschaftern und zu 3,5 % vom ZDF getragen. Der wesentliche Anteil der Aufwendungen liegt in den Personalkosten, die für 2002 mit 5,9 Mio. € (75 Planstellen und Altersversorgung ausgeschiedener Mitarbeiter) eingesetzt sind. Der restliche Aufwand verteilt sich auf 1,59 Mio. € Sachkosten und 0,59 Mio. € Investitionen. Als gemeinnützige Einrichtung erwirtschaftet die RBT keinen Gewinn und finanziert sich über die Zuschüsse der Gesellschafter.

6.7 Degeto Film GmbH

Die Degeto Film GmbH hat den Schwerpunkt-Auftrag zur Beschaffung – im Wege der Produktion oder des Lizenzerwerbs – von Fernsehprogrammen für die Landesrundfunkanstalten der ARD und deren Werbegesellschaften. In der Niederlassung München werden die Programmbeschaffungen für das Werberahmenprogramm vertraglich und finanztechnisch administriert. In Frankfurt wird die Programmbeschaffung fiktionaler Formate für Das Erste – einschließlich redaktioneller Betreuung und lizenzrechtlicher Verwaltung wahrgenommen.

Im Jahr 2001 wurden für Lizenzen und Produktionen ca. 603 Mio. DM brutto umgesetzt. Die Betriebskosten beliefen sich im Jahr 2001 auf ca. 14,7 Mio. DM bzw. 2,4 % der abgewickelten Programmbeschaffungsaufträge. Aus dem Degeto-Programmstock wurden im Jahr 2001 für den Bereich DFS insgesamt 90 606 Programmminuten für Sendezwecke zur Verfügung gestellt. Für den Bereich des Vorabendprogramms der ARD wurden ca. 220 104 Programmminuten zur Sendung bereitgestellt. Die Degeto betreut jährlich zwischen 800 bis 850 Spielfilmsendeplätze und ca. 100 Serien-Sendeplätze. Die jährlich lizenzfreien ca. 4 500 Programme werden im Gemeinschaftsprogramm der ARD, den Dritten Programmen, 3at, ARTE, Ki.Ka, PHOENIX und ARD Digital auf insgesamt nahezu 8 400 Sendepunkten eingesetzt.

Die Degeto Film GmbH verfügt über ein Stammkapital von 275 TDM, an dem die Landesrundfunkanstalten bzw. deren Werbetöchter jeweils zu gleichen Teilen beteiligt sind. Die Gesellschaft hat 73 Mitarbeiter, davon 14 in München. Der zentrale Einkauf wie auch die zentrale Programmbetreuung – redaktionell, technisch und lizenzrechtlich – ermöglichen Effizienz und Effektivität. Für die ARD ergeben sich zahlreiche positive wirtschaftliche Effekte: Die Degeto GmbH bündelt den Rechtebedarf der ARD und sichert damit beim Einkauf – auch für einzelne Landesrundfunkanstalten – günstigere Beschaffungskonditionen; dies gilt sowohl für Lizenzpreise als auch für den Rechteumfang. Sie schafft mit ihren Beschaffungsaktivitäten einen großen Programmstock, der von allen Programminitiativen der ARD kostenfrei und unkompliziert genutzt werden kann. Durch die zentrale Programmplanung und Betreuung der vielfältigen Programmplätze – bezogen auf Das Erste sind dies in der Summe mehr als 20 % des Gesamtprogramms – wird eine ökonomische Programmnutzung sowie eine hohe Transparenz hinsichtlich Programmbestand und Zukaufbedarf gewährleistet. Die zentrale Sendeaufbereitung, Programmarchivierung und Logistik durch die Degeto GmbH hat sich hier als wirtschaftliche Umsetzungsform bewährt. Im Ergebnis verfügt die Degeto GmbH über eine schlanke, effiziente Organisationsstruktur, die auf Kostenerstattungsbasis arbeitet.

6.8 Deutsches Rundfunkarchiv (DRA)

Das in Frankfurt am Main und Potsdam-Babelsberg ansässige Deutsche Rundfunkarchiv (DRA) ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Das Stiftungskapital beträgt 70 TDM und wird von den zehn ARD-Landesrundfunkanstalten, der Deutschen Welle und dem DeutschlandRadio gehalten. Das DRA verfügt über umfangreiche Sammlungen audiovisueller Aufnahmen aus Hörfunk und Fernsehen. Das Archiv umfasst neben fast 600 000 Audioträgern und 100 000 Fernsehsendungen ca. 5 Mio. Presseauschnitte, 2,6 Mio. Fotos und Negative sowie rundfunkhistorische Akten aus der ARD, ihren Gemeinschaftseinrichtungen und aus DDR-Rundfunkarchiven.

Zu den Dienstleistungen des DRA gehört u. a. die Erschließung und Sicherung vorhandener Archivmaterialien sowie die Recherche und Bereitstellung von Aufnahmen und Unterlagen für das Hörfunk- und Fernsehprogramm der ARD. Ferner werden in der zum DRA gehörenden Zentralen Schallplattenkatalogisierung (ZSK), alle neu erscheinenden Industrieträger zentral für ARD und ZDF erfasst. Das DRA realisiert zahlreiche Synergieeffekte durch Bündelung von Ressourcen in Kooperation mit den Rundfunkanstalten: Besonders gut nachvollziehbar wird dies dann, wenn durch gezielten Einsatz bzw. Wiederverwertung von Archivmaterial Produktionskosten deutlich reduziert werden können. Das DRA nimmt darüber hinaus gemeinnützige Funktionen wahr, indem es für zahlreiche allgemeine, wissenschaftliche, insbesondere historische Anfragen sowie solche von Forschung und Lehre zur Verfügung steht.

Das Haushaltsvolumen beträgt im Jahre 2002 für das DRA 11,7 Mio. € bei 89 Planstellen für die ZSK mit neun Planstellen und einem Volumen von 1,1 Mio. €. Der Gesamtetat beträgt 12,8 Mio. €. Die Aufwendungen werden aus Betriebsmittelzuweisungen der Rundfunkanstalten finanziert, beim DRA zu 98 % (nur ARD), bei der ZSK zu 100 % (einschließlich des ZDF).

7. Perspektiven der ARD

7.1 Programm

Das Gemeinschaftsprogramm Das Erste hat den Anspruch, die qualitative Marktführerschaft zu halten und eine möglichst breite Publikumsakzeptanz zu erzielen. Gleichzeitig sollen weiterhin Minderheiten in den Angeboten angemessen abgebildet und die föderale Vielfalt in Deutschland widerspiegelt werden. Als eine wesentliche Wettbewerbsstärke des Gemeinschaftsprogramms kann die Informationskompetenz des Ersten Fernsehprogramms hervorgehoben werden. Die ARD wird diese Kompetenz weiter stärken und ausbauen. Das weltweite Auslandskorrespondentennetz der ARD und die Zulieferungen aus den Redaktionen der Landesrundfunkanstalten werden weiterhin für ein kompetentes, überaus vielfältiges und jederzeit aktuelles Informationsangebot sorgen. Informationskompetenz und Aktualität erfordern angesichts der wachsenden Zahl von Programmangeboten und der multimedialen Konkurrenz im digitalen Zeitalter auch eine entsprechende technische Infrastruktur.

Einen wichtigen Beitrag zur Abrundung des Informationsprofils der Rundfunkanstalten wird weiterhin der Ereignis- und Dokumentationskanal PHOENIX leisten. PHOENIX muss in der laufenden Gebührenperiode mit einem Etat von 131,25 Mio. Euro (256,7 Mio. DM) auskommen. Der Anspruch des Programms, der politischen und gesellschaftlichen Vielfalt in Deutschland und Europa Rechnung zu tragen, kann nur eingelöst werden, wenn das Ereignisaufkommen durch entsprechende Übertragungen im Programm berücksichtigt werden kann. Auf längere Sicht plant PHOENIX eine Ausweitung der Ereignisübertragungen im In- und Ausland sowie eine Stärkung der in eigener Verantwortung realisierten Dokumentationsprogramme.

Dem europäischen Kulturkanal ARTE wurden von der KEF für die laufende Gebührenperiode zusätzliche Mittel von 50 Mio. DM als Finanzbedarf zur Ausweitung seiner Sendezeit auf die Zeit zwischen 14.00 und 19.00 Uhr zugebilligt. Diese Mittel sind entsprechend in dem für ARTE festgelegten Gebührenaufkommen von ca. 238 Mio. DM p. a. berücksichtigt. ARTE hat bereits in 2001 mit der Ausstrahlung des Nachmittagsprogramms begonnen. Eine weitere programmliche Optimierung mit mehr Gesellschaftsmagazinen und Informationssendungen und einer Erhöhung des Erstsendeanteils kann – ebenso wie die erforderliche Realisierung zusätzlicher Verbreitungswege für das derzeit über analoge Satelliten und Kabelnetze partagiert mit dem Kinderkanal ausgestrahlte Programm – schrittweise bis 2004 abgeschlossen werden.

Beim Kinderkanal ist eine Ausweitung der Sendezeit in den Abend vorgesehen. Der Fernseh-Nutzungsschwerpunkt wesentlicher Teile der Zielgruppe „Kinder“ liegt nach 19.00 Uhr und kann bisher nicht berücksichtigt werden. Angesichts der Diskussion um Gewalt und Medien sieht der öffentlich-rechtliche Rundfunk hier auch eine medienpädagogische Notwendigkeit, die Sendezeit auszuweiten. Der Kinderkanal muss dafür neue attraktive Programmformate für ältere Kinder und Jugendliche anbieten können. Auch die Verbreitung über Satelliten- und Kabelkapazitäten muss verbessert werden. Aus dem bisherigen Etat des Kinderkanals ist dies nicht finanzierbar. Die Rundfunkanstalten prüfen derzeit, ob für den 14. KEF-Bericht zusätzliche Mittel als Entwicklungsbedarf für den Kinderkanal beantragt werden können.

Die Perspektiven der Dritten Programme und der regionalen Hörfunkprogramme ergeben sich aus den Darstellungen der einzelnen Landesrundfunkanstalten. Generell will die ARD die bisher breite Akzeptanz der Hörfunkangebote der Landesrundfunkanstalten stabilisieren und – wo möglich – ausbauen. Deshalb setzen die Radiowellen weiterhin auf die Kombination der auf regionalen Eigenarten und Besonderheiten der Sendegebiete abgestellten Programmgestaltung mit der Ausrichtung von Angeboten oder Wellen auf spezifische Zielgruppen. Die Gestaltung der Angebote muss dabei die dynamische Entwicklung der Programmvorlieben ihrer aktuellen und potenziellen Hörer berücksichtigen. Für die Kulturprogramme stellt sich dabei die besondere Herausforderung, dem kulturellen Wandel, der wachsenden kulturellen Vielfalt und dem entsprechend weiteren Kulturverständnis der nachwachsenden Hörerschaft gerecht zu werden, ohne ihre bisherige Kernhörerschaft zu verlieren. Die diversen in den Abschnitten 5.1.6 und 5.2 dargestellten Kooperationsfelder, insbesondere der Programmaustausch zwischen den Landesrundfunkanstalten, sollen auch in Zukunft eine schlagkräftige, effiziente Infrastruktur sicherstellen.

Das Internet bzw. Online-Angebot der ARD ergänzt das Programmangebot der ARD und hat die Programm-Bindung insbesondere des jungen Publikums im Auge. Grundlage des Online-Angebots ist der bestehende Programmauftrag. Eine Ausweitung des Angebots in Richtung E-Commerce ist nicht geplant und wird auch nicht stattfinden. Die ARD und die einzelnen Landesrundfunkanstalten entwickeln die effiziente und arbeitsteilige Struktur ihrer Online-Angebote kontinuierlich weiter. Die Information bildet dabei den Schwerpunkt der Berichterstattung im Internet.

7.2 Technik

Bei der Planung von Zukunftstechnologien stehen die Optimierung der Programmangebote, die Erzielung von Synergieeffekten und die Begrenzung der Kosten im Mittelpunkt. Die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsabläufe und den Qualifikationsbedarf (Vernetzung, integrierte Arbeitsplätze) sind ebenso zu berücksichtigen. Die ARD beschäftigt sich in diesem Zusammenhang auch insbesondere mit der Digitalisierung ihres Programmvermögens in den Programmarchiven und den daraus resultierenden finanziellen Folgen für die laufenden Betriebshaushalte. Die Strategie der ARD hinsichtlich der digitalen Programmverbreitung und der damit einhergehenden technischen Möglichkeiten wurde in Abschnitt 5.5 ausführlich erläutert. Vor dem Hintergrund des umfassenden Grundversorgungsauftrages können die ARD-Landesrundfunkanstalten angesichts des unterschiedlichen Entwicklungsstands der Programmverbreitungsformen nicht auf einzelne Übertragungswege verzichten. Auch künftig werden sie daher ihren Programmauftrag über einen Verbreitungswegemix erfüllen. Dabei ist der mit der Digitalisierung verbundene neue Charakter der Übertragungswege zu berücksichtigen.

7.3 Finanzen

Die ARD-Landesrundfunkanstalten begrüßen die im 13. Bericht getroffene Feststellung der KEF, dass die zum 1. Januar 2001 erfolgte Gebührenerhöhung erforderlich war. Sie haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass die KEF Risiken bestätigt, die im Finanzbedarf bislang noch nicht berücksichtigt wurden. Die ARD bewertet die möglichen finanziellen Auswirkungen solcher Risiken jedoch deutlich höher als die KEF. Unter Berücksichtigung der Risiken erwarten die ARD-Landesrundfunkanstalten am Ende der Gebührenperiode keinen Überschuss. Darüber hinaus sehen die ARD-Landesrundfunkanstalten die oben in Abschnitt 4.1.3 erläuterten Finanzbedarfsänderungen der KEF kritisch. Sie begrüßen jedoch, dass die KEF Bereitschaft signalisiert hat, insbesondere hinsichtlich der Wahl des Basisjahres zur Ermittlung der Programm- und Sachaufwendungen und hinsichtlich des Rationalisierungsfaktors im weiteren Verfahren zur Erstellung des 14. KEF-Berichtes mit ARD, ZDF und DeutschlandRadio nach verfeinerten Methoden zu suchen.

Die ARD wird im Gebührenzeitraum 2001 bis 2004 im Rahmen ihrer in Abschnitt 2.2 dargestellten finanzpolitischen Instrumente alle Möglichkeiten ausschöpfen, Einsparungen zu realisieren und Einnahmeverbesserungen zu erzielen, um den Programmauftrag im Sinne der Gebührenzahler sowie ihrer Hörer und Zuschauer in bester Weise zu erfüllen. Bis Ende 2004 wird die ARD mit der derzeitigen Gebühr auskommen. Die finanzielle Situation der ARD insgesamt ist insoweit stabil. Gleichwohl ist absehbar, dass wegen steigender Programm- und Personalkosten ab 2005 nach vier Jahren unveränderter Gebühr voraussichtlich eine moderate Anpassung der Gebührenhöhe erforderlich sein wird.

Hinzuweisen ist darauf, dass innerhalb der so beschriebenen wirtschaftlichen Gesamtlage der ARD durchaus unterschiedliche Finanzsituationen einzelner ARD-Anstalten bestehen. Zwangsläufig unterziehen sich der Saarländische Rundfunk und Radio Bremen wegen der mit der Ratifizierung des Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrags vereinbarten Reduzierung der Finanzausgleichssumme einschneidenden Restrukturierungsprozessen, um mit den 2006 verbleibenden, deutlich reduzierten Finanzausgleichssummen lebensfähig zu bleiben. Dies ist mit z. T. auch erheblichen Einschnitten in das Programm verbunden. Zur Abfederung der Folgen des reduzierten Finanzausgleichs wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, z. B. eine Neuregelung des Fernsehvertragsschlüssels. Auf Antrag von RB und SR hat die ARD eine Strukturhilfe für die beiden betroffenen Landesrundfunkanstalten beschlossen.

Positiv bewertet wird in der ARD der Verlauf der Fusionsverhandlungen zwischen ORB und SFB. Durch die Zusammenführung wird 2003 eine zukunftsfähige neue Anstalt entstehen. Die dann verbleibenden neun Landesrundfunkanstalten werden ihre Zusammenarbeit weiter optimieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den privaten Rundfunkanbietern im Rahmen sozialverträglicher Rundfunkgebühren zu sichern.

Die finanziellen Auswirkungen der oben erläuterten programmlichen und technischen ARD-Perspektiven sind – soweit nicht dort ausdrücklich anders vermerkt – in den bis 2004 vorgelegten Planungen enthalten bzw. in den Ergebnissen des 13. KEF-Berichts berücksichtigt. Einige Vorhaben führen jedoch erst in der kommenden Gebührenperiode zu Finanzbedarf bzw. sind noch zu quantifizieren. Die Anstalten bereiten aktuell ihre Anmeldungen für den gebührenrelevanten 14. KEF-Bericht vor. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand werden (abgesehen vom Mehrbedarf für den Kinderkanal) keine neuen Projekte angemeldet. Das bedeutet aber, dass die Aktivitäten der Rundfunkanstalten zur Wahrung ihres Programmauftrags aus dem von der KEF für den Programmbestand anerkannten Finanzbedarf finanziert werden müssten.

In der nächsten Gebührenperiode werden zusätzlich auf der Ertragsseite Veränderungen infolge der dann geltenden reformierten Rundfunkgebührenregelung zu berücksichtigen sein.

**Bericht
des ZDF**

Schreiben des Intendanten des ZDF vom 29. November 2002 an den Präsidenten des Landtags:

Anbei erhalten Sie den Bericht des ZDF an die Landesparlamente nach § 5 a RFinStV in der Fassung des 6. Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages. Der Bericht knüpft unmittelbar an den 13. Bericht der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) an. Für das Jahr 2002 wurden jedoch die aktuellen Ansätze des Haushaltsplans unterstellt. Somit entsprechen die finanziellen Daten der Jahre 2001 und 2002 grundsätzlich den vom Fernsehrat genehmigten Haushaltsplänen.

Markus Schächter

**Bericht
über die wirtschaftliche Lage des ZDF**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Gemeinsame Erklärung von ARD, DLR und ZDF	36
II. Bericht über die wirtschaftliche Lage des ZDF	38
1. Kennzeichen der Finanzpolitik des ZDF seit den 90er Jahren	38
1.1 Grundsätzliche Überlegungen	38
1.2 Maßnahmen zur Effektivitätssteigerung und Aufwandsminderung	38
1.3 Einige Schwerpunkte der Maßnahmen zur Effektivitätssteigerung und Aufwandsminderung	38
2. Ergebnis des ZDF im Jahr 2001	39
2.1 Gesamtergebnis	39
2.2 Ertragslage	40
2.3 Aufwandsseite	40
2.4 Investitionen	40
3. Ergebnisse des 13. KEF-Berichts und Bewertung	40
3.1 Mittelfristige Finanzbedarfsplanung 2002 bis 2004	40
3.1.1 Vorbemerkungen	40
3.1.2 Übersicht über die Haushaltsentwicklung des ZDF in den Jahren 2001 bis 2004	41
3.1.3 Erläuterungen der Geschäftsjahre 2001 bis 2004	41
3.1.3.1 Geschäftsjahr 2001	41
3.1.3.2 Geschäftsjahr 2002	42
3.1.3.3 Geschäftsjahr 2003 und 2004	43
3.2 Ergebnisse des 13. Berichts der KEF	44
3.3 Stellungnahme des ZDF zum 13. KEF-Bericht	44
4. Erfüllung des Programmauftrages	45
4.1 Fernsehen	45
4.1.1 ZDF	45
4.1.2 ARTE	47
4.1.3 PHOENIX	48
4.1.4 3sat	48
4.1.5 Kinderkanal	49
4.1.6 Auslandsfernsehen GERMAN TV	49
4.2 Online-Angebot	49
4.3 Technische Umsetzung des Programmauftrags	50

	Seite
5. Gemeinsame Aktivitäten von ARD/ZDF einschließlich Tochter- und Beteiligungsgesellschaft	50
5.1 ZDF-übergreifende Gemeinschaftsaufgaben und -einrichtungen	50
5.1.1 GEZ	50
5.1.2 SportA	51
5.1.3 IRT	51
5.1.4 ZFP	51
5.1.5 SRT Stiftung	52
5.1.6 RBT	52
5.2 ZDF-Beteiligungen	52
5.2.1 ZDF Enterprises GmbH (ZDF-E)	52
5.2.2 Bavaria Film- und Fernsehstudios GmbH (BS)	52
5.2.3 Sonstige Beteiligungen	53
6. Finanzielle Perspektiven des ZDF	53
6.1 Aktuelle Finanzlage	53
6.2 Schlussfolgerungen und Ausblick	54

I. Gemeinsame Erklärung von ARD, DLR und ZDF

Das duale Rundfunksystem in Deutschland basiert auf der Leitvorstellung, dass Rundfunk nicht nur Wirtschaftsgut ist, sondern eine herausragende Bedeutung für das demokratische und pluralistische Gemeinwesen besitzt. Den öffentlich-rechtlichen Anstalten ist deshalb ein umfassender Programmauftrag übertragen worden. Sie sollen mit ihren Fernseh- und Hörfunkprogrammen zur Information und freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beitragen, der Bildung, Beratung und Unterhaltung dienen und dadurch dem kulturellen Auftrag des Rundfunks entsprechen.

Für den privaten Rundfunk wurden hingegen lediglich Rahmenbedingungen festgelegt, innerhalb derer er sich frei entfalten kann. Dabei ist er abhängig von einem leistungsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der durch seinen umfassenden Programmauftrag erst die Voraussetzungen für die Freiheiten des an ökonomischen Interessen orientierten privaten Rundfunks schafft.

Die beiden letzten Jahre mit der Krise des Neuen Marktes, den Einbrüchen im Werbemarkt, den wirtschaftlichen Problemen kommerzieller Rundfunkveranstalter und nicht zuletzt dem Zusammenbruch des Kirch-Konzerns haben gezeigt, wie wichtig eine kontinuierliche und stabile Wahrnehmung dieses Auftrages durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist. ARD und ZDF können ihren Programmauftrag aufgrund ihrer Finanzierungsbedingungen weitgehend unabhängig von der medienwirtschaftlichen Entwicklung umsetzen.

Unstreitig verfügen die öffentlich-rechtlichen Anstalten auch in schwierigen ökonomischen Zeiten durch die Rundfunkgebühr über eine finanzielle Grundausstattung, durch die ihre verfassungsmäßig garantierte Bestands- und Entwicklungsgarantie gewährleistet ist. Dennoch traf der im Jahr 2001 einsetzende konjunkturbedingte Rückgang der Werbeeinnahmen, der sich über alle Branchen der werbetreibenden Industrie erstreckte, die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit einer Einbuße von über 15 Prozent hart, weil es ihnen aufgrund der vorhandenen rechtlichen Beschränkungen auf diesem Markt sehr viel schwerer fällt, auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Die verringerten Werbeeinnahmen müssen durch zusätzliche Einsparungen ausgeglichen werden, die auch Programmleistungen nicht unberührt lassen können. Werbung und Sponsoring als zusätzliche Einnahmequellen für ARD und ZDF tragen zum einen zur Unabhängigkeit von etwaigen staatlichen Einflüssen bei, zum anderen bleiben sie nicht zuletzt deshalb unentbehrlich, weil sie die Rundfunkgebühr auf einem sozialverträglichen Niveau halten.

An der bestehenden Mischfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit dem Schwerpunkt Rundfunkgebühr ist daher auch zukünftig festzuhalten. Dabei muss einerseits eine bedarfsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet und andererseits das Verhältnis von Gebühren und anderen Ertragsquellen wie Werbung oder Sponsoring so austariert bleiben, dass finanzielle Flexibilität und Unabhängigkeit gleichermaßen gewährleistet sind. Die aktuelle konjunkturelle Lage mit den aufgezeigten negativen Impulsen für die Finanzlage der Anstalten hat dies unterstrichen.

Auf kurze Sicht wird jedoch zunächst einmal entscheidend sein, dass die auf Basis des Beschlusses der Konferenz der Ministerpräsidenten vom 24. bis 26. Oktober 2001 in Zusammenarbeit mit den Rundfunkanstalten weiterzuentwickelnde Rundfunkgebühr in diesem Sinne verabschiedet wird. Die private wie gewerbliche Bereiche einbeziehende so genannte „große Lösung“ muss den Anforderungen der weitergehenden Konvergenz der Informations- und Kommunikationstechnik genügen und die bestehenden Verfahren vereinfachen. Aus Sicht der Rundfunkanstalten ist sicherzustellen, dass die bedarfsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch künftig gewährleistet bleibt und unkalkulierbare Einnahmerisiken vermieden werden. Gerade in einer von den dramatischen Einbrüchen bei der Werbung geprägten Zeit bräuchten zusätzliche finanzielle Einbußen aufgrund einer diesem Tatbestand unzureichend Rechnung tragenden reformierten Rundfunkgebühr die Anstalten in eine Lage, die ihnen die Erfüllung ihres Auftrags unmöglich machen würde.

Das Geschehen am 11. September 2001 und dessen Nachwirkungen forderte den öffentlichen-rechtlichen Rundfunk im Kern dieses Auftrags. ARD und ZDF wurden dabei ihrer Rolle als Leitmedium gerecht, das den Zuschauer durch die Verbindung von Information und Kommentar, von Fakten und Hintergrund bei der eigenen Meinungsbildung begleitet. Auch unabhängig von Ausnahmesituationen wie dieser decken die Zuschauerinnen und Zuschauer ihren Informationsbedarf weiterhin in erster Linie über die öffentlich-rechtlichen Programme, weil diese unverändert als glaubwürdiger, anspruchsvoller und seriöser gelten. So liegen die Anteile der politisch Interessierten unter den Zuschauern hier deutlich höher als bei den privaten Anstalten. Nicht nur die beiden öffentlich-rechtlichen Hauptprogramme, sondern auch die Partnerkanäle von ARD und ZDF stellten gerade im Umfeld der Ereignisse des 11. Septembers und des nachfolgenden Krieges in Afghanistan ihre Leistungsfähigkeit und Bedeutung im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Auftrags eindrucksvoll unter Beweis. So informierten PHOENIX, ARTE und 3sat sowohl aktuell als auch und vor allem mit vertiefenden Sendungen und Hintergrundinformationen, etwa zum internationalen Terrorismus oder mit Blick auf die Lebensverhältnisse in Afghanistan. Dabei erstreckte sich die Berichterstattung nicht nur auf das unmittelbare zeitliche Umfeld, sondern über mehrere Wochen und Monate.

Unabhängig von aktuellen Ereignissen zeigt der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Leistungsfähigkeit insbesondere auch im Bereich des Hörfunks mit einer Tagesreichweite von bundesweit über 51 %. Die Hörfunkprogramme der Landesrundfunkanstalten bilden die föderale Struktur Deutschlands ab und stellen mit ihren vielfältigen auf die Regionen und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Hörerinnen und Hörer zugeschnittenen Angeboten gemeinsam mit dem DeutschlandRadio den Programmauftrag umfassend sicher. Dabei leisten gerade die Kultur- und Informationsprogramme der Landesrundfunkanstalten in ihren Sendegebietern sowie das DeutschlandRadio bundesweit einen erheblichen Beitrag zur Verankerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Die beiden Programme des bundesweit ausgestrahlten DeutschlandRadios erfüllen durch die Akzeptanz in den neuen wie in den alten Bundesländern einen besonderen publizistischen und gesellschaftspolitischen Integrationsauftrag. Dabei könnte die Akzeptanz und damit der Beitrag zur gebührenfinanzierten Grundversorgung noch erhöht werden, wenn eine flächendeckende Ausstrahlung der beiden Programme gesichert werden könnte.

Um diesem im Funktionsauftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten festgeschriebenen Anspruch an die eigene Leistungsfähigkeit unverändert genügen zu können, ist eine dynamische, den sich ändernden technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmendaten permanent anzupassende Interpretation dieses Auftrags unabdingbar. Die Entwicklungsgarantie der Anstalten bezieht demnach zu Recht auch die Nutzung neuer Programm- und Angebotsformen wie Online-Dienste oder die Nutzung digitaler Verbreitungswege mit ein. Letzteres gewährleistet etwa die von der Bundesregierung auf Empfehlung der Initiative Digitaler Rundfunk (IDR) beschlossene schrittweise Ablösung der herkömmlichen analogen terrestrischen Fernsehübertragung durch die digitale Technik bis zum Jahr 2010, die einen wichtigen Meilenstein zur künftigen Sicherung eines chancengerechten dualen Rundfunksystems innerhalb der geltenden Rechtsvorschriften bildet.

Ebenfalls in Vollzug des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. bis 26. Oktober 2001 wurden auf Ebene der Rundfunkreferenten der Bundesländer Überlegungen aufgenommen, den öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrag vor dem Hintergrund dessen besonderer Dynamik in Form von auf ARD, ZDF und DeutschlandRadio bezogener Selbstverpflichtungen zu konkretisieren. Diese – im Lichte der von der Europäischen Kommission beschlossenen Kriterien für eine zulässige Gebührenfinanzierung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunkangebots zu sehende – Initiative verstehen die Rundfunkanstalten wie auch den hier vorgelegten Bericht als einen weiteren Beitrag zur Erhöhung der Transparenz bei der Erfüllung ihres Auftrags. Dies gilt sowohl gegenüber den Parlamenten als auch gegenüber der Öffentlichkeit.

II. Bericht über die wirtschaftliche Lage des ZDF

1. Kennzeichen der Finanzpolitik des ZDF seit den 90er Jahren

1.1 Grundsätzliche Überlegungen

Die Finanzpolitik des ZDF stand von Beginn an unter der herausgehobenen Zielsetzung, den gesetzlichen Programmauftrag in seiner jeweiligen Ausgestaltung mit der geringst möglichen finanziellen Belastung für die Zuschauer zu erfüllen. In diesem Zusammenhang hatten gerade auch die Werbeerträge für das ZDF mit einem 60:40-Verhältnis von Gebühren- zu Werbeerträgen eine spezielle Bedeutung. Die Werbeerträge stellten quasi ein zweites annähernd gleichgewichtiges Finanzierungsstandbein für das ZDF dar. Innerhalb dieses ausbalancierten Systems wurde bis zum Beginn der 90er Jahre sichergestellt, dass die Aufwendungen des ZDF in einer Gebührenperiode durch seine Erträge gedeckt waren.

Anfang der 90er Jahre kam es jedoch zu dramatischen Einbrüchen bei der Werbung. Hierdurch geriet die bis dahin ausgeglichene Finanzierungsgrundlage aus dem Gleichgewicht. Dabei wurde das ZDF von diesen Einbrüchen im Jahr 1993 zu einem Zeitpunkt am heftigsten getroffen, als die Fernsehgebühr gerade bis 1996 festgelegt war. Infolge dieser Einnahmeverluste, die sich allein im Zeitraum 1993 bis 1996 auf rd. 0,9 Mrd. € summierten und in den folgenden Gebührenrunden niemals vollständig ausgeglichen wurden, war das ZDF zu massiven Einsparungen auch im Programm gezwungen.

1.2 Maßnahmen zur Effektivitätssteigerung und Aufwandsminderung

Im Zeitraum 1993 bis 1996 hat das ZDF durch gezielte Maßnahmen zur Aufwandsminderung insgesamt rd. 0,7 Mrd. € eingespart und konnte damit die Werbeverluste weitgehend kompensieren und mithin die erforderliche Gebührenanpassung durch die KEF begrenzen. Auch für den Zeitraum 1997 bis 2000 wurden bei der KEF weitere Einsparungen in Höhe von rd. 370 Mio. € angemeldet und anerkannt. Diese Planzahl wurde am Ende dieser Gebührenperiode mit gut 420 Mio. € sogar noch übertroffen. Im Zeitraum der laufenden Gebührenperiode 2001 bis 2004 zeigt sich deutlich, dass aufgrund der anhaltend unzureichenden Finanzausstattung des ZDF die Einschnitte immer schmerzlicher werden und programminhaltliche Notwendigkeiten zunehmend unter dem Diktat des finanziell Darstellbaren stehen. So musste die Fortschreibungsrate für die Programmaufwendungen letztlich auf 1,6 Prozent abgesenkt werden. Die Geschäftsaufwendungen wurden über den Gesamtzeitraum nahezu eingefroren. Diese Raten liegen deutlich unter der allgemeinen Teuerungsrate und noch deutlicher unter der von der KEF ermittelten fernsehspezifischen Rate von 5,54 Prozent.

Letztere Maßnahme zeigt, dass die Einsparerfolge des ZDF keineswegs ausschließlich durch Effektivitätssteigerungen wie insbesondere durch die Erwirtschaftung von bislang rd. 1 000 Planstellen, Kürzungen bei der Altersversorgung, Einschränkungen im administrativen Bereich sowie den Umbau des ZDF zu einem modernen Programmunternehmen möglich waren. Vielmehr machte die prekäre finanzielle Situation des ZDF auch einen schmerzlichen Verzicht auf eine Reihe von wettbewerblich notwendigen, finanziell jedoch nicht darstellbaren Maßnahmen erforderlich. Beispielhaft für vieles sei an dieser Stelle nur genannt, dass das ZDF außerhalb von Welt- und Europameisterschaften von der Übertragung von Spitzenfußball weitgehend ausgeschlossen war und gleichzeitig den Wiederholungsanteil im Programm in wettbewerblich schädlichem Umfang erhöhen musste.

1.3 Einige Schwerpunkte der Maßnahmen zur Effektivitätssteigerung und Aufwandsminderung

Ein erster Schwerpunkt der Maßnahmen zur Effektivitätssteigerung und Aufwandsminderung bestand darin, den Personalbestand deutlich zu reduzieren. So hat das ZDF im Zeitraum 1993 bis 1999 600 Planstellen abgebaut und damit sein Stellenkontingent von 4 230,5 auf 3 630,5 verringert, dies entspricht einem Personalabbau um 14,2 Prozent. Zusätzlich wurden bis heute 401,5 Stellen erwirtschaftet, die für neue, gesetzlich bestimmte Aufgaben in den Bereichen PHOENIX, Ki.Ka, ARTE, 3sat, Online-Dienste und ZDF.vision benötigt wurden. Sowohl bezüglich der Geschwindigkeit als auch des Ausmaßes des Stellenabbaus ist das ZDF im öffentlichen Sektor führend, zumal der Stellenabbau nicht mit einer Verringerung, sondern im Gegenteil mit einer Ausweitung des gesetzlichen Programmauftrages verbunden war.

Einen zweiten Schwerpunkt stellen die schon frühzeitig eingeleiteten Veränderungen des ZDF im Bereich der Altersversorgung dar. Auch beim Thema Altersversorgung und Versorgungsaufwand erreicht das ZDF im Vergleich des öffentlichen Bereichs Spitzenwerte.

- 1988 hat das ZDF den Versorgungsanspruch um 8,5 Prozent mit einer Einsparung von bis zu 20 Prozent abgesenkt und eine partielle Unabhängigkeit von der Gesamtversorgung erreicht.
- Das ZDF hat als erste öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt das Rentenreformgesetz 1992 voll auch hinsichtlich der Betriebsrente umgesetzt und die Ansprüche abgesenkt.

- Zum 1. Januar 1994 hat das ZDF beispielhaft für den öffentlichen Bereich die Altersversorgung für die Neueintretenden neu gestaltet und eine völlige Unabhängigkeit von der Gesamtversorgung – vergleichbar den Versorgungsstrukturen eines Wirtschaftsunternehmers – erreicht. Gleichzeitig wurde eine neue Rückdeckungsversicherung im ZDF eingeführt.
- Mit dem Abschluss erneuter Versorgungstarifanpassungen ist es dem ZDF gelungen, die sich infolge der Steuerreform ergebenden Mehraufwendungen zu vermeiden. Das ZDF liegt damit im Jahr 2002 bezüglich Anspruchsstruktur und Aufwandsstruktur unter dem Niveau der neuen, nachhaltigen und wesentlichen Veränderungen im öffentlichen Bereich.

Mit diesen Maßnahmen konnte das ZDF im Bereich der Versorgungsaufwendungen seit 1988 fast 200 Mio. € Aufwand vermeiden.

Das Programm stellt die Kernaufgabe des ZDF dar. Es sollte damit von Einsparungen in möglichst geringem Umfang betroffen sein. Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen waren hier Eingriffe auch in diesem Bereich nicht zu vermeiden. Soweit es dabei um Effektivitätssteigerungen bei der Programmerstellung geht, ist dies ohne Schaden für die Wettbewerbsfähigkeit umzusetzen. Vielmehr werden solche Einsparmöglichkeiten, die im Programm aufgespürt und genutzt werden, dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit zu steigern und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit des ZDF zu stützen. Allerdings sind diesen Maßnahmen deutliche Grenzen gesetzt. Denn die aus finanziellen Gründen zu ergreifenden Spar- und Verzichtmaßnahmen, die sich in einem Ersatz von Erstsendungen durch Wiederholungen bspw. der Serien, der Show, der Fernsehfilme und der Kulturdokumentationen niederschlagen, gehen mit einer Schwächung der Wettbewerbsposition des ZDF einher. Verstärkt wird diese Entwicklung, da notwendige Mehraufwendungen für Sportrechte zum Teil nur durch Umschichtungen vom fiktionalen Bereich zum Sport finanziert werden können, was zu entsprechenden Nachteilen im Fiktion-Bereich führt. So sind herausgehobene Sendeplätze wie der Fernsehfilm der Woche am Montag mit einer Wiederholungsquote von 40 Prozent und die Serienleiste um 18.00 Uhr mit rund 75 Prozent Wiederholungen mittlerweile nicht mehr wettbewerbsfähig. Hier haben die finanziellen Möglichkeiten sowie die Einsparnotwendigkeiten die Wettbewerbsfähigkeit eindeutig dominiert.

Ein vierter Schwerpunkt ist der Umbau des ZDF zu einem modernen, kostentransparenten und marktorientierten Programmunternehmen. Dabei wurde bereits seit Anfang der 90er Jahre aufgrund der dramatischen Werbeeinbrüche und des Erstarkens der privaten Anbieter zunehmend deutlich, dass das ZDF unter den verschärften Wettbewerbsbedingungen im dualen System nur dann bestehen kann, wenn es dort, wo private Programmveranstalter, Produktionsfirmen etc. vergleichbare Programme, produktionstechnische Leistungen oder sonstige Dienstleistungen anbieten, einen Vergleich nicht nur nach Qualitätskriterien, sondern auch nach wirtschaftlichen Effizienzkriterien nicht zu scheuen braucht. Dies verlangte, die unter anderen Wettbewerbsvoraussetzungen gewachsenen Strukturen den neuen Erfordernissen anzupassen. Gefordert war der Umbau des ZDF von einer traditionellen Rundfunkanstalt zu einem modernen, kostentransparenten und marktorientierten Programmunternehmen. Hierzu war es notwendig, zum einen die Aufbau- und Ablauforganisation neu zu strukturieren und damit organisatorische Voraussetzungen zu schaffen, um einen Fernsehproduktionsbetrieb nach marktwirtschaftlichen Kriterien zu führen, zum anderen die Planungs- und Steuerungsinstrumente zur zeitnahen Erfassung und Steuerung der Kosten zu verbessern.

Der Umbau erfolgte sukzessive und führte zum 1. Januar 1998 zur Implementierung des gemeinsam mit einer renommierten Unternehmensberatungsfirma erarbeiteten integrierten wirtschaftlichen Führungs- und Steuerungssystems. Es besteht aus vier miteinander verzahnten Bausteinen, nämlich der Einführung des Ein-Budget-Systems, der Zusammenfassung aller produzierender Bereiche in der Produktionsdirektion, der Ausgestaltung der Dienstleistungsbereiche der Produktionsdirektion und der Verwaltungsdirektion als Service-Center bzw. Cost-Center sowie der Einrichtung dv-gestützter Controlling-Systeme.

2. Ergebnis des ZDF im Jahr 2001

2.1 Gesamtergebnis

Das Geschäftsjahr 2001 schließt mit einem Überschuss von 60 Mio. € ab, der zur Kredittilgung eingesetzt wird, um das als Folge der Werbeeinbrüche zu Anfang der 90er Jahre zum Ende der vorangegangenen Gebührenperiode aufgelaufene Defizit zu reduzieren. Gegenüber dem Soll 2001 ergibt sich eine Verschlechterung von 28 Mio. €.

Entscheidend bestimmt wird das Ist-Ergebnis 2001 von den Anzahlungen für den Erwerb der Übertragungsrechte an der Fußball-Weltmeisterschaft 2002 (unter Einbeziehung der Vorsteuerbelastung) in Höhe von 36 Mio. €, die im Haushaltsplan 2001 nicht enthalten war und daher auch in der nachfolgenden Übersicht über die Haushaltsentwicklung unberücksichtigt bleibt, sowie dem unerwarteten konjunkturell bedingten Einbruch der Werbeerträge um 21 Mio. €. Diese deutlichen Mindererträge konnten bei Mehrerträgen an Fernsehgebühren lediglich über strikte, unterjährige Einsparvorgaben bei den betrieblichen Aufwendungen kompensiert werden. Dass diese Einsparauflagen trotz der umfangreichen Berichterstattung über die Terroranschläge in den USA und deren Folgen erfüllt wurden, stellt eine beachtliche Leistung des Hauses dar. Im Ergebnis zeigt sich nach Bereinigung der Anzahlung für die Fußball-WM-Rechte, die im Zeitraum der Finanzvorschau ergebnisneutral ist, sogar eine Gesamtergebnisverbesserung von rd. 8 Mio. € gegenüber dem Soll.

2.2 Ertragslage

Die Ertragsseite wird maßgeblich geprägt vom genannten Einbruch bei den Werbeerträgen. Demgegenüber zeigt sich ein Mehr bei den Fernsehgebühren von 12 Mio. €, das vor allem auf die positive Entwicklung beim Bestand an gebührenpflichtigen Fernsehgeräten zurückzuführen ist. Hierzu trugen insbesondere die intensivierten Mailing-Maßnahmen der GEZ in Zusammenarbeit mit den Gebührenabteilungen der Landesrundfunkanstalten bei.

Bei den übrigen Ertragsarten sind sowohl Mehr- als auch Mindererträge zu konstatieren. Als weitere Mindererträge sind u. a. solche im Zusammenhang mit dem Sponsoring und dem Programmvertrieb zu nennen. Mehrerträge ergaben sich bei den Zinsen und den anderen Erträgen.

2.3 Aufwandsseite

Größere Einsparungen entsprechend den genannten, unterjährigen Vorgaben zur Kompensation des Einbruchs bei den Werbeerträgen sind jeweils in Höhe von 14 Mio. € beim Programm und bei den Dienstleistungsbereichen festzustellen.

Die Einsparungen im Programm verteilen sich auf fast alle Programmbereiche, betreffen allerdings zu etwas mehr als die Hälfte das Hauptprogramm. So liegt der Sendeaufwand der Programmdirektion um 9 Mio. € unter dem Soll. Dies ist das Ergebnis der restriktiven Mittelbewirtschaftung als Reaktion auf den Werbeeinbruch sowie Programmänderungen infolge der aktuellen Terrorberichterstattung. Trotz dieser umfangreichen Berichterstattung unterschritt auch der Sendeaufwand der Chefredaktion das Soll.

Die Ansatzunterschreitungen bei den Dienstleistungsbereichen sind auf eine verbesserte Kosten-Leistungsrelation zurückzuführen und stellen das Ergebnis einer fortgesetzten Ressourcenoptimierung dar. An dieser Stelle zeigt sich der Erfolg aus dem mit der EBS-Einführung verbundenen Aufbau von Controllingssystemen.

2.4 Investitionen

Bei den Investitionen stehen deutlichen Mehrausgaben bei den Programminvestitionen (+ 45 Mio.€) Einsparungen bei den Sachinvestitionen (./ 7 Mio. €) gegenüber. In den überplanmäßigen Programminvestitionen sind hauptsächlich die Sportrechte-Anzahlungen für die Fußball-Weltmeisterschaft 2002 enthalten.

3. Ergebnisse des 13. KEF-Berichts und Bewertung

3.1 Mittelfristige Finanzbedarfsplanung 2002 bis 2004

3.1.1 Vorbemerkungen

Die mittelfristige Finanzvorschau bildet die Grundlage der Finanzplanung beim ZDF. Sie umfasst entsprechend der Anforderung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) für den 13. Bericht den Zeitraum 2002 bis 2004. Die Finanzvorschau schließt ab mit dem voraussichtlichen Ende der laufenden Gebührenperiode. Vorangestellt sind die Haushaltsplanzahlen des Jahres 2001.

Die der KEF für den 13. Bericht vorgelegte Vorschau für die Geschäftsjahre 2002 bis 2004 vom 27. April 2001 knüpft an den Haushaltsplan 2001 an und schreibt diesen im Grundsatz bis zum Jahre 2004 fort. Für diesen Bericht wurden für das Jahr 2002 hingegen die aktuelleren Ansätze des Haushaltsplans 2002 unterstellt. Wesentliche Abweichungen zu den der KEF übermittelten Ansätzen sind im Abschnitt über das Geschäftsjahr 2002 erläutert. Somit entsprechen die finanziellen Daten für die Jahre 2001 und 2002 grundsätzlich den vom Fernsehrat genehmigten Haushaltsplänen.

Sämtliche Angaben in diesem Bericht beziehen sich auf die bisherige Haushaltssystematik des ZDF, d. h. von der mit der Einführung des Ein-Budget-Systems und mit der Konstituierung von Cost- und Service-Centern verbundenen haushaltsmäßigen Abbildung von internen Leistungsbeziehungen wurde – analog zur Darstellung für die KEF – abgesehen. In den Bereichen, in denen in Haushaltsplänen Überleitungen gemäß der bisherigen Systematik vorgenommen wurden, ist auf diese Daten zurückgegriffen worden. Die Zahlen für das Jahr 2003 und 2004 wurden der Finanzvorschau entnommen.

Hinzuweisen ist darauf, dass die Meldungen an die KEF für den 13. Bericht noch in DM erfolgten. Für diesen Bericht sind die Daten in Euro umgerechnet.

3.1.2 Übersicht über die Haushaltsentwicklung des ZDF in den Jahren 2001 bis 2004

Zweckbestimmung	2001 Soll	2002 Soll	2003 Vorschau	2004 Vorschau
	– in Mio. € –			
Betriebshaushalt				
1. Fernsehgebühren	1 473,5	1 500,6	1 496,3	1 500,0
2. Werbefernsehen	166,2	158,5	163,6	171,3
3. Zinserträge	10,0	10,8	10,4	10,3
4. Übrige Erträge	115,7	126,6	114,1	127,8
Zwischensumme	1 765,4	1 796,5	1 784,4	1 809,3
Aktivierete Eigenleistungen	5,6	5,4	6,3	6,4
5. Erträge	1 771,0	1 801,9	1 790,7	1 815,7
6. Personalaufwendungen	300,9	284,0	310,2	315,6
7. Programmaufwendungen	1 008,9	1 139,3	1 058,8	1 150,3
8. Geschäftsaufwendungen	150,5	150,6	149,6	150,8
9. Andere Aufwendungen	232,2	235,5	236,8	243,4
10. Aufwendungen	1 692,5	1 809,5	1 755,4	1 860,0
11. Betriebsergebnis	78,5	- 7,6	35,3	- 44,3
Investitionshaushalt				
12. Abschreibungen/Abgänge	62,0	63,1	63,0	62,5
13. Darlehensrückzahlung	0,2	0,2	0,2	0,2
14. Rückstellungen	11,3	6,9	2,2	3,0
15. Abnahme Programmvermögen	3,4	31,5		14,8
16. Sonstige Einnahmen		0,3	0,3	0,2
17. Mittel aus Ausgabenresten				
18. Einnahmen	76,9	102,0	65,7	80,6
19. Sachinvestitionen	55,9	51,9	63,3	62,3
20. Zunahme Programmvermögen			10,0	
21. Andere Investitionen	11,7	9,5	4,6	5,0
22. Ausgaben	67,6	61,4	77,9	67,4
23. Finanzierungsergebnis	9,3	40,6	- 12,2	13,3
Haushaltsausgleich				
24. Kredittilgung	87,8	33,0	23,1	
a) Ergebnis Betriebshaushalt	78,5	- 7,6	35,3	
b) Finanzierungsergebnis	9,3	40,6	- 12,2	
25. Darlehensaufnahme				31,0
a) Ergebnis Betriebshaushalt				- 44,3
b) Finanzierungsergebnis				13,3
26. Zuführung zum Eigenkapital	78,5		35,3	
27. Entnahme Eigenkapital		7,6		44,3
a) Ergebnis Betriebshaushalt	78,5	- 7,6	35,3	- 44,3
b) Entnahme Rücklage				

3.1.3 Erläuterung der Geschäftsjahre 2001 bis 2004

3.1.3.1 Geschäftsjahr 2001

Der Haushaltsplan 2001 weist im Betriebshaushalt einen Überschuss von 78,5 Mio. € auf. Der Investitionshaushalt schließt mit einer Finanzierungsüberdeckung in Höhe von 9,3 Mio. €, sodass in Höhe des Gesamtüberschusses von 87,8 Mio. € die teilweise Kredittilgung des bestehenden Darlehens eingeplant ist.

Im Geschäftsjahr 2001 wurden im Betriebshaushalt Erträge von 1 771,0 Mio. € veranschlagt.

An Gebührenerträgen standen dem ZDF einschließlich der für PHOENIX und den Kinderkanal eingesetzten Anteile 1 473,5 Mio. € zur Verfügung. Hinzu kamen geplante Erträge aus dem Werbefernsehen in Höhe von 166,2 Mio. €. Die Zinserträge von 10,0 Mio. € ergeben sich größtenteils aus Anlagen des Versorgungsstocks.

Die Übrigen Erträge wurden mit 115,7 Mio. € angesetzt. Die Verwertungserlöse waren dabei in einer Höhe von 21,8 Mio. €, die Erträge aus Mieten und Pachten mit 3,6 Mio. € und das Sponsoring mit 22,0 Mio. € eingeplant. Hinzu kommen Erträge aus aktivierte Eigenleistungen von 5,6 Mio. €.

An Aufwendungen waren für das Geschäftsjahr 2001 insgesamt 1 692,5 Mio. € vorgesehen.

Die gesamten Personalaufwendungen in Höhe von 300,9 Mio. € liegen deutlich unter dem vergleichbaren Ist des Vorjahres von 313,9 Mio. €. Der deutliche Rückgang erklärt sich daraus, dass die Sonderfaktoren bei den Personalaufwendungen des Jahres 2000 im Bereich der Versorgung – insbesondere die gemäß versicherungsmathematischen Berechnungen erforderliche hohe Zuführung zur Versorgungsrückstellung und die aktuelle Neubewertung der Rückstellung für den Rationalisierungsschutz-Tarifvertrag – nicht in den Planansätzen des Jahres 2001 enthalten sind. Die gegenläufigen Effekte wie regelmäßige Steigerungen aufgrund der Tarifentwicklung, turnusmäßige und funktionsbedingte Steigerungen sowie im Bereich der Versorgung die wieder in normaler Höhe eingeplanten Beiträge an die Pensionskasse des ZDF bleiben dabei deutlich hinter den Sonderfaktoren 2000 zurück.

Die Programmaufwendungen liegen mit 1 008,9 Mio. € um 14,5 Mio. € unter dem Ist 2000, was in erster Linie auf die Sportgroßereignisse des Jahres 2000 zurückzuführen ist, die in diesem Umfang in 2001 nicht stattfanden. Hinzu kamen verschiedene Sondereffekte: Zum einen liegt das Ist 2000 beim Kinderkanal wegen Nachholbedarf aus Vorjahren über dem Ansatz 2001. Zum anderen ist der Digitale Theaterkanal nach dem Start in 2000 im Jahr 2001 höher eingeplant als im Vorjahr. Schließlich lagen die Plansätze 2001 für die anderen Programmaufwendungen unter dem Ist des Vorjahres.

Die Geschäftsaufwendungen sind in 2001 mit 150,5 Mio. € angesetzt. Mehraufwendungen gegenüber dem Vorjahr ergaben sich vor allem bei den Dienstleistern der Produktionsdirektion auf Basis der voraussichtlichen Leistungsbeziehungen insbesondere zu den Programmbereichen.

Für die Anderen Aufwendungen waren 232,2 Mio. € vorzusehen. Darin enthalten waren die Ansätze für die nicht absetzbare Vorsteuer mit 90,0 Mio. €, für den Gebühreneinzug mit 45,5 Mio. € und für die Abschreibungen auf Sachanlagen mit 60,5 Mio. €.

Im Investitionshaushalt sieht der Haushaltsplan 2001 Einnahmen von 76,9 Mio. € vor. Die Ausgaben betragen 67,6 Mio. €. Für Sachinvestitionen sind dabei 55,9 Mio. € veranschlagt, hinzu kommen als zweite gravierende Position die Zuweisung zum Versorgungsstock sowie der Aufbau der Forderungen gegen die Rückdeckungsversicherung mit insgesamt 9,6 Mio. €. Somit ergibt sich ein Finanzierungsüberschuss von 9,3 Mio. €.

3.1.3.2 Geschäftsjahr 2002

Der Haushaltsplan 2002 schließt mit einem Gesamtüberschuss in Höhe von 33,0 Mio. €. Dieser setzt sich zusammen aus einem Defizit im Betriebshaushalt von -7,6 Mio. € und einem Finanzierungsergebnis von 40,6 Mio. €. Das Defizit im Betriebshaushalt entspricht dabei dem Ansatz der Finanzvorschau (-7,7 Mio. €), während das Finanzierungsergebnis um 41,8 Mio. € besser ausfällt.

Im Betriebshaushalt stehen den Erträgen von 1 801,9 Mio. € Aufwendungen von 1 809,5 Mio. € gegenüber. Ertragsseitig sind die Fernsehgebühren in Höhe von 1 500,6 Mio. € veranschlagt. Damit wird gegenüber dem Planansatz des Vorjahrs ein Mehr von 27,1 Mio. € erwartet, welches in erster Linie durch zusätzliche Einnahmen aus dem Bestand an gebührenpflichtigen Geräten infolge der Maßnahmen zur Sicherung und Ausweitung des Gebührenaufkommens der GEZ sowie der Gebühreneinzugsabteilungen der Landesrundfunkanstalten begründet ist. Mit dem höheren Gebührenaufkommen einhergehen jedoch weiter zunehmende Forderungsausfälle, die den Mehrertrag zum Teil kompensieren. Die Gebührenanteile für ARTE und die zur Finanzierung der KEF abzuführende Gebühr sind – wie in den Vorjahren auch – ertragsmindernd berücksichtigt. In die Berechnungen einbezogen sind zudem die Gebührenbefreiungen aus sozialen Gründen.

Dem gegenüber 2001 um 7,7 Mio. € zurückgeführten Ansatz für Werbeerträge von 158,5 Mio. € liegt die Annahme zugrunde, dass aufgrund der insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2001 erheblich verschlechterten Wettbewerbslage trotz der Fußball-Weltmeisterschaft auch in 2002 mit sinkenden Werbeerträgen zu rechnen sein wird.

Hinzu kommen Zinserträge in Höhe von 10,8 Mio. € und Übrige Erträge von insgesamt 126,6 Mio. €. Dabei entfallen auf das Sponsoring 21,0 Mio. €, auf die Verwertungserlöse 25,8 Mio. €, auf die Kostenerstattungen für das Programm 6,2 Mio. € und auf die Mieten und Pachten 3,8 Mio. €. Für Andere Erträge sind 67,9 Mio. € eingeplant, die Erträge aus der Aktivierung von Eigenleistungen sind mit 5,4 Mio. € angesetzt.

Bei den Personalaufwendungen ist eine Reduzierung des Ansatzes gegenüber dem Haushaltsplan 2001 um 16,8 Mio. € auf 284,0 Mio. € vorgesehen. Dabei wird die lineare Steigerung der Gehaltstarifabschlüsse in Höhe von 2,4 Prozent durch eine Reduktion des Personalaufwands um 15 Funktionen und die Möglichkeit einer Beitragsaussetzung zur Pensionskasse deutlich überkompensiert. Die Personalaufwandsquote vermindert sich weiter auf 15,8 Prozent des Gesamtaufwands. Selbst bereinigt um die niedrigeren Ansätze bei der Versorgung vermindert sich die Quote auf 13,9 Prozent.

Die Programmaufwendungen liegen mit 1 139,3 Mio. € um 130,4 Mio. € bzw. 12,9 Prozent höher als in 2001. Hier wirken sich vor allem die gewaltigen Anstrengungen im Sportbereich, insbesondere im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft in Japan und Südkorea, aus. Der Sendeaufwand der Chefredaktion erhöht sich dadurch um rund 97,0 Mio. € auf 302,4 Mio. €.

Die Geschäftsaufwendungen bleiben gemäß Haushaltsplan mit 150,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahresansatz nahezu unverändert, während die Anderen Aufwendungen um per Saldo 3,3 Mio. € zunehmen sollen. Hier wird der um rund 6,2 Mio. € höhere Ansatz für die nicht absetzbare Vorsteuer vor allem durch gegenüber 2001 um 2,5 Mio. € verminderte Zinsaufwendungen teilweise kompensiert.

Der Investitionshaushalt 2002 schließt mit einem Überschuss von 40,6 Mio. €. Ursächlich ist hier die Abnahme beim Programmvermögen im Zusammenhang mit den Sportrechten, durch die sich die Einnahmen gegenüber dem Ansatz des Vorjahres um 25,1 Mio. € auf 102,0 Mio. € erhöhen. Hinzu kommt, dass sich auf der Ausgabenseite eine Kürzung bei den Sachinvestitionen von rund 4 Mio. € und um 2,2 Mio. € geringere Andere Investitionen zu einer Kürzung des Planwerts um 6,2 Mio. € summieren.

3.1.3.3 Geschäftsjahre 2003 und 2004

Die Plandaten der Jahre 2003 und 2004 sind der Finanzvorschau 2002 bis 2004 vom 27. April 2001 entnommen, die der KEF als Grundlage für ihren 13. Bericht diente. Der Finanzvorschau liegt bei angemessener Berücksichtigung der Ergebnisse der Vergangenheit die in der Zukunft zu erwartende Entwicklung zugrunde. Die lineare Fortschreibung von Ansätzen und Ergebnissen früherer Planungs- und Rechnungsperioden ist als Hilfsmittel nur dann angewendet worden, wenn Einzelberechnungen nicht möglich waren oder nicht zweckmäßig erschienen.

Der Betriebshaushalt 2003 schließt mit einem Überschuss von 35,3 Mio. €. Dabei stehen sich Erträge in Höhe von 1 790,7 Mio. € und Aufwendungen von 1 755,4 Mio. € gegenüber. Im Jahr 2004 ist ein Fehlbetrag von 44,3 Mio. € eingeplant, der sich aus Aufwendungen von 1 860 Mio. € und Erträgen von 1 815,7 Mio. € ergibt.

Die erwarteten Erträge aus der Fernsehgebühr belaufen sich auf 1 496,3 Mio. € in 2003 bzw. 1 500,0 Mio. € in 2004. Die Ansätze basieren auf einer gemeinsam von ARD und ZDF durchgeführten Schätzung der Rundfunkgebührenentwicklung bis zum Jahr 2004.

Bei den Werbeerträgen ergibt der in der Finanzvorschau für 2003 eingestellte Wert von 163,6 Mio. € ein Mehr von 5,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Für das sportreiche Jahr 2004 wurde mit einem weiteren Anstieg auf 171,3 Mio. € gerechnet. Aufgrund der anhaltend schwierigen konjunkturellen Gesamtlage zeichnete sich jedoch im Verlaufe des Jahres 2001 ab, dass diese Ansätze in dieser Höhe nicht mehr realistisch sein würden. Aus diesem Grund mussten die Planwerte nach Abgabe der Finanzvorschau an die KEF auf 153,4 Mio. € (2003) bzw. 163,6 Mio. € (2004) reduziert werden. Es ist aus heutiger Sicht darüber hinaus zu erwarten, dass auch die korrigierten Ansätze kaum zu erreichen sein werden und daher im Rahmen der konkreten Haushaltspläne nochmals angepasst werden müssen.

Die Zinserträge sind mit 10,4 Mio. € bzw. 10,3 Mio. € eingestellt. Bei den Übrigen Erträgen liegt der Planwert für 2003 mit 114,1 Mio. € um 12,5 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres, während für 2004 wieder von einem Anstieg auf 127,8 Mio. € ausgegangen wird.

Die Personalaufwendungen sollen 2003 insgesamt 310,2 Mio. € betragen. Für 2004 sollen die Aufwendungen gemäß mittelfristiger Planung um 1,7 Prozent auf 315,6 Mio. € ansteigen. Der Anstieg gegenüber 2002 resultiert dabei daraus, dass nach der Beitragsaussetzung zur Pensionskasse im Jahr 2002 in den Folgejahren wieder Beiträge vorzusehen sind.

Bei den Programmaufwendungen sieht die mittelfristige Planung für 2003 durch den Wegfall der Sonderbelastung aus der Fußball-Weltmeisterschaft 2002 einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr vor. Der Sendeaufwand ist in Höhe von 799,3 Mio. € eingeplant. Im Folgejahr stehen dann mit den Olympischen Sommerspielen in Athen und der Fußball-Europameisterschaft wieder hochkarätige Events auf dem Programm, die einen Anstieg bei den Programmaufwendungen auf 1 150,3 Mio. € bzw. 879,9 Mio. € beim Sendeaufwand nach sich ziehen.

Für Geschäftsaufwendungen ist ein Volumen von 149,6 Mio. € (2003) bzw. 150,8 Mio. € (2004), für die Anderen Aufwendungen von 236,8 Mio. € (2003) bzw. 243,4 Mio. € (2004) eingeplant.

Der Investitionshaushalt 2003 soll gemäß Finanzvorschau mit einem negativen Finanzierungsergebnis in Höhe von -12,2 Mio. € schließen. Dabei stehen sich Einnahmen in Höhe von 65,7 Mio. € und Ausgaben von 77,9 Mio. € gegenüber. Die Veränderung gegenüber 2002 ist darauf zurückzuführen, dass nach der erheblichen Abschmelzung des Programmvermögens wegen der Anforderungen für Sportgroßereignisse um per Saldo 31,5 Mio. € nunmehr eine Zunahme des Programmvermögens um 10,0 Mio. € erforderlich wird. Auch bei den Sachinvestitionen soll der Ansatz gegenüber dem Vorjahr angehoben werden, nachdem in den Jahren zuvor aus finanziellen Gründen zahlreiche Investitionsmaßnahmen verschoben werden mussten. Für 2004 ergibt sich gemäß Finanzvorschau dann wieder ein positives Finanzierungsergebnis von 13,3 Mio. €, weil anstelle der Programminvestitionen eine Abnahme beim Programmvermögen vorgesehen ist, während die sonstigen Ansätze per Saldo nahezu unverändert bleiben.

3.2 Ergebnisse des 13. Berichts der KEF

Nach Prüfung der Finanzbedarfsanmeldungen von ARD, ZDF und DeutschlandRadio stellt die KEF fest, dass die Anstalten mit der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Rundfunkgebühr in der Lage sind, ihre Aufgaben sachgerecht zu erfüllen. Für das ZDF vermindert die KEF den angemeldeten ungedeckten Finanzbedarf von rund 100 Mio. € im Wesentlichen durch Zuschätzungen bei den Erträgen von per Saldo rund 22,0 Mio. € auf rund 72 Mio. €. Dieser Betrag soll aber nach Ansicht der KEF durch verstärkte Wirtschaftlichkeitsbemühungen bis zum 31. Dezember 2004 aufzufangen sein. Gleichzeitig schätzt sie die Risiken, die der Erreichung dieses Ziels im Wege stehen könnten, etwa aufgrund der unterstellten Preissteigerungsrate oder aus einer Absenkung des Zinsniveaus, auf 26 bis 51 Mio. €.

Bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeitsbemühungen ergibt sich für das ZDF ein überaus positives Ergebnis. So wurde für den Zeitraum 2001 bis 2004 ein finanzbedarfswirksames Einsparvolumen von 5,3 Prozent des Gesamtaufwandes nachgewiesen. Dies ist fast doppelt so hoch wie die Vorgabe der KEF von drei Prozent.

3.3 Stellungnahme des ZDF zum 13. KEF-Bericht

Im Ergebnis des 13. Berichts würdigt die Kommission die Anstrengungen des ZDF und die bereits erzielten Erfolge auf dem Weg zu einem modernen und wirtschaftlichen Programmveranstalter. Der vom ZDF angemeldete Finanzbedarf wird von ihr weitestgehend nachvollzogen. Geringfügige Kürzungen bei den Geschäftsaufwendungen und die Zuschätzungen bei den Erträgen wurden aufgrund aktueller Erkenntnisse vorgenommen. Die diesbezüglichen Anpassungen erfolgten weitestgehend im Einvernehmen mit dem ZDF.

Bei der Analyse der realisierten und vorgesehenen Einspar- und Rationalisierungsbemühungen erreicht das ZDF, gemessen am Gesamtaufwand, eine Erfolgsquote, die fast doppelt so hoch ist wie die KEF-Vorgabe. Das ZDF sieht sich durch die Ergebnisse des 13. Berichts in seiner Politik bestätigt, seriös zu planen und diese Planungen auch konsequent umzusetzen.

In ihrer zusammenfassenden Bewertung zur Feststellung des Finanzbedarfs kommt die Kommission für das ZDF zu dem Ergebnis, dass das mit der Anmeldung ausgewiesene Defizit zum Ende der Gebührenperiode von rund 100 Mio. € (195 Mio. DM) auf rund 72 Mio. € (140 Mio. DM) zu reduzieren ist. Allerdings erwartet die KEF, dass das ZDF dieses von ihr ermittelte Defizit per Ende 2004 durch weitere Wirtschaftlichkeitsmaßnahmen vollständig ausgleicht. Diese Vorgabe ist angesichts der ohnehin eingeplanten Wirtschaftlichkeitsmaßnahmen schwer nachvollziehbar und ohne erheblichen Schaden für das Programm nicht umsetzbar.

Analysiert man die einzelnen Korrekturen der Kommission zu den Anmeldungen des ZDF, ist festzuhalten, dass die Kommission ihrem Auftrag differenziert nachgekommen ist. Bei den Erträgen werden die Gebührenerträge des ZDF wie auch die sonstigen Erträge – dabei insbesondere Zinsen sowie die Verwertungserlöse – den aktuellen Erkenntnissen entsprechend maßvoll angehoben. Bei den Werbeerträgen hat die Kommission bewiesen, dass sie auch finanzbedarfserhöhende Korrekturen vornimmt, wenn sie ihr nachvollziehbar und notwendig erscheinen. Auch auf der Aufwandsseite hat die Kommission die Anmeldungen sachgerecht bewertet.

Die genannten Zuschätzungen bei den Erträgen berücksichtigen im Wesentlichen Erkenntnisse, die bei der Erstellung der Finanzvorschau zu Jahresbeginn noch nicht vorlagen. Bei den Gebührenerträgen sind das beispielsweise die im Lauf des Jahres 2001 zu verzeichnenden Zugänge gebührenpflichtiger Geräte und die Stabilisierung der Forderungsausfallquote als Folge des geänderten Mahn- und Beitreibungsverfahrens der GEZ. Zusätzliche Zinserträge ergeben sich per Saldo, obwohl Minderungen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus bei den langfristigen Anlagen gegengerechnet sind, als Reflex auf die Anpassungen durch die Kommission, die zu einer Verbesserung der jeweiligen Jahresergebnisse führen. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung sind nach aktuellen Prognosen nochmals geringere Werbeerträge zu erwarten als bei der Anmeldung des ZDF zum 13. Bericht. Dem hat die KEF in Abstimmung mit dem ZDF Rechnung getragen.

Neben den von der KEF im 13. Bericht bestätigten Wirtschaftlichkeitserfolgen hat das ZDF in den vergangenen Jahren seine Altersversorgungsregelung frühzeitig und nachhaltig verändert und verfügt heute über ein Versorgungssystem entsprechend den Systemen der Wirtschaft. Den Forderungen der KEF an ARD und ZDF, ergänzende Maßnahmen für die Altersversorgungssysteme vorzusehen, hat das ZDF durch weitere Versorgungsanpassungen zum 1. Januar 2002 umfassend genügt. Damit wird gleichzeitig vermieden, wesentliche Versorgungsrückstellungen infolge neuer gesetzlicher Regelungen treffen zu müssen. Die Steigerung der Effektivität und die Verbesserung der Effizienz bleiben für das ZDF eine Daueraufgabe mit dem Ziel, möglichst kostengünstig ein qualitativ hochwertiges, föderal verankertes Programm zu erstellen.

4. Erfüllung des Programmauftrags

4.1 Fernsehen

4.1.1 ZDF

Qualität, Zuschauerakzeptanz, Relevanz, Virulenz und Vitalität bilden die übergreifenden Zielorientierungen der ZDF-Programmarbeit in seinem Hauptprogramm, seinen Partnerkanälen und den Bouquet-Programmen. Seinem Auftrag und seinem Selbstverständnis gemäß setzt das ZDF, diese – unter Beachtung seines dynamisch zu verstehenden Funktionsauftrages und der vom Fernseherrat erlassenen Richtlinien – mit einer vielfältigen Programmkonzeption um. Die Vielfalt der Themen, der publizistischen Formen, der Genres, der Handschriften, der Positionen, der ästhetisch-dramaturgischen und produktionellen Mittel prägen die Programme ebenso wie die Orientierung an den ethischen Grundlagen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft und den Grundsätzen eines unabhängigen Journalismus.

Seinem Funktionsauftrag folgend akzentuiert das ZDF in seinem zentralen Angebot, dem ZDF-Hauptprogramm, in besonderem Maße Informationsangebote. Gut 45 Prozent des ZDF-Programms bestehen aus informierenden Sendungen und auch in der Zeit der höchsten Sehbeteiligung, der Hauptsendezeit zwischen 19 und 23 Uhr machen sie über 40 Prozent aus. Um diesen im Vergleich zu kommerziellen Wettbewerbern doppelt so hohen Informationsanteil dauerhaft als erfolgreichen Bestandteil des Gesamtangebots zu verankern, entwickelt das ZDF seine Informationssendungen kontinuierlich wettbewerbsorientiert weiter.

Der aktuelle Kern der Information, das Nachrichtenangebot, wurde hierzu in den letzten Jahren enger geknüpft. Mit der Einführung des „heute-journals“ am Sonntag wurde das Spätabendnachrichtenmagazin ab 2000 zum konsequent täglichen Angebot. „heute in Europa“ und „heute in Deutschland“ als thematisch fokussierte nachrichtliche Kurzmagazine ergänzten das Netz der Nachrichtensendungen am Nachmittag, so dass das ZDF Nachrichten am Tag mittlerweile nahezu durchgängig im Ein- bis Zwei-Stunden Rhythmus enthält und die Zuschauer auf den neuesten Stand des Tagesgeschehens bringt. Die neuen Angebote unterstreichen mit dem Regional- und Europabezug des ZDF-Programms zugleich spezifische Facetten seines Funktionsauftrags als nationaler Sender, der die konstitutive Rolle der Bundesländer und das zunehmende Gewicht europäischer Fragen für die bundesrepublikanische Entwicklung einem nationalen Publikum näher bringt.

Neben den Nachrichten hat das ZDF in den letzten Jahren besonders seine Magazinsendungen neu ausgerichtet. Allein das ZDF bietet neben der ARD themenspezifische Magazine zu Politik, Wirtschaft, Ausland, Kultur, Regionalem und Umwelt. Alle Magazine sind in den letzten Jahren inhaltlich und gestalterisch überarbeitet worden. Mit „Frontal 21“ und „zdf.reporter“ wurden zwei neue Magazine eingeführt, die insbesondere jüngere Zuschauerschichten ansprechen sollen. Sie machen die vielfältige ebenso anschauliche wie analytische Hintergrundberichterstattung über alle Fragen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zum festen Bestandteil des Hauptabendprogramms. Um 21 Uhr zum Zeitpunkt der höchsten Sehbeteiligung am Abend platziert, unterstreichen sie zusammen mit dem „auslandsjournal“ den zentralen Stellenwert der vertiefenden Information für die ZDF-Programmarbeit.

Verstärkt hat das ZDF in den letzten Jahren die regulären Nachrichten und Magazine bei aktuellen Entwicklungen durch Sonder-sendungen ergänzt. „zdf.spezials“ sowie kurzfristig ins Programm genommene Dokumentationen, Reportagen und Gesprächssendungen erläutern Fortgang, Hintergründe und Zusammenhänge von Ereignissen wie dem 11. September, dem Kosovo-Einsatz der Bundeswehr, der Flutkatastrophe an der Elbe u. a. m. Allein zum Hochwasser an der Elbe zum Beispiel hat das ZDF in den ersten zwei Wochen über 30 Spezial-Sendungen produziert und rund 100 monothematische Nachrichten- und Magazinsendungen, Dokumentationen und Reportagen und Gesprächsrunden gezeigt, insgesamt mehr als 90 Stunden. Die außerordentlich positive Akzeptanz dieser Programmleistungen spiegelt sich in unzähligen Zuschauer-Zuschriften, aber auch in den Einschaltquoten wider: Die ZDF-Spezial-Sendungen um 19.25 Uhr z. B. verfolgten 3,7 Mio. Zuschauer (17,8 % Marktanteil), die ZDF-Nachrichtensendungen wurden überdurchschnittlich genutzt. Diese Berichterstattung, die durch ergänzende Online-Aktionen zur Vermittlung dringend gebrauchter Alltagsgegenstände sowie große Benefizkonzerte in Dresden und Mainz ergänzt wurde, hat zur beispiellosen Welle der Solidarität mit den Flutopfern beigetragen. Die Berichterstattung zum Elbe-Hochwasser verdeutlicht damit beispielhaft ein Grundanliegen der ZDF-Programmarbeit: Bürger durch umfassende Information zu demokratischer Mitwirkung anzuregen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das bürgerschaftliche Engagement anzuregen und zu verstärken.

Die Vielfalt der deutschen Länder hat seit eh und je ihren festen Platz in den Sendeleisten mit regionalem Schwerpunkt. Das ZDF verfügt mit den Sendungen Länderspiegel, drehscheibe Deutschland, heute in Deutschland und blickpunkt über Programmflächen, die regelmäßig und ausführlich über regionale Belange berichten. Sie allein haben im Jahr 2001 fast 260 Stunden Programm gesendet – mit wachsendem Erfolg. Der Regionalbezug im Programm entwickelt sich darüber hinaus mit steigender Tendenz. Sie erklärt sich daraus, dass zunehmend Berichte über allgemeine gesellschafts- oder wirtschaftspolitische Entwicklungen an Beispielen aus einer Region gespiegelt werden. In diesen Fällen steht zwar die Nachricht im Vordergrund, die Umsetzung durch ein Landesstudio jedoch setzt die Region und die Menschen ins Bild. Die Berichterstattung über die Diskussion zur Gentechnik zum Beispiel wird heruntergebrochen auf die konkreten Auswirkungen für eine Forschungseinrichtung irgendwo in Deutschland. Dahinter steht die Erkenntnis, dass sich weitgehend abstrakte Vorgänge besser vermitteln lassen, wenn sie am Beispiel betroffener Menschen erzählt werden. Das Konzept, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Deutschland an konkreten Menschen in ihren unterschiedlichen Regionen zu spiegeln, ist für die Berichterstattung des ZDF existenziell: Bei den Zuschauern schafft sie Identifikationspotenzial; Regionen und regionale Themen werden damit auch über die Grenzen der Region hinaus interessant. Das ZDF stärkt damit den föderalen Zusammenhalt in der Bundesrepublik.

Neben den aktuellen Informationsprogrammen betont das ZDF-Programm besonders die Informationsgenres, die den Zuschauern in einer zunehmend komplexeren Welt Wissen und Orientierung zu gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Fragen geben. Hierzu hat das ZDF, dem die Zuschauer in Umfragen die höchste Kompetenz für Wissenschaftsprogramme bescheinigen, bereits in den neunziger Jahren mit seinen kulturhistorischen und historischen Dokumentationsreihen „Terra X“, „Sphinx“, „Hitlers Helfer“ u. a. m. stark nachgefragte Programmformen entwickelt, die bewährte Magazine wie „Abenteuer Forschung“ ergänzen. Eine werktägliche Leiste mit Wissenschafts- und Länderdokumentationen ergänzt seit Ende der neunziger Jahre dieses Angebot ebenso wie das neue Magazin „Abenteuer Wissen“ seit 2001. Im Jahr 2002/2003 werden diese Stärken des Themenprofils der ZDF-Information weiter ausgebaut. Für 2003 ist zur besten Sendezeit die Einrichtung eines 20.15 Uhr-Sendeplatzes für aufwendige und groß angelegte 45-minütige Dokumentationen am Dienstag vorgesehen. Er wird die zeitgeschichtlichen Programme und die Produktionen zu Wissenschafts- und Naturthemen verstärken. Am Nachmittag ist die Etablierung einer zweiten werktäglichen Dokumentationsleiste über Natur und Tiere vorgesehen. „ZDF history“ wird am Sonntag um 23.30 Uhr die Kompetenz des ZDF im Feld der historischen Programme abrunden. Kein Hauptprogramm im deutschen Fernsehen bietet ein so umfangreiches Dokumentationsangebot zum Wissen unserer Zeit und kommt damit dem Auftrag, den Zuschauern Wissen und Orientierung zu vermitteln, so nachhaltig nach.

Das Erzählen von Geschichten in Fernsehfilmen und Serien bleibt aller Dynamik der Programmentwicklung zum Trotz ein Hauptmotiv der Hinwendung der Zuschauer zum Fernsehen. Fernsehen ist der große Geschichtenerzähler unserer Zeit, der das breite Publikum erreicht, Möglichkeiten zur Reflektion gesellschaftlicher Themen und Prozesse bietet und damit ein Angebot zur Identitätsstiftung macht. Spannende, kurzweilige und/oder humorvolle Krimis, Serien, Fernsehfilme, Mehrteiler und Spielfilme gehören zum unverzichtbaren Repertoire jedes erfolgreichen Vollprogramms. Das ZDF als ein traditionell führender Serien- und Fernsehfilmsender hat mit seinen Angeboten in den letzten Jahren trotz verschärften Wettbewerbs verdeutlicht, dass es über die Vielfalt an Sujets und Handschriften im Fiktionalen die erste Adresse bleibt. Aktuelle Themen und latente Konflikte wie die Probleme von Arbeitslosen an der Ostseeküste in „Hat er Arbeit“ am 21. Januar 2002, die erstmalige Konfrontation einer New Yorker Jüdin mit Freunden in Berlin der 60er Jahre nach ihrer Flucht in „Die Liebenden vom Alexanderplatz“ am 3. Dezember 2001, die Konflikte von U-Bahn-Fahrern nach Selbstmord-Vorfällen auf der Schiene in „Am Ende des Tunnels“ am 28. Oktober 2002 – Fernsehfilme des ZDF greifen virulente Fragen auf und regen zur Auseinandersetzung mit Problemen der Zeit an. Serien des ZDF bieten daneben Familienunterhaltung, die zur Entspannung beiträgt und sich zugleich mit Alltagsfragen auseinandersetzt.

Das fiktionale Programm des ZDF, für das es regional verteilt rund 375 Mio. Euro pro Jahr an Produktionsaufträgen vergibt, bildet den Kern des ZDF-Status als Kulturproduzent. Ergänzt wird er durch herausragende Ereignis- und Bühnenproduktionen aus Theater und Musik: Aufwendige Produktionen wie die Faust-Inszenierung zur Expo 2000, Galas wie „Echo Klassik“ oder die „Nibelungen“-Inszenierung von Dieter Wedel im Herbst 2002 in Worms stehen hierfür. Um seinen Status als Produzent und Medium nationaler wie europäischer fiktionaler wie Bühnen-gebundener Kulturproduktionen zu unterstreichen, wird das ZDF diese im Programm noch deutlicher herausstellen. Ein erster Schritt hierzu ist ein neuer Sendetermin am Sonntag um 22 Uhr, auf dem ab 2003 neben Konzerten Filme, Fernsehfilme und Reihen aus der regionalen und nationalen Filmförderung und der europäischen Produktion kontinuierlich einen Platz in der besten Sendezeit bekommen. Das ZDF wird damit seine führende Position als Erzählsender festigen.

Shows bleiben mit ihrer unmittelbaren Beziehung zum Publikum und dem Live-Charakter ihrer Formate ein notwendiges vitalisierendes Element aller Vollprogramme. Das ZDF gehört traditionell zu den führenden Anbietern dieses im Wettbewerb umkämpften Genres. Es positioniert sich als Anbieter von Familien-Unterhaltung und bietet mit dem Klassiker „Wetten, dass“ die meistgesehene echte Familienshow im Fernsehen. Daneben betont das ZDF besonders die Event- und Charity-Shows, wobei der Qualitätsanspruch, an dem das Unterhaltungsprogramm des ZDF immer gemessen wurde, Leitorientierung für die Umsetzung bleibt. Insbesondere die Charity-Shows stellen sich dabei in den Dienst sozialer Zwecke und sammeln Spenden für Hilfsorganisationen. Allein im Herbst 2002 bietet das ZDF neben den erwähnten Sendungen zugunsten der Flutopfer mit Spendenshows zugunsten der Krebshilfe, der Welthungerhilfe, von Misereor und Brot für die Welt sowie für UNICEF und ein Herz für Kinder fünf Sendungen, die das Programm in den Dienst eines guten Zwecks stellen und damit zugleich einen Appell für Mitmenschlichkeit an die Zuschauer richten.

Zu den Ereignisprogrammen, die eine unmittelbare Bindung zum Publikum herstellen, gehören Sport-Übertragungen und -berichte. Die Rechte hieran sind als knappes Gut im Wettbewerb umkämpft wie nur wenige andere Spitzenprogramme und -protagonisten. Ohne sie kommt kein nationales Hauptprogramm aus, das im Wettbewerb um eine führende Akzeptanzposition bei den Zuschauern steht. Das ZDF kann marktbedingt nur einen begrenzten Ausschnitt von attraktiven Spitzenereignissen erwerben und ausstrahlen. Zugleich beschränkt es sich aber nicht auf die Übertragung populärer Spitzen-Sportarten. Auch weniger beachtete Sportarten und darüber hinaus der Breitensport haben in seinem Sportprogramm einen Platz. Reiten, Rudern, Leichtathletik u. a. m. werden sowohl in Übertragungen als auch im sonntäglichen Magazin „Sportreportage“ kontinuierlich berücksichtigt. Die Orientierung auf eine vielfältige, differenzierte Sportberichterstattung, die Sport in der Breite seiner Angebote zum kontinuierlichen Gegenstand des Programms macht, ist durch vertragliche Vereinbarungen mit den Sportverbänden auf ein festes Fundament gestellt.

Die Ausdifferenzierung der Altersgruppenansprache im Fernsehen hat im dualen Rundfunksystem die Etablierung von Altersgruppen-orientierten Spartenkanälen mit sich gebracht. Kinder und Jugendliche/junge Erwachsene werden von Kanälen mit speziellem Genreprofil angesprochen. Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen übernimmt der Kinderkanal diese Funktion für die Drei- bis 13-Jährigen. Neben den Zulieferungen für den Zielgruppenkanal hat das ZDF an den Samstag- und Sonntagvormittagen sein

Kinderprogramm erhalten, um die integrale Ansprache aller Altersgruppen in seinem Hauptprogramm fortzuführen. Das Kinderprogramm setzt dabei wie das Hauptprogramm insgesamt auf die Vielfalt der Genres und auf Eigenleistungen. Neben Serien und Wissensquizsendungen bietet das ZDF unterhaltend-informierende Wissensmagazine wie „Löwenzahn“ und das Magazin PuR, die sich mit der Lebenssituation der Kinder auseinandersetzen. Mit diesen Programmen wird das ZDF seiner Aufgabe gerecht, auch nachwachsende Zuschauer in der Vielfalt ihrer Sehbedürfnisse mit einem pädagogisch verantworteten Programmangebot anzusprechen. Dasselbe wird das ZDF ab 2003 auch für Jugendliche/junge Erwachsene realisieren und spezielle Programme für diese Zielgruppe entwickeln.

Das ZDF-Hauptprogramm gehört seit Mitte der neunziger Jahre kontinuierlich zu den drei am meisten genutzten Programmen auf dem deutschen Fernsehmarkt. Im Jahr 2001 erzielte es 13,2 Prozent Marktanteil, im laufenden Jahr liegt es mit 13,9 ebenfalls auf Platz 3. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Programm-Mischung mit dem hohen Informationsanteil für das ZDF im Wettbewerb eine schwierigere Ausgangsposition mit sich bringt als für kommerzielle Anbieter, die im Interesse der Refinanzierung ihrer Aufwendungen ihre Programm-Mischung allein auf den quantitativen Erfolg ausrichten. Denn Informationsprogramme werden – gerade in jüngeren Zuschauergruppen – im Verhältnis zu ihrem Angebotsumfang deutlich weniger genutzt als Serien, Fernsehfilme und Shows. Das ZDF sucht durch die dauernde Weiterentwicklung des Programmangebots seine vielfältige und differenzierte Programm-Mischung auch im verschärften Wettbewerb des dualen Rundfunksystems zum festen Bestandteil des Gesamtprogramm-Angebots zu machen. Die Zuschauer honorieren diese qualitätsorientierte Positionierung und Entwicklung des ZDF-Programms: Sie bestätigen dem ZDF in Umfragen vom Juni 2002 in neun von 27 abgefragten Programmgenres die höchste Kompetenz, darunter neben der Wissenschaftsberichterstattung u. a. bei Wirtschaftsmagazinen, Tiersendungen, Dokumentationen und Reportagen.

Fernsehen, das seinen Erfolg nicht allein in der quantitativen Publikumsresonanz, sondern auch in seinem Beitrag zur Anregung der Zuschauer und des gesellschaftlichen Diskurses sowie zur Weiterentwicklung der thematischen und formalen Ausdrucksmittel des Mediums sucht, bleibt in einem kommerzialisierten Fernsehmarkt wichtiger denn je. Nur eine in ihren Zielsetzungen und Mitteln vielfältige Programmarbeit sichert auf Dauer eine vielfältige Fernseh- und Kommunikationskultur. Sie erfordert eine hinreichende infrastrukturelle und finanzielle Ausstattung. Das ZDF konzentriert seine Mittel so weit als möglich auf das Programm und hält auch die infolge des höheren Vielfalts- und Differenzierungsgrades seiner Angebote relativ höheren infrastrukturellen Aufwendungen durch Nutzung aller Synergie- und Kooperationsmöglichkeiten so gering als möglich. Gleichwohl hat die wettbewerbsbedingte Kosten- und Preisentwicklung dazu geführt, dass die Finanzierung des ZDF-Hauptprogramms an zentralen Stellen immer schmaler ausfällt. Ein die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigender Wiederholungsanteil auf zentralen Sendeterminen, der zum Teil bis zu zwei Drittel beträgt, ebenso wie eingeschränkte Möglichkeiten zum Erwerb und zur Produktion neuer Programmangebote signalisieren dies. Um die Vielfaltskonzeption des ZDF-Hauptprogramms auch weiterhin erfolgreich im Wettbewerb der nationalen Hauptprogramme umsetzen zu können, wird es vor diesem Hintergrund in den nächsten Jahren weiterer Anstrengungen zur Sicherung der finanziellen Grundlagen der Programmarbeit bedürfen. In Fortführung bisheriger Maßnahmen wird das ZDF seine Anstrengungen verstärken, interne strukturelle Einsparungen umzusetzen. Angesichts der Kosten- und Preisentwicklung im Fernsehmarkt werden diese zumal angesichts aktueller Rückgänge der Werbeeinnahmen nicht ausreichen, um weiterhin in der erforderlichen Konstanz und Breite ein substantielles, den Standards des Wettbewerbs und den qualitativen Anforderungen aus dem Funktionsauftrag entsprechendes Programm zu realisieren.

4.1.2 ARTE

ARTE (Association Relative à la Télévision Européenne) bietet ein europäisches Kulturprogramm an, wobei drei Viertel des ARTE-Programms zu gleichen Teilen von Programmen des deutschen Mitglieds ARTE Deutschland TV GmbH und des französischen Mitglieds ARTE France bestritten werden. ARTE arbeitet regelmäßig mit sieben europäischen Partnern Rundfunkanstalten zusammen. Gesellschafter der ARTE Deutschland GmbH sind zu jeweils 50 Prozent die ARD-Anstalten und das ZDF, das Stammkapital beträgt 256 T€.

Im Jahre 2000 konnten mehr als 130 Millionen Fernsehzuschauer bzw. mehr als 65 Millionen Haushalte in Europa ARTE empfangen. ARTE verfolgt das Ziel, das Programmangebot in der Kernsendezeit zwischen 19.00 Uhr und 1.00 Uhr kontinuierlich zu verbessern. Dabei wurde mit dem seit 2001 gültigen neuen Programmschema eine ausgewogenere Verteilung der Genres auf die einzelnen Fernseh-Abende erreicht. Das Programm besteht zu 43 Prozent aus Dokumentationen/Dokumentarfilmen, zu 30 Prozent aus Filmen (Spielfilme 20 Prozent, Fernsehfilme zehn Prozent), zu 16 Prozent aus Nachrichten und Magazinen sowie zu elf Prozent aus Beiträgen des Genres Theater/Musik/Tanz. Für die stufenweise Ausweitung der Hauptsendezeit um fünf Stunden durch Vorverlegung des Sendebeginns von 19.00 Uhr auf 14.00 Uhr wurde von der KEF im 12. Bericht ein Finanzbedarf von 25,6 Mio. € für 2003/2004 bewilligt. ARTE hat zwar seine Sendezeit bereits im Zuge der Neugestaltung des Programmschemas seit 2001 auf die Zeit ab 14.00 Uhr ausgedehnt, das Programm besteht aber zurzeit noch überwiegend aus Wiederholungen und ist noch nicht flächendeckend empfangbar. ARTE hat einen Stufenplan für die laufende Gebührenperiode entwickelt, mit dem ab dem Haushaltsplan 2004 ein Anteil von Erstausstrahlungen in dieser Sendezeit von 20 bis 25 Prozent erreicht werden soll. Damit auch das Nachmittagsprogramm von den Zuschauern empfangen werden kann, sollen auf der Grundlage der Entscheidungen der Landesmedienanstalten die Sendezeiten in den analogen Kabelnetzen Zug um Zug bundesweit auf die Zeit von 14.00 bis 19.00 Uhr ausgeweitet werden.

ARTE erreichte im Jahr 2001 in Deutschland einen durchschnittlichen Marktanteil von 0,4 (Vorjahr: 0,3) Prozent der Zuschauer ab drei Jahren. Der Etat des europäischen Kulturkanals wird auf der Grundlage des von der KEF im 12. Bericht anerkannten und

in § 9 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags festgelegten Finanzierungsbetrags von 238,05 Mio. DM bzw. 121,71 Mio. Euro p. a. ermittelt. Zusätzlich werden bei den Rundfunkanstalten noch vorhandene Rückstellungen für in der letzten Gebührenperiode nicht verbrauchte Gebührenmittel eingesetzt. Für 2002 ist im Wirtschaftsplan ein Budget von 142,5 Mio. € veranschlagt. Im 13. Bericht hat die KEF per Ende 2004 einen Überschuss von 57,2 Mio. DM bzw. 29,3 Mio. € bei ARTE festgestellt. *)

4.1.3 PHOENIX

PHOENIX, der Ereignis- und Dokumentationskanal von ARD und ZDF, kann auf nahezu fünf Sendejahre zurückblicken. Er hat sich als ergänzendes öffentlich-rechtliches Informationsangebot einen festen Platz in der Fernsehlandschaft gesichert. Trotz einer vergleichsweise geringen Finanzausstattung konnte PHOENIX wie kaum ein anderes Programm in dem kleinen, wettbewerbsintensiven Markt der informationsorientierten Spartenkanäle in kurzer Zeit hohe Publikumszuwächse verzeichnen und ist mit seinem einzigartigen und unverwechselbaren Programmprofil auch europaweit allgemein akzeptiert und geschätzt.

Der Marktanteil von PHOENIX betrug im Jahr 2001 durchschnittlich 0,5 Prozent bezogen auf alle Zuschauer ab drei Jahren. Das Profil des Spartenkanals wird in erster Linie durch die politischen 1:1-Übertragungen wie bspw. Debatten im Deutschen Bundestag sowie weltpolitische Ereignisse geprägt. Des Weiteren gehören Übertragungen der Parteitage aller im Bundestag vertretenen Parteien und Wahlkampfkundgebungen zum Programm. Ergänzt wird das Angebot durch Gespräche im Studio, Diskussionsrunden und Dokumentationen.

PHOENIX wird über Satellit und Kabel verbreitet; im Jahr 2001 wurden analog etwa 27 Mio. Haushalte erreicht. Darüber hinaus wird das Programm im Rahmen der digitalen Ausstrahlung innerhalb des Programm bouquets ZDF.vision und über ARD Digital sowohl über Satellit als auch über Kabel bundesweit verbreitet.

Die KEF hatte in ihrem 12. Bericht einen Finanzbedarf von 131,25 Mio. € (256,7 Mio. DM) für PHOENIX anerkannt; die Wirtschaftsplanung orientiert sich an diesem Finanzrahmen. PHOENIX verfügt in 2002 über einen von ARD und ZDF zu gleichen Teilen finanzierten Jahresetat von 31,8 Mio. € und ist ein Beispiel dafür, dass durch die Zusammenarbeit zwischen den Mutterhäusern und einem Spartenkanal ein Mehrwert für das Publikum geschaffen wird: Zum einen übernimmt PHOENIX teilweise von den Landesrundfunkanstalten oder vom ZDF produzierte Sendungen zur zeitversetzten Ausstrahlung. Zum anderen kann PHOENIX auf Ereignisübertragungen der Anstalten sowie auf Beistellungen redaktioneller oder produktionstechnischer Fachkräfte zurückgreifen. Im Gegenzug nutzen die Rundfunkanstalten in vielen Fällen das von PHOENIX bei Ereignisübertragungen produzierte Sendesignal in eigenen Nachrichtensendungen.

4.1.4 3sat

3sat hat sich als Kulturprogramm des deutschen Sprachraums in den letzten Jahren als feste Größe im Konzert der Spartenangebote etabliert. Dies ist umso bemerkenswerter, als unter den 36 pro Haushalt empfangbaren Programmen ein Kulturprogramm, das über die nationalen Grenzen auch österreichische und schweizerische Perspektiven kontinuierlich im Programm repräsentiert, von vornherein ein eher sperriges Angebot ist.

3sat als ergänzendes Vollprogramm mit kulturellem Schwerpunkt konzentriert sich auf folgende Programmofferten:

- Aktuelle Konzert- und Bühnenübertragungen aus dem deutschen Sprachraum.
- Kontinuierliche aktuelle Kulturberichterstattung mit einem im deutschen Fernsehen einmaligen werktäglichen Kulturmagazin.
- Kontinuierliche Wissenschaftsberichterstattung im ebenfalls werktäglichen Magazin NANO.
- Repertoire-basierte Spielfilm- und Fernsehfilmprogrammreihen, die auf Themen bzw. Protagonisten bezogen einem interessierten Publikum Einblick in die Geschichte und Entwicklungen der fiktionalen Einzelstücke im 1½-Stundenformat gibt.
- Produktion und Wiederholung von Dokumentarfilmen im Rahmen eines im deutschen Fernsehen einmaligen sonntäglichen Sendeplatzes.

Mit diesem Angebot erreicht 3sat in Deutschland bei einer technischen Reichweite von 88 Prozent einen Marktanteil von 0,9 Prozent und liegt dabei im Schnitt der Spartenangebote im oberen Level. Täglich erreicht 3sat damit immerhin knapp neun Prozent der Zuschauer, das sind 6,24 Mio. Menschen. Auch in Österreich erreicht 3sat mit einer technischen Reichweite von 76 Prozent aller Haushalte mit 1,3 Prozent Marktanteil eine stabile Akzeptanzposition. Dasselbe gilt für die Schweiz. Mit 95 Prozent technischer Reichweite erzielt 3sat 0,9 Prozent Marktanteil.

3sat greift neben den im deutschen Sprachraum organisierten Live-Übertragungen von einer Vielzahl von Festspielen vom Schleswig-Holstein Musikfestival bis hin zu entsprechenden Ereignissen in Österreich auf das Programmrepertoire der beteiligten Sender ZDF, ARD, ORF und SF DRS zurück. ARD und ZDF steuern jeweils rd. 30 Prozent der Programme bei, der ORF rd. 25 Prozent, SF DRS knapp zehn Prozent. Damit bestätigt 3sat auf eindrückliche Art und Weise, dass auf Basis des Programmrepertoires der beteiligten Sender ein interessantes kulturell orientiertes Programm gestaltbar ist.

*) 13. Bericht, Tz. 418 ff., S. 189. Der Überschuss ermittelt sich aus den Erträgen (957,2 Mio. DM) und den Aufwendungen (1 073,0 Mio. DM), dem von der KEF anerkannten Entwicklungsbedarf für die Ausweitung der Sendezeit (50 Mio. DM), sonstigen Korrekturen der KEF und unter Berücksichtigung der bei den Anstalten vorhandenen Rückstellungen.

Das ZDF hat bei seinen Zulieferungen zum 13. KEF-Bericht für den Sendeaufwand 3sat (Fremdkosten) insgesamt 80,1 Mio. € (156,7 Mio. DM) angemeldet. Die Finanzplanungen des Hauses orientieren sich an diesem Wert. Allerdings ist der sehr niedrige Aufwand für einen Kanal wie 3sat nur durch das Zusammenwirken der Partner und die gemeinsame Nutzung des Programmrepertoires zu realisieren. In der aktuellen Produktion für das Kultur- und das Wissenschaftsmagazin wird durch Austausch von Beiträgen eine sehr günstige und effiziente Produktionsform ermöglicht. Im Hinblick auf die notwendige eigenständige Positionierung von 3sat durch aktuelle Berichte in den Magazinen und Live-Kulturübertragungen ist das Budget des Kanals am unteren Rahmen angesiedelt.

4.1.5 Kinderkanal

Der Kinderkanal hat sich seit seiner Etablierung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu der Marke für ein pädagogisch-verantwortetes, vielfältiges Programmangebot für die jüngste Zuschauergruppe entwickelt. Bei den Zuschauern hat er Umfragen zufolge ein hohes Renommee.

Mit einer technischen Reichweite von mittlerweile 81 Prozent erreicht der Ki.Ka inzwischen die überwiegende Zahl der bundesdeutschen Fernsehhaushalte. Die hohe Resonanz des Senders wird auch dadurch deutlich, dass täglich knapp 20 Prozent der Kinder, das sind 1,65 Mio., mindestens einmal Kontakt mit dem Ki.Ka haben und ihn einschalten.

Trotz einer vergleichsweise geringen Finanzausstattung gelingt es dem Ki.Ka in seiner Sendezeit von 06.00 bis 19.00 Uhr, zu den führenden Programmangeboten in der Zielgruppe zu werden. Mit 16,6 Prozent Marktanteil in der Zielgruppe belegt er im Jahr 2001 den 2. Platz hinter Super RTL. Charakteristisch für das Programmangebot des Kinderkanals ist, dass hier im Stil eines Vollprogramms die ganze Bandbreite der Fernsehgenres angeboten wird. Informierende Magazine stehen neben Serien und Shows, Dokumentationen und Spielfilmen. Die vielfaltorientierte auf Qualität ausgerichtete Programm Mischung des Kinderkanals gibt ihm im Wettbewerb gerade mit dem durchgängig unterhaltungsorientierten kommerziellen Konkurrenten eine schwierigere Ausgangsposition. Die nur auf Unterhaltung abstellenden Programme haben bessere Akzeptanzchancen als genremäßig differenzierte. Der Ki.Ka erreicht überproportional die jüngeren Kinder, während er bei den älteren zwischen zehn und 13 Jahren in einer schwierigeren Akzeptanzposition ist. Dies geht auch darauf zurück, dass in dieser Altersgruppe bereits aufwendigere und kontinuierlich gezeigte fiktionale Programmangebote wesentliches Element der Fernsehnutzung sind, die der Ki.Ka nicht in der notwendigen Breite und Frequenz finanzieren kann.

In ihrem 12. Bericht hatte die KEF für den Kinderkanal Mittel in Höhe von 271,8 Mio. € (531,6 Mio. DM) anerkannt. Hierin sind 46 Mio. € für die Fortentwicklung des Kinderkanals enthalten, mit denen der Erstsendeanteil schrittweise angehoben wird. Diese Zumessung ist Ausgangspunkt der Budget-Planungen des Kinderkanals. Dass trotz der beschränkten Mittel der Ki.Ka einen großen Erfolg aufweisen kann, liegt in der synergetischen Nutzung von Programmmitteln von ARD und ZDF. Beide bringen die in ihren Häusern produzierten Kinderprogramme in den Ki.Ka ein und stellen damit sicher, dass dieser über 13 Stunden des Tages zu der Adresse für ein qualitätsorientiertes Angebot für die nachwachsenden Zuschauer wird.

4.1.6 Auslandsfernsehen GERMAN TV

Das deutschen Auslandsfernsehen GERMAN TV ist ein deutschsprachiges Gemeinschaftsprogramm von ARD, ZDF und Deutscher Welle. Das Programm wird ausschließlich in den USA über eine digitale Plattform als kostenpflichtiges Abonnentenfernsehen ausgestrahlt.

GERMAN TV präsentiert – größtenteils aus den Programmvorräten von ARD und ZDF – seriöse, aktuelle Informationssendungen, aufwändige Dokumentationen, niveauevolle Unterhaltung, ansprechende Fernsehspiele, Shows, die Fußball-Bundesliga und qualitativ hochwertige Kinderprogramme. Im Februar 2002 startete GERMAN TV mit einem siebenstündigen Testprogramm. Seit Mai 2002 ist das Vollprogramm von GERMAN TV in den USA rund um die Uhr über die GlobeCast Plattform per Satellit empfangbar. Die Verwaltungsvereinbarung legt fest, dass die rundfunkrechtliche Verantwortung bei der Deutschen Welle liegt, im Innenverhältnis jedoch alle drei beteiligten Sender gleichberechtigt kooperieren. Die Programminhalte werden zu je 40 Prozent von ARD und ZDF geliefert und zu 20 Prozent von der Deutschen Welle. Da eine Finanzierung von Auslandsfernsehen durch Rundfunkgebühren unzulässig ist und die Abonnementerlöse in den ersten Betriebsjahren noch nicht die Kosten decken, erhält GERMAN TV Bundeszuschüsse (in 2002: 5,1 Mio. €). ARD und ZDF liefern ihre Programmbeiträge zwar kostenfrei zu, den Anstalten entstehende Verwaltungskosten bzw. Kosten für erforderlichen Lizenznacherwerb müssen jedoch aus dem Etat von GERMAN TV getragen werden. Für das Rumpfgeschäftsjahr 2002 ist ein Ausgabevolumen von 6,6 Mio. € veranschlagt.

4.2 Online-Angebot

Im August 2001 setzte das ZDF mit der Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit T-Online seinen vier Jahre zuvor mit ZDF.MS-NBC erfolgreich begonnenen Weg, über das Modell des Private-Public-Partnership den öffentlich-rechtlichen Auftrag im Internet umfassend und kostengünstig zugleich anzubieten, konsequent fort. Gemeinsam hatten ZDF, NBC und Microsoft es auf den ersten Platz der Nachrichtenangebote im deutschen Internetbereich gebracht. Die Zusammenarbeit musste beendet werden, weil der geänderte Rundfunkstaatsvertrag eine Fortsetzung der Kooperation untersagte, die darauf aufgebaut war, sich mit Werbeerlösen zu refinanzieren. Die Nachfolgevereinbarung mit T-Online war zugleich der bis dahin größte Abschluss von ZDF.newmedia, der Multimedia-Tochter im ZDF-Verband.

4.3 Technische Umsetzung des Programmauftrags

Das ZDF überträgt seine Programme über ein terrestrisches Sendernetz sowie über Kabel und Satellit zum Zuschauer. Über diese Verbreitungswege ist sichergestellt, dass das ZDF von jedem Haushalt mit vertretbarem technischen Aufwand per Dachantenne, Satellitenschüssel oder Kabelanschluss zu empfangen ist.

Terrestrisch wird das ZDF-Hauptprogramm bundesweit über 104 so genannte Grundnetzsender und rund 3 000 Füllsender ausgestrahlt. Neben dem Empfang mit Dachantenne bietet dieser Verbreitungsweg vielen Haushalten auch den besonders einfachen Empfang mit Zimmerantenne, insbesondere auch bei Zweit- und Drittgeräten. Das Hauptprogramm wird terrestrisch derzeit noch in der herkömmlichen analogen Technik und in der Sendenorm PAL übertragen.

In den nächsten Jahren wird sich dies mit der Umstellung auf die digitale DVB-T-Verbreitungstechnik ändern. Die Einführung von DVB-T wird zeitlich gestaffelt in den einzelnen Regionen und Bundesländern erfolgen. Als erste Region wird Berlin-Brandenburg – beginnend im Herbst dieses Jahres – umgestellt. Ab 2004 folgen dann weitere Ballungsräume in ganz Deutschland, wie Köln/Bonn, Ruhrgebiet, München usw., bis eine bundesweite Versorgung sichergestellt ist. Ziel ist es, die Digitalisierung des terrestrischen Sendernetzes bis 2010 abzuschließen. In den Startregionen wird der Zuschauer allerdings schon in Kürze das durch die Digitaltechnik erweiterte terrestrische Programmangebot des ZDF nutzen können. Unter der Bezeichnung „ZDFmobil“ werden neben dem ZDF-Hauptprogramm auch die Informationsprogramme ZDFinfokanal, ZDFdokukanal und der Kinderkanal sowie das interaktive Informationsangebot ZDFdigitext verbreitet. Für die Umrüstung der Fernsehgeräte auf den terrestrischen Digitalempfang steht den ersten Zuschauern in Berlin-Brandenburg bereits eine breite Auswahl preiswerter Adaptergeräte zur Verfügung. Im Kabelnetz werden das ZDF-Hauptprogramm sowie die gemeinschaftlich mit Partnern veranstalteten Programme 3sat, ARTE, PHOENIX und Kinderkanal als „Must-carry-Programme“ verbreitet. Im Kabel wurde die digitale Verbreitungstechnik bereits eingeführt. Allerdings bietet das Kabel die Möglichkeit, dem Zuschauer Analog- und Digitaltechnik für eine noch offene Übergangszeit nebeneinander anzubieten. Mit seinem digitalen Bouquet „ZDF.vision“ verbreitet das ZDF neben oben genannten, in Analogtechnik verbreiteten Programmen zusätzlich noch die Spartenprogramme ZDFtheaterkanal, ZDFinfokanal und ZDFdokukanal, weitere Gastprogramme sowie den ZDFdigitext. „ZDF.vision“ wird in alle „digitalisierten“ Kabelnetze eingespeist und erreicht heute etwa 1,5 Millionen mit digitalem Empfangsgerät ausgestattete Kabelhaushalte.

Über das ASTRA-Satellitensystem werden das ZDF-Hauptprogramm, wie auch 3sat, ARTE, PHOENIX und Kinderkanal in Analogtechnik verbreitet. Direkt über Satellit erreicht das ZDF in Deutschland etwa 13,5 Millionen Haushalte, die über entsprechende Satellitenempfangsanlagen verfügen. Das europaweite Verbreitungsgebiet des Satelliten erreicht zudem viele weitere Zuschauer im Ausland. Wie im Kabel stehen dem Zuschauer über das ASTRA-Satellitensystem die digitalen Programmangebote von „ZDF.vision“ ebenfalls zur Verfügung. Über die hierzu benötigten digitalen Satellitenempfangsgeräte verfügen heute bereits etwa zwei Millionen Haushalte. Zusätzlich wird das ZDF-Hauptprogramm digital über EUTELSAT abgestrahlt und erreicht hier weitere Nutzer in den Urlaubsregionen Nordafrikas, dem östlichen Mittelmeer und dem Schwarzen Meer sowie im Nahen und Mittleren Osten und in großen Teilen Russlands.

5. Gemeinsame Aktivitäten von ARD/ZDF einschließlich Tochter- und Beteiligungsgesellschaften

5.1 ZDF-übergreifende Gemeinschaftsaufgaben und -einrichtungen

5.1.1 GEZ

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland haben die Abwicklung des Gebühreneinzugs einer nicht selbständigen und nicht rechtsfähigen Verwaltungsgemeinschaft, der Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) übertragen.

Die GEZ hat im Jahr 2001 rd. 39,4 Mio. Rundfunkteilnehmerkonten betreut. Da „freiwillige“ An- und Zumeldungen seit Jahren rückläufig sind, trägt die GEZ im Rahmen der Bestandspflege zunehmend dazu bei, durch Marketing-Aktivitäten und Mailing-Aktionen den Teilnehmerbestand zu sichern und auszuschöpfen. Das Aufgaben- und Aufwandsvolumen der GEZ wird vor allem durch schriftliche, elektronische und telefonische Reaktionen der Rundfunkteilnehmer bestimmt. Trotz des deutlich gestiegenen Zuwachses an Bearbeitungsvorgängen konnte der interne Personalbestand mit 835 Planstellen gehalten werden, wobei notwendige Kapazitätsanpassungen zum Teil durch Auslagerung von Aufgaben kompensiert wurden.

Der Geschäftsbetrieb der GEZ verursachte im Jahr 2001 Aufwendungen in Höhe von rund 117 Mio. € (228 Mio. DM). Die Aufwendungen der GEZ pro Teilnehmerkonto betragen 2001 2,95 €. Der Anteil der GEZ-Aufwendungen an den Erträgen aus Rundfunkgebühren beläuft sich im Jahr 2001 auf 1,74 Prozent. Die GEZ betreibt ein effizientes, zentralisiertes Einzugsverfahren mit hohem Spezialisierungsgrad, stark rationalisierten Arbeitsprozessen, hohem Einsatz elektronischer Datenverarbeitung und damit verbunden hohen Bearbeitungs- und Vorgangsmengen. Im Vergleich dazu hatte die Deutsche Bundespost 1975, im letzten Jahr vor Übernahme des Gebühreneinzugs durch die GEZ, für den Gebühreneinzug von den Rundfunkanstalten rund 123 Mio. € (240 Mio. DM) beansprucht. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass damals die Zahl der Teilnehmerkonten um die Hälfte geringer war und die Deutsche Bundespost die Maßnahmen zur Sicherung und Ausschöpfung des Teilnehmerpotentials, für die im Jahr 2001 bei der GEZ Aufwendungen von etwa 25,6 Mio. € (50 Mio. DM) angefallen sind, nicht wahrgenommen hat. Der von der GEZ über viele Jahre erfolgreich verantwortete Einzug der Rundfunkgebühren stellt eine gute Voraussetzung dar, die in der Diskussion stehenden Änderungen des Rundfunkgebührenrechts auch weiterhin in einem effizienten und wirtschaftlichen Verfahren umzusetzen.

5.1.2 SportA

Die SportA Sportrechte- und Marketing-Agentur GmbH mit Sitz in München ist eine Tochtergesellschaft der ARD-Landesrundfunkanstalten (50 Prozent) und des ZDF (50 Prozent) mit einem Stammkapital von 506 T €.

Die SportA bündelt materielle, personelle und organisatorische Potentiale, um dadurch schneller und effektiver am Rechtemarkt agieren zu können. Sie beschafft (massen)attraktive Programminhalte im Sport für ARD und ZDF, verkauft das Programm-sponsoring, führt eine Gesamtvermarktung von Sportereignissen durch, kauft attraktive Gesamtpakete an und kann die nicht von ARD und ZDF genutzten Rechte (z. B. Sublizenzierungen im Inland, Auslandsrechte) weiterverkaufen. Darüber hinaus erzielt die SportA im Marketingbereich durch die Konzentration der Aktivitäten von ARD und ZDF gute Geschäftsergebnisse. Ferner konnten im Rahmen der Gesamtvermarktung interessante Sportereignisse erworben werden. Sie erwirtschaftete in 2001 einen Umsatz von 198,4 Mio. €. Die laufenden Betriebskosten (Personal, Gebäude, Sachaufwand, Abschreibungen etc.) beliefen sich im Jahr 2001 auf 3 533 T€, dies sind etwa 1,8 Prozent der Gesamterträge. Die SportA hatte im Jahresdurchschnitt 2001 20 Beschäftigte. Der geplante Umsatz für das (Sport-Großereignis-)Jahr 2002 beläuft sich lt. Wirtschaftsplan auf 220,1 Mio. €.

5.1.3 IRT

Das Institut für Rundfunktechnik IRT, eine gemeinnützige GmbH mit Sitz in München, berät die Rundfunkanstalten in der Technikentwicklung, löst auftretende technische Fragestellungen und vertritt die nationalen und internationalen Interessen der Rundfunkanstalten im europäischen Bereich und in der Weltorganisation ITU. Das IRT veröffentlicht seine Forschungsergebnisse auf zahlreichen Symposien und in Fachpublikationen. Es hat ein Stammkapital von 135,5 T€, 67,9 Prozent der Gesellschafteranteile werden von ARD-Landesrundfunkanstalten, 9,4 Prozent vom ZDF und 5,7 Prozent von DLR gehalten, die restlichen Anteile entfallen auf andere Rundfunkanstalten aus deutschsprachigen Ländern.

Angesichts der komplexen Herausforderungen durch die Digitalisierung bewegen sich die Aufgaben des IRT zunehmend im Bereich Systemberatung und Systementwicklung. Das IRT koordiniert stellvertretend für seine Gesellschafter Standardisierungsarbeiten im europäischen Kontext, z. B. in Gremien der europäischen Rundfunkunion, aber auch bei dem mit Rundfunk- und Industrievertretern besetzten DVB-Konsortium. Aktuelle Tätigkeitsschwerpunkte des IRT betreffen u. a. die Einführung der Digitaltechnik, einschließlich der Archive und der Content-Management-Systeme, sowie die Entwicklung neuer Datendienste (z. B. Telematik). In der für 2004/2005 vorgesehenen Nachfolgekonzferenz zur Revision des Stockholmer Frequenzabkommens, mit der Frequenzmanagement und -verteilung in Europa und angrenzenden Ländern neu geregelt werden sollen, vertritt das IRT die Rundfunkanstalten und erarbeitet aktuell wichtige Planvorgaben. Ferner analysiert das IRT die neuen Telekommunikationsformen (z. B. GRPS, UMTS, Internet), unterstützt die Rundfunkanstalten und bringt deren spezifische Anforderungen in die Standardisierungsgremien ein. Im Zuge der engen Kooperation mit der Industrie bei diesen Aufgaben konnte in den letzten Jahren verstärkt die Auftragsforschung als zusätzliche Finanzierungsquelle erschlossen werden. Auch deshalb hat sich der Zuschussbedarf des IRT seit 1998 nicht mehr erhöht. Das industrienahen Arbeiten sichert darüber hinaus die Attraktivität, Aktualität und Effizienz des IRT.

Die Aufwendungen des IRT im Jahr 2002 betragen netto 22 100 T€. Die Gesellschafterzuschüsse in Höhe von netto 19 155 T€ entfallen zu 81,2 Prozent auf die ARD, zu 14,3 Prozent auf das ZDF, zu 2,9 Prozent auf das DLR. Die SRG sowie der ORF sind zu je 0,8 Prozent beteiligt. Die Sachkosten des IRT betragen 4 867 T€ und die Investitionen 1 624 T€. Der größte Anteil des IRT-Budgets wird für Personalkosten aufgewandt (15 609 T€ bei 170 Planstellen). Zusätzlich werden in enger Kooperation mit den Universitäten Diplomanden und Studenten beschäftigt und für drittmittelgeförderte Projekte Zeitkräfte eingestellt. Das IRT erwirtschaftet als gemeinnütziges Institut keine Gewinne.

5.1.4 ZFP

Die zentrale Fortbildungseinrichtung für Programm-Mitarbeiter (ZFP) wird als nicht rechtsfähige Gemeinschaftseinrichtung von ARD und ZDF betrieben. Die ZFP übernimmt erstens die zentrale Planung und Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Programm-Mitarbeiter. Zweitens unterstützt sie einzelne Rundfunkanstalten bei der Vorbereitung und Durchführung und fördert ständigen Informationsaustausch über solche Fortbildungsmaßnahmen. Drittens übernimmt die ZFP die Planung und Durchführung von gemeinsamen Fortbildungsmaßnahmen für Programm- und Technik-Mitarbeiter in Kooperation mit der Schule für Rundfunktechnik (SRT) und steht viertens im ständigen Erfahrungsaustausch mit anderen einschlägigen Institutionen. Die ZFP führt jährlich um die 400 Veranstaltungen mit ca. 12 000 Teilnehmern durch. In 2000 waren 18 fest angestellte und zahlreiche freie Mitarbeiter für die ZFP tätig. Der Etat beläuft sich für 2002 auf rd. 2,8 Mio. €.

Die Wirtschaftlichkeit der ZFP begründet sich zum einen in der Effektivität und Effizienz durch einen spezifischen Zuschnitt der Seminare und Trainings auf die Bedürfnisse der Rundfunkanstalten. Zum anderen sind die Angebote, bedingt durch die Nutzung von Synergien in den Rundfunkanstalten, preiswert. Die ZFP gehört im Bereich Qualifizierung/Fortbildung zu den günstigsten Anbietern in der Medienbranche.

5.1.5 SRT Stiftung

Die Schule für Rundfunktechnik ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar den gemeinnützigen Zweck verfolgt, Bewerber und Bewerberinnen für eine technikbezogene Tätigkeit bei Hörfunk oder Fernsehen theoretisch und praktisch auszubilden sowie Fortbildungs- und Wiederholungskurse zu veranstalten und Lernmittel hierfür bereitzustellen. Die SRT ist eine rechtlich selbständige Gemeinschaftseinrichtung der Rundfunkanstalten. Ihr Stammkapital beträgt 232,6 T€. Die Stifter der SRT sind die zehn in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, die Deutsche Welle, das DeutschlandRadio und das ZDF. Die Gesellschafter besitzen jeweils 17,9 T€ (7,7 Prozent) des Grundstockvermögens. Die SRT beschäftigt 2000 im Jahresdurchschnitt 60 Mitarbeiter.

Das Etatvolumen der SRT wird zu rd. 85 Prozent durch Betriebskostenzuschüsse der Stifter finanziert. Diese Zuschüsse setzten sich in 2000 zu 60 Prozent aus von Veranstaltungen unabhängigen Ertragszuschüssen und zu 40 Prozent aus Lehrgangserlösen zusammen. Darüber hinaus tragen eigene Erträge, insbesondere aus den Lehrgangsgebühren mit rd. 15 Prozent zur Finanzierung bei. Der Etat beläuft sich in 2002 auf 9,4 Mio. €. Die Rundfunkanstalten realisieren mit der Delegation von Aufgaben an die SRT Synergien. Sie können als Stifter direkt Einfluss auf das Fortbildungsprogramm nehmen, so dass die Fortbildungsmaßnahmen gezielt auf ihre Ansprüche abgestimmt werden können.

5.1.6 RBT

Die Rundfunk-Betriebstechnik GmbH (RBT) mit Sitz in Nürnberg hat den Auftrag der unmittelbaren Förderung der Technik auf dem Gebiet des Rundfunk- und Fernsehens und die Förderung des technischen Betriebsdienstes der Gesellschafter. Sie arbeitet ausschließlich auftragsbezogen für ihre Gesellschafter BR, HR, MDR, RB, SR, SFB, SWR und ZDF.

Insbesondere die Einführung digitaler Techniken und der Einsatz von Informationstechnologien für Broadcast-Anwendungen erfordern spezielles und tiefgreifendes Systemwissen. Die RBT unterstützt ihre Gesellschafter in Situationen erhöhten Personal- und Wissensbedarfs, wobei sich die Aufgabenschwerpunkte seit einigen Jahren in Richtung Unterstützung/Beratung bei der betrieblichen Einführung, Integration und Migration neuer Systeme verlagert haben. Bei Investitionen fungiert die RBT als wichtige neutrale Instanz zwischen realisierendem Hersteller/Generalunternehmer und beauftragender Rundfunkanstalt. Ferner unterstützt die RBT ihre Gesellschafter u. a. bei der konventionellen Studio- und Sendertechnik (Fernsehen und Hörfunk) sowie bei Messungen technischer Parameter der Ausstrahlungen von anstaltseigenen oder von gemieteten Telekom-Sendern (z. B. im Zusammenhang mit DAB und DVB-T).

Der für das Jahr 2002 zum Betrieb der RBT erforderliche Gesamtaufwand in Höhe von 8,1 Mio. € wird zu 96,5 Prozent von den ARD-Gesellschaftern und zu 3,5 Prozent vom ZDF getragen. Der wesentliche Anteil der Aufwendungen liegt in den Personalkosten, die für 2002 mit 5,9 Mio. € (75 Planstellen und Altersversorgung ausgeschiedener Mitarbeiter) eingesetzt sind. Der restliche Aufwand verteilt sich auf 1,59 Mio. € Sachkosten und 0,59 Mio. € Investitionen. Als gemeinnützige Einrichtung erwirtschaftet die RBT keinen Gewinn und finanziert sich über die Zuschüsse der Gesellschafter.

5.2. ZDF-Beteiligungen

5.2.1 ZDF Enterprises GmbH (ZDF-E)

Die ZDF Enterprises GmbH ist mit der Beschaffung, aber auch Herstellung und Vermittlung von Produktionen bzw. Übertragungsrechten für das ZDF sowie der Verwertung von Produktionen und Übertragungsrechten betraut. Das Unternehmen agiert im Namen und für Rechnung des ZDF, wird jedoch in jüngster Zeit auch verstärkt im eigenen Namen tätig, indem es sich beispielsweise an ZDF-Produktionen beteiligt und damit die Ausstrahlungsrechte im Ausland erwirbt.

Zudem ist es an Unternehmen beteiligt, die Kino- und Fernsehfilme, Kinderfilme bzw. Beiträge für medizinische Fernsehmagazine erstellen, sowie im Online-, Musikrechte- und Grafikbereich tätig bzw. mit der Entwicklung des Projektes Medienpark betraut sind. Schließlich besorgt ZDF-E das Merchandising im Zusammenhang mit Sendungen des ZDF und ist für die ZDF-Shops im Sendezentrum Mainz-Lerchenberg, im Hauptstadtstudio Berlin und in der Mainzer Innenstadt verantwortlich. Im Jahr 2001 hat die ZDF-E mit 82 Mitarbeitern Erlöse von 70,0 Mio. € (136,9 Mio. DM) erzielt, davon allein 57,5 Mio. € (112,5 Mio. DM) für die Verwertung eigener Filmrechte.

5.2.2 Bavaria Film- und Fernsehstudios GmbH (BS)

Die Bavaria Studios ist in den Bereichen Studio- und Postproduktion und Dekorationsbau und Bühnentechnik an den Standorten München-Geiseltal und München-Unterföhring tätig. Sie erbringt ihre Dienstleistungen zum weit überwiegenden Teil für das ZDF, soll jedoch auch durch Akquisition von Drittkunden ihre Ateliers/Studios und ihre Fachkräfte auslasten. Neben dem ZDF sind Bavaria Film und die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) zu gleichen Anteilen Gesellschafter. Am Standort Berlin ist Bavaria Studios durch eine 50-prozentige Beteiligung an der 1999 errichteten Broadcasting Center Berlin (BCB) präsent. Im Geschäftsjahr 2001/2002 hat das Unternehmen mit durchschnittlich 127 Mitarbeitern Erlöse von 8,7 Mio. € (17,0 Mio. DM) und einen Jahresüberschuss nach Steuern von 0,6 Mio. € (1,2 Mio. DM) erzielt.

5.2.3 Sonstige Beteiligungen

Von den sonstigen Beteiligungen ist an dieser Stelle zum einen auf die ZDF Kasino Betriebsgesellschaft mbH (Kasino) hinzuweisen. Das Unternehmen betreibt ohne Gewinnerzielungsabsicht das Kasino für ZDF-Mitarbeiter und -Gäste im Sendezentrum des ZDF einschließlich einer Verkaufsstelle und betreut die ZDF-Konferenzzone. Der Betrieb erfolgt im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages in Räumlichkeiten und mit Inventar im Eigentum des ZDF, das zudem Mehrkosten ausgleicht, die aufgrund vorgebener unwirtschaftlicher Öffnungszeiten entstehen.

Eine weitere Hundertprozent-Tochter des ZDF ist die FernsehStudio München GmbH (FSM). Nachdem die Atelierbetriebe und der Dekorationsbau in das mit Bavaria Film gegründete Gemeinschaftsunternehmen Bavaria Studios eingebracht und die Studios in Unterföhring einschließlich Postproduktion und Ausstattungsbereiche an BS verpachtet wurden, ist die FSM nur noch für die Verwaltung der ZDF-Liegenschaften in München zuständig. Über eigenes Personal verfügt die FSM nicht mehr.

6. Finanzielle Perspektiven des ZDF

6.1 Aktuelle Finanzlage

Der 13. KEF-Bericht zeigt das Grundproblem des ZDF überdeutlich auf: Das Haus ist beim Umbau zu einem modernen, kostentransparenten und marktorientierten Programmunternehmen weit fortgeschritten und hat seit 1993 enorme Wirtschaftlichkeitserfolge erzielt. Die Zahl seiner Planstellen wurde drastisch reduziert und die Vorgaben der KEF übererfüllt. Gleichzeitig ist bei der Bestandsfortschreibung der Programmaufwendungen die untere Grenze des wettbewerblich Vertretbaren erreicht. Gleichwohl war bereits zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Finanzvorschau 2001 bis 2004 klar, dass es selbst bei Erreichen der darin festgelegten ehrgeizigen Parameter nicht gelingen würde, die bis zum Ende der Gebührenperiode aufgelaufenen Defizite gänzlich abzubauen.

Mit Beginn der Gebührenperiode 2001 bis 2004 war das ZDF dennoch mit dem Ziel angetreten, seinen Fehlbetrag auf rund 100 Mio. € zu vermindern. Der Preis für diese Begrenzung waren nachhaltige Eingriffe in die Abläufe des Hauses und die Struktur des Programms. Die im Einzelnen beschlossenen Maßnahmen reichten vom rigorosen Verzicht auf Programmvorhaben, Bündelung von Maßnahmen für spezielle Zielgruppen und schwerwiegenden Kürzungen beim Einsatz freier Mitarbeiter bis zu weitgehenden Wirtschaftlichkeitsverbesserungen und noch konsequenteren Nutzung von Synergien bei der Programmerstellung und -auswahl. Die genannten Einzelmaßnahmen hätten jedoch nicht ausgereicht, um das ambitionierte Ziel von 100 Mio. € erfüllen zu können. Daher mussten zusätzlich die Fortschreibungsraten für das ZDF-Hauptprogramm und 3sat (ohne Sportgroßereignisse) auf 2,6 Prozent im Jahr 2002 und jeweils 1,6 Prozent in den Jahren 2003 und 2004 vermindert werden. Gegenüber der von der KEF für den Planungszeitraum ermittelten tatsächlichen Preissteigerungsrate von 5,54 Prozent bedeutete dies eine Kürzung um mehr als zwei Drittel.

Angesichts des Umfangs dieser Eingriffe enthielt die mittelfristige Finanzplanung keinerlei Spielräume mehr, die eine Kompensation von Veränderungen wesentlicher finanzieller Rahmendaten innerhalb der laufenden Gebührenperiode ermöglicht hätte. Dies galt vor allem für die Ertragsseite, wo sich aufgrund der sich verschlechternden konjunkturellen Eckdaten im Bereich der Werbung negative Auswirkungen abzeichneten, ohne dass das inzwischen eingetretene Ausmaß des Einbruchs absehbar gewesen wäre.

In den zurückliegenden eineinhalb Jahren hat sich die weltweite Verschlechterung der konjunkturellen Situation indessen weit massiver auf die Werbeertragslage der gesamten Branche ausgewirkt, als dies noch im Frühjahr 2001 erwartet werden konnte, und dies nicht erst nach den tragischen Ereignissen des 11. September 2001. Änderungen der allgemeinen Marktlage in diesem Umfang blieben naturgemäß auch für das ZDF nicht ohne Folgen. Vielmehr wird das ZDF ganz offensichtlich von der stagnierenden Entwicklung auf dem gesamten Werbemarkt besonders hart getroffen, weil es aufgrund der engen rechtlichen Rahmenbedingungen, denen es auf diesem Markt unterliegt, nur wenig Möglichkeiten hat, aus eigener Kraft gegenzusteuern. Insofern ist die Situation durchaus vergleichbar mit der zu Anfang der 90er Jahre, als mit dem Aufkommen der privaten Rundfunkanstalten die Preise auf dem Werbemarkt deutlich sanken und die öffentlich-rechtlichen Anstalten darauf nicht mit kompensierenden Mengenerhöhungen reagieren konnten.

Infolge dieser massiven Veränderungen der Planungsgrundlagen war das ZDF bereits unmittelbar nach Abgabe der Finanzvorschau 2002 bis 2004 zum 13. KEF-Bericht im Sommer 2001 erstmals gezwungen, das darin veranschlagte Volumen an Werbeerträgen nach unten zu korrigieren. Auch die zwischenzeitlichen Anzeichen, dass sich zumindest im Laufe des Jahres 2002 eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau einstellen könnte, haben sich nicht bestätigt. Stattdessen hat sich inzwischen die ohnehin schon prekäre Situation weiter verschärft. So gehen die letzten verfügbaren Prognosen davon aus, dass für den Gesamtzeitraum der Finanzvorschau 2001 bis 2004 insgesamt noch einmal rund 160 Mio. € weniger an Werbeeinnahmen realisiert werden können. Der Minderertrag konnte zwar teilweise durch zusätzliche Gebührenerträge kompensiert werden, die auf erfolgreiche Mailingmaßnahmen der GEZ zurückzuführen sind. Per Saldo verbleiben im Zeitraum der Gebührenperiode dennoch Mindererträge von ca. 100 Mio. €.

Auch auf der Aufwandsseite zeigt sich, dass die unterstellten Fortschreibungsraten für das ZDF-Hauptprogramm und 3sat schwer einzuhalten sein werden. Die von diesen harten budgetären Restriktionen ausgehenden Belastungen für die Wettbewerbsfähigkeit des ZDF-Programms sind angesichts der herrschenden Diskrepanz zwischen verfügbaren Mitteln und tatsächlicher Kosten-

entwicklung auf Dauer nicht durchzuhalten. Anderenfalls drohten erhebliche und nachhaltige Beschädigungen des Programms, die in den nächsten Jahren kaum noch zu kompensieren wären. Schon heute bewegt sich das ZDF in einigen Programmbereichen auf einem Niveau, das deutlich unter der vom Wettbewerb vorgegebenen Messlatte liegt. Nicht immer gelingt es, diese finanzielle Lücke durch erhöhten persönlichen Einsatz der Mitarbeiter oder Schwerpunktsetzungen zu schließen.

6.2 Schlussfolgerungen und Ausblick

Angesichts der veränderten finanziellen Lage war es für das ZDF unumgänglich, die angestrebten finanzstrategischen Ziele im Lichte der veränderten Rahmendaten zu überprüfen und darauf aufbauende geschäftspolitische Optionen zu entwickeln, die sowohl kurzfristige – vor allem im Hinblick auf die anstehende Finanzbedarfsanmeldung zum gebührenrelevanten 14. Bericht – als auch mittel- bis langfristige Ansätze zur Verbesserung der Finanzlage berücksichtigen. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Ertragseinbrüche von netto 100 Mio. € gegenüber dem 13. Bericht auf keinen Fall kurzfristig erwirtschaftet werden können, da ansonsten die Wettbewerbsfähigkeit und Erfüllung des Funktionsauftrages des ZDF nicht mehr gewährleistet wäre. Für die mittelfristige Finanzplanung des ZDF bedeutet dies, dass die von der KEF im 13. Bericht unterstellten Ansätze für die Jahre 2003 und 2004 in den konkreten Haushaltsplänen dieser Jahre schon nicht mehr erreicht werden können.

Das ZDF wird jedoch auch weiterhin alles dafür tun, die Belastungen der Gebührenzahler so gering wie möglich zu halten. Schon die laufenden Beratungen des Haushaltsentwurfs 2003 spiegeln diese grundsätzliche Haltung des Hauses wider. So wurden die Ansätze für den Haushaltsplanentwurf 2003 soweit zurückgeführt, dass das ursprüngliche finanzpolitische Ziel ohne Berücksichtigung der Ertragseinbrüche erreichbar bleibt. Bereits hierzu bedurfte es einer erheblichen Kraftanstrengung, weil der Spielraum zur Erwirtschaftung von weiteren Einsparungen infolge der gegenüber der tatsächlichen Kostenentwicklung unzureichenden Fortschreibungsrate im Programm von 1,6 Prozent stark eingeschränkt war. Angesichts einer tatsächlichen Steigerungsrate von 5,54 Prozent bedeutet dies einen weiteren beträchtlichen Einschnitt in die Programmsubstanz, was auf Dauer nicht durchzuhalten ist und in 2004 eine Anpassung der Steigerungsrate an die Realitäten zwingend notwendig macht. Um die niedrige Rate im Jahre 2003 überhaupt darstellen zu können, wurden alle wesentlichen Sendetermine durchforstet und auf vielen zusätzlichen Sendeplätzen Erstsendungen durch Wiederholungen ersetzt. Dies gilt auch für Vorabend- und Prime-Time-Termine, auf denen bereits bisher eine hohe Wiederholungsquote lag. Ebenso wurden auf allen Spätterminen Erstsendungen durch Wiederholungen ersetzt und am Vormittag nur noch kostenfreie Wiederholungen eingeplant.

Gleichzeitig wurde eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel eingesetzt, mittelfristig zusätzlichen finanziellen Spielraum durch weitergehende Wirtschaftlichkeitsverbesserungen zu gewinnen, auch wenn allen Beteiligten klar ist, dass diese Aufgabe angesichts der Größenordnung der bereits umgesetzten Maßnahmen nicht leicht wird. Hierbei werden auch Fragen der Programmerstellung mit in die Betrachtung einzubeziehen sein. Allerdings kann dabei angesichts des in der Vergangenheit bereits weitgehend ausgeschöpften Potentials an einmaligen Maßnahmen der Schwerpunkt nur auf Eingriffen struktureller, dauerhafter Natur liegen, die erst im Verlauf der nächsten Gebührenperiode zu spürbaren Einsparungen führen. Um diese fortwirkende, strukturelle Entlastung mittelfristig zu erzielen, wird u. a. ein weiterer Abbau von Funktionen unumgänglich sein. Dabei hat das ZDF bereits zwischen 1993 und 1999 600 Planstellen abgebaut und darüber hinaus bis heute 401,5 Stellen erwirtschaftet, die es für zusätzlich hinzugekommene Aufgaben im Bereich der Partnerkanäle PHOENIX, Kinderkanal, Online-Dienste, ZDF.vision, Data-Broadcast-Center, Hauptstadtstudio, Theaterkanal, Controlling, Marketing etc. benötigt hat.

Insgesamt zeigt sich, dass unvorhersehbare und von den Rundfunkanstalten nicht beeinflussbare zusätzliche Belastungen, wie die erheblichen konjunkturbedingten Einnahmeverluste immer wieder dazu führen, dass Kompromisse zwischen finanziellen Zielen und der Sicherung der programminhaltlichen Wettbewerbsfähigkeit gemacht werden müssen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage und unter Berücksichtigung der Vorleistungen in Sachen Wirtschaftlichkeit wird es für das ZDF allerdings fortwährend schwieriger, aus eigener Kraft den Status quo der eigenen Leistungsfähigkeit auch nur zu erhalten. Dies wird auch in den anstehenden Finanzbedarfsanmeldungen zum 14. KEF-Bericht Niederschlag finden müssen.

**Bericht
des Deutschland Radios**

Schreiben des Intendanten des DeutschlandRadios vom 5. Dezember 2002 an den Präsidenten des Landtags:

Auf der Grundlage des in diesem Jahr in Kraft getretenen 6. Rundfunkänderungsstaatsvertrages erstattet DeutschlandRadio parallel zu ARD und ZDF gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages allen Landesparlamenten einen schriftlichen Bericht zur Information über seine wirtschaftliche und finanzielle Lage.

Eingeleitet wird der Bericht durch eine abgestimmte, gemeinsame Erklärung von ARD, ZDF und DeutschlandRadio mit Aussagen zur allgemeinen finanziellen bzw. medienpolitischen Lage.

DeutschlandRadio, das im Jahr 1994 neu gegründete fusionierte Rundfunkunternehmen mit dem speziellen Auftrag zur Veranstaltung von zwei nationalen Grundversorgungsprogrammen für Information und Kultur, hat eine erfolgreiche Aufbauphase hinter sich, die mit starken Einschnitten im Personal- und Programmbereich begleitet wurde. Die Vorgängeranstalten verfügten über mehr als die doppelte Anzahl von Planstellen und strahlten insgesamt vier Radioprogramme aus. Mit der Gründung des DeutschlandRadios fand eine Reduktion auf zwei klar profilierte Programme für Information und Kultur statt.

Auf diesen Auftrag gründet die Selbstverpflichtung des DeutschlandRadios mit zunehmender Akzeptanz bei den Hörern und seiner Verankerung in der deutschen Medienlandschaft.

Ernst Elitz

**Bericht
über die wirtschaftliche Lage der Rundfunkanstalten**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Gemeinsame Erklärung von ARD, ZDF und DeutschlandRadio	57
II. Bericht über die wirtschaftliche Lage des DeutschlandRadios	59
1. Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten	59
2. Finanzpolitik des DeutschlandRadios	61
a) Die wirtschaftliche Lage des DeutschlandRadios in den Jahren 2000 bis 2003	61
b) Finanzielle Situation und Ausblick	64
3. Stellungnahme des DeutschlandRadios zum 13. KEF-Bericht	68
4. Erfüllung des Programmauftrages	70
5. Perspektiven	71
 Anlagen:	
Gesamtplan 2000 bis 2003 (Ertrags- und Aufwandsplan, Finanzplan)	74

I. Gemeinsame Erklärung von ARD, DLR und ZDF

Das duale Rundfunksystem in Deutschland basiert auf der Leitvorstellung, dass Rundfunk nicht nur Wirtschaftsgut ist, sondern eine herausragende Bedeutung für das demokratische und pluralistische Gemeinwesen besitzt. Den öffentlich-rechtlichen Anstalten ist deshalb ein umfassender Programmauftrag übertragen worden. Sie sollen mit ihren Fernseh- und Hörfunkprogrammen zur Information und freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beitragen, der Bildung, Beratung und Unterhaltung dienen und dadurch dem kulturellen Auftrag des Rundfunks entsprechen.

Für den privaten Rundfunk wurden hingegen lediglich Rahmenbedingungen festgelegt, innerhalb derer er sich frei entfalten kann. Dabei ist er abhängig von einem leistungsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der durch seinen umfassenden Programmauftrag erst die Voraussetzungen für die Freiheiten des an ökonomischen Interessen orientierten privaten Rundfunks schafft.

Die beiden letzten Jahre mit der Krise des Neuen Marktes, den Einbrüchen im Werbemarkt, den wirtschaftlichen Problemen kommerzieller Rundfunkveranstalter und nicht zuletzt dem Zusammenbruch des Kirch-Konzerns haben gezeigt, wie wichtig eine kontinuierliche und stabile Wahrnehmung dieses Auftrages durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist. ARD und ZDF können ihren Programmauftrag aufgrund ihrer Finanzierungsbedingungen weitgehend unabhängig von der medienwirtschaftlichen Entwicklung umsetzen.

Unstreitig verfügen die öffentlich-rechtlichen Anstalten auch in schwierigen ökonomischen Zeiten durch die Rundfunkgebühr über eine finanzielle Grundausstattung, durch die ihre verfassungsmäßig garantierte Bestands- und Entwicklungsgarantie gewährleistet ist. Dennoch traf der im Jahr 2001 einsetzende konjunkturbedingte Rückgang der Werbeeinnahmen, der sich über alle Branchen der werbetreibenden Industrie erstreckte, die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit einer Einbuße von über 15 Prozent hart, weil es ihnen aufgrund der vorhandenen rechtlichen Beschränkungen auf diesem Markt sehr viel schwerer fällt, auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Die verringerten Werbeeinnahmen müssen durch zusätzliche Einsparungen ausgeglichen werden, die auch Programmleistungen nicht unberührt lassen können. Werbung und Sponsoring als zusätzliche Einnahmequellen für ARD und ZDF tragen zum einen zur Unabhängigkeit von etwaigen staatlichen Einflüssen bei, zum anderen bleiben sie nicht zuletzt deshalb unentbehrlich, weil sie die Rundfunkgebühr auf einem sozialverträglichen Niveau halten.

An der bestehenden Mischfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit dem Schwerpunkt Rundfunkgebühr ist daher auch zukünftig festzuhalten. Dabei muss einerseits eine bedarfsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet und andererseits das Verhältnis von Gebühren und anderen Ertragsquellen wie Werbung oder Sponsoring so austariert bleiben, dass finanzielle Flexibilität und Unabhängigkeit gleichermaßen gewährleistet sind. Die aktuelle konjunkturelle Lage mit den aufgezeigten negativen Impulsen für die Finanzlage der Anstalten hat dies unterstrichen.

Auf kurze Sicht wird jedoch zunächst einmal entscheidend sein, dass die auf Basis des Beschlusses der Konferenz der Ministerpräsidenten vom 24. bis 26. Oktober 2001 in Zusammenarbeit mit den Rundfunkanstalten weiterzuentwickelnde Rundfunkgebühr in diesem Sinne verabschiedet wird. Die private wie gewerbliche Bereiche einbeziehende so genannte „große Lösung“ muss den Anforderungen der weitergehenden Konvergenz der Informations- und Kommunikationstechnik genügen und die bestehenden Verfahren vereinfachen. Aus Sicht der Rundfunkanstalten ist sicherzustellen, dass die bedarfsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch künftig gewährleistet bleibt und unkalkulierbare Einnahmerisiken vermieden werden. Gerade in einer von den dramatischen Einbrüchen bei der Werbung geprägten Zeit brächten zusätzliche finanzielle Einbußen aufgrund einer diesem Tatbestand unzureichend Rechnung tragenden reformierten Rundfunkgebühr die Anstalten in eine Lage, die ihnen die Erfüllung ihres Auftrags unmöglich machen würde.

Das Geschehen am 11. September 2001 und dessen Nachwirkungen forderte den öffentlichen-rechtlichen Rundfunk im Kern dieses Auftrags. ARD und ZDF wurden dabei ihrer Rolle als Leitmedium gerecht, das den Zuschauer durch die Verbindung von Information und Kommentar, von Fakten und Hintergrund bei der eigenen Meinungsbildung begleitet. Auch unabhängig von Ausnahmesituationen wie dieser decken die Zuschauerinnen und Zuschauer ihren Informationsbedarf weiterhin in erster Linie über die öffentlich-rechtlichen Programme, weil diese unverändert als glaubwürdiger, anspruchsvoller und seriöser gelten. So liegen die Anteile der politisch Interessierten unter den Zuschauern hier deutlich höher als bei den privaten Anstalten. Nicht nur die beiden öffentlich-rechtlichen Hauptprogramme, sondern auch die Partnerkanäle von ARD und ZDF stellten gerade im Umfeld der Ereignisse des 11. Septembers und des nachfolgenden Krieges in Afghanistan ihre Leistungsfähigkeit und Bedeutung im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Auftrags eindrucksvoll unter Beweis. So informierten PHOENIX, ARTE und 3sat sowohl aktuell als auch und vor allem mit vertiefenden Sendungen und Hintergrundinformationen, etwa zum internationalen Terrorismus oder mit Blick auf die Lebensverhältnisse in Afghanistan. Dabei erstreckte sich die Berichterstattung nicht nur auf das unmittelbare zeitliche Umfeld, sondern über mehrere Wochen und Monate.

Unabhängig von aktuellen Ereignissen zeigt der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Leistungsfähigkeit insbesondere auch im Bereich des Hörfunks mit einer Tagesreichweite von bundesweit über 51 %. Die Hörfunkprogramme der Landesrundfunkanstalten bilden die föderale Struktur Deutschlands ab und stellen mit ihren vielfältigen auf die Regionen und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Hörerinnen und Hörer zugeschnittenen Angeboten gemeinsam mit dem DeutschlandRadio den Programmauftrag umfassend sicher. Dabei leisten gerade die Kultur- und Informationsprogramme der Landesrundfunkanstalten in ihren Sendegebietern sowie das DeutschlandRadio bundesweit einen erheblichen Beitrag zur Verankerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Die beiden Programme des bundesweit ausgestrahlten DeutschlandRadios erfüllen durch die Akzeptanz in den neuen wie in den alten Bundesländern einen besonderen publizistischen und gesellschaftspolitischen Integrationsauftrag. Dabei könnte die Akzeptanz und damit der Beitrag zur gebührenfinanzierten Grundversorgung noch erhöht werden, wenn eine flächendeckende Ausstrahlung der beiden Programme gesichert werden könnte.

Um diesem im Funktionsauftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten festgeschriebenen Anspruch an die eigene Leistungsfähigkeit unverändert genügen zu können, ist eine dynamische, den sich ändernden technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmendaten permanent anzupassende Interpretation dieses Auftrags unabdingbar. Die Entwicklungsgarantie der Anstalten bezieht demnach zu Recht auch die Nutzung neuer Programm- und Angebotsformen wie Online-Dienste oder die Nutzung digitaler Verbreitungswege mit ein. Letzteres gewährleistet etwa die von der Bundesregierung auf Empfehlung der Initiative Digitaler Rundfunk (IDR) beschlossene schrittweise Ablösung der herkömmlichen analogen terrestrischen Fernsehübertragung durch die digitale Technik bis zum Jahr 2010, die einen wichtigen Meilenstein zur künftigen Sicherung eines chancengerechten dualen Rundfunksystems innerhalb der geltenden Rechtsvorschriften bildet.

Ebenfalls in Vollzug des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 24. bis 26. Oktober 2001 wurden auf Ebene der Rundfunkreferenten der Bundesländer Überlegungen aufgenommen, den öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrag vor dem Hintergrund dessen besonderer Dynamik in Form von auf ARD, ZDF und DeutschlandRadio bezogener Selbstverpflichtungen zu konkretisieren. Diese – im Lichte der von der Europäischen Kommission beschlossenen Kriterien für eine zulässige Gebührenfinanzierung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunkangebots zu sehende – Initiative verstehen die Rundfunkanstalten wie auch den hier vorgelegten Bericht als einen weiteren Beitrag zur Erhöhung der Transparenz bei der Erfüllung ihres Auftrags. Dies gilt sowohl gegenüber den Parlamenten als auch gegenüber der Öffentlichkeit.

II. Bericht über die wirtschaftliche Lage des DeutschlandRadios

1. Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten

Gemäß § 5 des DeutschlandRadio-Staatsvertrags ist das DeutschlandRadio gehalten, mit den Trägern der Körperschaft so eng wie möglich zu kooperieren und dadurch Synergieeffekte zu erzielen, die allen Beteiligten zugute kommen. Derzeit bestehen Kooperationen auf den folgenden Gebieten:

a) Fachkommissionen

Ein wichtiges Teilgebiet der Kooperation ist die Zusammenarbeit in den verschiedensten Fachkreisen – von der Arbeitssitzung der Intendanten der ARD über die Hörfunkkommission, die AG Information, die Produktions- und Technikkommission, die Finanzkommission, die Juristische Kommission, die ARD-Medienkommission, die gemeinsame Medienkommission von ARD und ZDF, die Konferenz der Sendeleiter („AG Orgatec“) bis hin zu Fachgruppen wie z. B. die Arbeitsgruppe der ARD-Hörfunkforscher und deren Projektgruppen, die Arbeitsgruppe Koordinierte Beschaffung der Rundfunkanstalten (KoBRA) und die Arbeitsgruppe Rundfunkversorgung (ARV), in der DeutschlandRadio die Federführung hat – letztere eine Untergruppe der Produktions- und Technikkommission von ARD und ZDF (PTKO).

b) Aus- und Fortbildung

Die Aus- und Fortbildung profitiert Jahr für Jahr von den Gemeinschaftseinrichtungen „Zentrale Fortbildung der Programm-Mitarbeiter ARD/ZDF“ (ZFP) und „Schule für Rundfunktechnik“ (SRT), die von DeutschlandRadio mitfinanziert werden. Im vergangenen Jahr zum Beispiel haben fast 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Schulungen und Weiterbildungen der ZFP und der SRT teilgenommen.

c) Medienforschung

DeutschlandRadio kann durch die Kooperation mit den Landesrundfunkanstalten in der AG Hörfunkforscher (gemeinsame Forschungsprojekte und Austausch von Forschungsergebnissen) nach wie vor auf eine eigene Medienforschungsabteilung verzichten.

d) Technische Zusammenarbeit

DeutschlandRadio beteiligt sich intensiv an der ARD-weiten Zusammenarbeit zur Einführung des Audiofile-Transfers als neuem digitalem Übertragungsmedium zur rechnergestützten Übermittlung aktuellen Programm-Materials.

Im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages mit dem Informations-Verarbeitungs-Zentrum (IVZ) in Berlin, einer Gemeinschaftseinrichtung von MDR, NDR, ORB, SFB und SR bezieht DeutschlandRadio von dort Archiv- und Verwaltungsanwendungen.

Weiterhin gibt es die bewährte Zusammenarbeit im Sendebetrieb mit den ARD-Rundfunkanstalten. Die ARD-Rundfunkanstalten HR, BR, RB, WDR, SDR, NDR und SR betreiben UKW- und Mittelwellen-Sender für das DeutschlandRadio. Hierbei ergaben sich zum gegenseitigen Vorteil beispielsweise im vergangenen Jahr Kosteneinsparungen in Größenordnung von ca. 0,6 Mio. € im Vergleich zum Betrieb bei der Telekom. Für den SFB wird für das DAB-Ensemble Berlin die Senderstandortmitbenutzung auf dem Sendergelände des DeutschlandRadios in Berlin-Britz weitergeführt.

Ferner gibt es Kooperationen mit ARD- und ausländischen EBU-Anstalten im Bereich Produktionshilfen technischer wie auch personeller Art, welche Reduzierungen von Spitzenbelastungen, geringere Aufwendungen von technischem Gerät sowie Reduzierungen von Reisezeiten mit sich bringen.

Für die Zukunft setzt die Technische Direktion weiterhin Erwartungen in die Landesrundfunkanstalten bezüglich einer Intensivierung der Produktionshilfe bei Sendungen des DeutschlandRadios aus den einzelnen Bundesländern.

Dem SWR wurde eine Kooperation im Zusammenhang der Mittelwellen-Digitalisierung vorgeschlagen.

e) Dokumentation/Archive

Bewährt haben sich auch die Kooperationen mit ARD und ZDF bei der Anwendung verschiedener Informationssysteme. Bei der weiteren Digitalisierung der Archive wird die Zusammenarbeit mit den Archiven der Rundfunkanstalten intensiv gepflegt.

f) Rundfunk-Orchester und -Chöre GmbH

DeutschlandRadio beteiligt sich an der Rundfunk-Orchester und -Chöre GmbH – zusammen mit den Mitgesellchaftern SFB, dem Land Berlin und dem Bund. DeutschlandRadio bleibt mit einem Anteil von 40 Prozent größter Gesellchafter.

g) Gemeinschaftsaufgaben und Gemeinschaftseinrichtungen

Die Gesamtaufwendungen des DeutschlandRadios für die Gemeinschaftsaufgaben und -einrichtungen einschließlich der von allen öffentlich-rechtlichen Rundfunkunternehmen gemeinsam zu tragenden Kosten für den Gebühreneinzug durch die GEZ beliefen sich im vergangenen Jahr auf rund 8,1 Mio. €.

h) Korrespondenten

Die Länderkorrespondenten des DeutschlandRadios sind – wo immer möglich – räumlich bei den Landesrundfunkanstalten angesiedelt.

Im Hauptstadtstudio, das in Kooperation mit dem ZDF im Zollernhof Unter den Linden und in Kooperation mit der Deutschen Welle mit zwei Arbeitseinheiten im Haus der Bundespressekonferenz im Spreebogen etabliert wurde, läuft die Arbeit wie verabredet.

i) Programmkooperation mit dem ZDF und PHOENIX

DeutschlandRadio Berlin übernimmt vom ZDF seit dem Jahr 2000 auf Mittelwelle die Sendung „nachtstudio“ und seit 2001 „Berlin Mitte“. DeutschlandRadio Berlin kooperiert mit dem ZDF auch bei der „LyrikNacht“.

Ferner gibt es eine regelmäßige Zusammenarbeit mit PHOENIX in den Sendungen der Diskussionsreihe „Pariser Platz“ und bei der jährlichen Veranstaltung „FAZit“. 2001 ist die Veranstaltungsreihe „LänderForum“ hinzugekommen. Übernahmen von großen Interviews aus dem PHOENIX-Programm werden zum Teil zeitversetzt auf Mittelwelle und Langwelle gesendet. Die Reihe „Im Dialog“ wird ebenfalls regelmäßig übernommen.

j) Programmkooperation mit der ARD

DeutschlandRadio nutzt das Auslandskorrespondentennetz des ARD-Hörfunks und leistet dafür einen jährlichen Beitrag von rund 0,7 Mio. €. Im Rahmen des Programmaustauschs finanziert DeutschlandRadio darüber hinaus Korrespondentenplätze zur gemeinsamen Nutzung von ARD und DeutschlandRadio in Höhe von ca. 2,1 Mio. € in Rom und Tel Aviv und hat – ebenfalls im Rahmen des Programmaustauschs – ein Korrespondentenbüro in Los Angeles eingerichtet. Außerdem beteiligt sich DeutschlandRadio an den Kosten für die Übertragung von Sport-Großereignissen sowie an der ARD-Börsenberichterstattung.

Im Rahmen des Programmaustauschs stellt DeutschlandRadio ferner der ARD ca. 0,5 Mio. € für innovative Hörspielproduktionen zur Verfügung.

Darüber hinaus pflegt DeutschlandRadio die Kooperation mit dem MDR bei diversen Musikveranstaltungen, z. B. den Serien „Wartburgkonzerte“ und „Galeriekonzerte“ sowie den „Händel-Festspielen“ Halle und den „Dresdner Musiktagen“.

Auch ORB und SFB sind Kooperationspartner im Bereich von Musik und Kultur. Gemeinsam mit dem SFB veranstaltet DeutschlandRadio das vielbeachtete jährliche Festival für zeitgenössische Musik „UltraSchall“. Mit der Konzertsaison 2001/2002 begann in Kooperation mit dem ORB die Reihe „NachKlang“ – Konzerte mit alter Musik an verschiedenen attraktiven Spielorten in Brandenburg. Tradition haben die Freitagskonzerte mit dem HR, dem MDR und dem SR sowie Radio France.

Eine sehr erfolgreiche Veranstaltungsreihe ist das „Hörspiel unter'm Sternenhimmel“ im Carl-Zeiss-Planetarium Berlin. Hier kooperiert DeutschlandRadio mit ORB und SFB.

Der NDR ist Kooperationspartner bei den Koproduktionen anlässlich des „Schleswig-Holstein Musik Festivals“ und des jährlichen „Festivals Mecklenburg-Vorpommern“. Bei den „Ludwigsburger Schlossfestspielen“ kooperiert DeutschlandRadio mit dem SWR, ebenso bei „Rossini in Wildbad“. Beim „Kissinger Sommer“ kooperiert DeutschlandRadio Berlin mit dem BR, mit dem HR beim „Rheingau Musikfestival“, mit Radio Bremen beim „Bremer Musikfest“ und beim „Traunsteiner Musiksommer“ mit dem BR. DeutschlandRadio Berlin beteiligt sich jährlich an der Hörspielwoche (Akademie der Künste Berlin, ARD) und am Jazzfest Berlin.

Zahlreiche Kooperationen mit ARD-Anstalten gibt es auch bei Hörspiel- und Feature-Produktionen sowie anlässlich von Parteitagen, Wahlen, Kirchentagen usw.

Auf Mittelwelle und Langwelle wird am Sonntagabend regelmäßig die Fernseh-Talkshow „Sabine Christiansen“ ausgestrahlt.

DeutschlandRadio ist in Kooperation mit ZDF-Text und ARD-Text auf den ARD-, ZDF- und PHOENIX-Videotextseiten 480 bis 489 mit Angaben zum Hörservice, mit Frequenzhinweisen und dem täglichen Programmangebot präsent. Die technische Abwicklung erfolgt über die ARD-Textzentrale beim SFB und das Informations-Verarbeitungs-Zentrum (IVZ).

Ferner ist von Programmübernahmen zu berichten:

- „SR 2 KulturRadio“ vom Saarländischen Rundfunk übernimmt sonntags bis donnerstags von 22.30 Uhr bis 24.00 Uhr die Sendungen OrtsZeit und Fazit und am Freitag 22.30 bis 23.00 Uhr OrtsZeit von DeutschlandRadio Berlin.
- Das „NordWestRadio“ von Radio Bremen übernimmt das Deutschlandfunk-Programm von 00.05 Uhr bis 02.00 Uhr mit den Sendungen Fazit und Deutschlandfunk-Nacht-Radio.
- Dem SWR ist vom DeutschlandRadio offeriert worden, für sein über MW und DAB verbreitetes zusätzliches Wortangebot Sendungen von Deutschlandfunk oder/und DeutschlandRadio Berlin zu übernehmen.

k) Kooperation mit der Deutschen Welle (DW)

Im Juni 2001 unterzeichneten der Intendant von DeutschlandRadio und der amtierende Intendant der Deutschen Welle eine Vereinbarung über verstärkte programmliche Zusammenarbeit, die eine verstärkte Kooperation des deutschsprachigen Hörfunkprogramms der Deutschen Welle mit DeutschlandRadio anstrebt. Die Gespräche über die Realisierung dieser Kooperationsvereinbarung werden zurzeit geführt.

Daneben besteht eine Kooperation über die technischen Zusammenarbeit beim Betrieb der Funkhäuser von DeutschlandRadio und Deutscher Welle in Köln, die sich aus der unmittelbaren Nachbarschaft beider Gebäude und deren enger haustechnischer Verzahnung ergibt. Die Zusammenarbeit auf diesem Feld wird zwangsläufig mit dem Umzug der Deutschen Welle nach Bonn enden.

l) Kooperation mit dem ZDF im Verwaltungsbereich

Bereits kurz nach der Gründung des DeutschlandRadios wurde eine umfangreiche Verwaltungskooperation mit dem ZDF vereinbart. Sie erstreckt sich auf die Bereiche Personalabrechnung, Honorarabrechnung, Reisewesen, Materialwirtschaft und Beschaffung sowie auf Systemunterstützung im Rechnungswesen.

Auf der Grundlage der seit 1996 gewonnenen Erfahrungswerte wurde die Verwaltungskooperation mit dem ZDF im Herbst 2001 neu verhandelt und bis Ende 2006 verlängert. Über die alltägliche Zusammenarbeit hinaus erhält DeutschlandRadio im Zusammenhang mit den umfangreichen Sanierungsmaßnahmen, die insbesondere im Funkhaus Köln erforderlich sind, vom ZDF vor allem im einkäuferischen Bereich wichtige Unterstützung.

m) Werbung und Programminformation – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bei seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist das DeutschlandRadio mit einem besonderen Nachteil konfrontiert. Während die Hörfunkprogramme der Landesrundfunkanstalten zunehmend werbliche Unterstützung durch die Fernsehprogramme der öffentlich-rechtlichen Anbieter erhalten (cross-promotion), kann das DeutschlandRadio als alleiniger Hörfunkveranstalter auf solche Unterstützung nicht setzen und muss sich ohne Hilfestellung durch das massenattraktive Fernsehen oder andere Hörfunkprogramme am Markt behaupten. Die Zusammenarbeit mit PHOENIX ist bei weitgehender Zielgruppenidentität strategisch sinnvoll, kann den Programmen des DeutschlandRadios aber keine zusätzlichen Hörer zuführen, weil der Marktanteil von PHOENIX unter dem der DeutschlandRadio-Programme liegt. DeutschlandRadio setzt deshalb weiter darauf, dass die Träger des nationalen Hörfunks, ARD und ZDF, für werbende Informationen über das DeutschlandRadio in ihren Programmen Aufgeschlossenheit zeigen, auch wenn verschiedentliche Versuche, die Träger zu einer Unterstützung zu bewegen, bislang stets abschlägig beschieden worden sind.

2. Finanzpolitik des DeutschlandRadios

a) Die wirtschaftliche Lage des DeutschlandRadios in den Jahren 2000 bis 2003

Berichtet wird über die zuletzt geprüften Haushalte (2000 und 2001) und die Plandaten des laufenden sowie des folgenden Jahres (2002 und 2003).

Basis für die in diesem Bericht enthaltenen Zahlen über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung des DeutschlandRadios ist für das Jahr 2000 der von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft testierte und von den Gremien (Hörfunkrat und Verwaltungsrat) genehmigte Jahresabschluss. Für 2001 liegt ebenfalls der von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft testierte und vom Verwaltungsrat der Körperschaft am 26. September 2002 beschlossene Jahresabschluss vor. Die Angaben für das Jahr 2002 entsprechen dem aktuellen Wirtschaftsplan, der ebenfalls von den Gremien des DeutschlandRadios beschlossen und genehmigt wurde. Das Datenmaterial für das Jahr 2003 wurde der modifizierten Mittelfristigen Finanzplanung entnommen, auf deren Grundlage DeutschlandRadio seinen künftigen Gebührenbedarf bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) geltend gemacht hat.

Die Tabellen zur Darstellung von Ertrags- und Aufwandsplänen sowie Finanzplänen finden sich als Anhang zu dieser Stellungnahme. Sie beschränken sich auf die Darstellung von Kontengruppen.

Die Ertragslage der öffentlich-rechtlichen Körperschaft DeutschlandRadio wird im Wesentlichen von drei Faktoren bestimmt: den Hörfunkgebühren, den Mittelzuweisungen des Bundes und den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Der Anteil von DeutschlandRadio an den Grundgebühren beläuft sich für die Jahre 2001 bis 2003 infolge der zum 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Gebührenerhöhung auf 40,3 Cent (78,8 Pfennig – jeweils unter Berücksichtigung eines Abzuges von zwei Prozent für die Landesmedienanstalten).

Die Mittelzuweisungen des Bundes an die Körperschaft beruhen im Wesentlichen auf Erstattungen, die der Bund gemäß Artikel 4 des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern über die Überleitung von Rechten und Pflichten des Deutschlandfunks und des RIAS Berlin auf die Körperschaft des öffentlichen Rechts „DeutschlandRadio“ zu leisten hat. Diese Beträge betreffen Ansprüche aus Altersversorgung, Beihilfeleistungen und Verwaltungskosten.

Die „sonstigen betrieblichen Erträge“ resultieren mehrheitlich aus Kostenerstattungen für öffentliche Veranstaltungen, Kooperationen, Mieten und Pachten, Zinsen und Erträgen aus der Altersversorgung und Gewinnen der Tochterfirmen.

Die intensiven Bemühungen der GEZ, die Quote der Gebührenzahler zu erhöhen, und Dividendennachzahlungen einer Rückdeckungsversicherung führten im ersten Jahr des Berichtszeitraumes zu insgesamt erhöhten Erträgen im Vergleich zum Vorjahr 1999. Die auffällige Steigerung der Erträge in den Jahren 2001 und 2002 ist ursächlich auf die bereits erwähnte Erhöhung der Rundfunkgebühren zurückzuführen. Ab dem 1. Januar 2001 wurde die Rundfunkgebühr um 1,70 € auf 16,15 € je Monat erhöht. Der leichte Rückgang der Erträge in 2003 steht in Zusammenhang mit rückläufigen Zinserträgen.

Tabelle 1: **Gesamterträge 2000 bis 2003 in T€**

Jahr		Betrag	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
2000	Ist	183 924	+ 2,89 %
2001	Ist	204 161	+ 11,00 %
2002	Plan	204 624	0,23 %
2003	MiFriFi	201 907	- 1,33 %

Die Entwicklung der Gesamtaufwendungen erhöht sich im Berichtszeitraum von 178,7 Mio. € in 2000 auf voraussichtlich 203,4 Mio. € in 2003.

Tabelle 2: **Gesamtaufwendungen 2000 bis 2003 in T€**

Jahr		Betrag	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
2000	Ist	178 667	+ 4,45 %
2001	Ist	186 079	+ 4,15 %
2002	Plan	194 397	+ 4,47 %
2003	MiFriFi	203 414	+ 4,64 %

Die Entwicklung der Aufwendungen folgt den von der KEF vorgegebenen Steigerungsraten. Sie spiegelt auch die geplante Umsetzung der von der KEF bewilligten Mittel für die Projekte DAB, Digitalisierung der Archive und „DeutschlandRadio Online“ wider.

Die Salden von Gesamterträgen und Gesamtaufwendungen ergeben den Jahresüberschuss oder Jahresfehlbetrag.

Tabelle 3: **Jahresüberschuss/-fehlbetrag 2000 bis 2003 in T€**

Jahr		Betrag	
2000	Ist	Jahresüberschuss	5,257
2001	Ist	Jahresüberschuss	18 082
2002	Plan	Jahresüberschuss	10 227
2003	MiFriFi	Jahresfehlbetrag	1 507

Die Körperschaft hatte in ihrer Gründungsphase erhebliche finanzielle Belastungen durch den Vorruhestand zum Personalabbau, den Erwerb des Funkhauses Köln, umfassende Sanierungsnotwendigkeiten in beiden Funkhäusern und die Umstellung der Hörfunktechnik von analogem auf digitalen Betrieb zu gewärtigen. Diese Belastungen konnten durch sparsames Wirtschaften in anderen Bereichen erfolgreich reduziert werden.

Der unerwartete Jahresüberschuss für 2001 beruht im Wesentlichen auf den schon bei den Erträgen angesprochenen Mehrerlösen aus Gebühreneinnahmen sowie Zinserträgen. Auch bei den Sachkosten waren Einsparungen zu verzeichnen. Auch für das Jahr 2002 ist ein Überschuss zu erwarten, der durch Gebührenmehrerträge entsteht.

Die wesentlichen Haushaltspositionen sind wie folgt zu erläutern:

Personalaufwand

Der Gründungsstaatsvertrag des DeutschlandRadios sieht eine Planstellenzahl von maximal 710 vor. An der Absicht der Körperschaft, diese Stellen auch in den nächsten Jahren unverändert im Stellenplan auszuweisen, hat sich nichts geändert. Wir verweisen zur Begründung noch einmal auf die Tatsache, dass DeutschlandRadio seinen Planstellenbestand entsprechend dem Staatsvertrag bis zum 1. Januar 1997 innerhalb von drei Jahren um mehr als ein Viertel reduzieren und damit einen Personalabbau vornehmen musste, dessen Umfang in der Geschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland ohne Beispiel ist. Vor der Gründung der Körperschaft waren bei den drei Vorgängeranstalten Deutschlandfunk, RIAS und DS-Kultur insgesamt fast 1 800 Mitarbeiter auf Planstellen beschäftigt. Nach einem entsprechenden Personalabbau waren es zur Gründung der Körperschaft 1994 noch 960 Planstellen, die danach um 26 % auf 710 zurückgeführt werden mussten. Forderungen nach einer weiteren Reduzierung des Stellenplans würden dieser besonderen Vorleistung aus der Gründungsphase nicht gerecht und stellten zudem die Zukunftsfähigkeit der Körperschaft in Frage.

Bei der Festlegung der unter den öffentlich-rechtlichen Rundfunkunternehmen einzigartigen Planstellenobergrenze im Staatsvertrag des DeutschlandRadios wurden lediglich die Kapazitäten berücksichtigt, die nach damaliger Auffassung zur Herstellung und Ausstrahlung zweier Hörfunkprogramme erforderlich sein würden. Zusätzlich wurden Einspar- und Synergieeffekte durch die Digitalisierung der Audiotechnik antizipiert, die in dieser Form allerdings weder bei DeutschlandRadio noch beim Hörfunk der ARD eingetreten sind.

Vor diesem Hintergrund kann die Körperschaft selbst nur sehr eingeschränkt, in vielen Fälle auch gar nicht auf Veränderungen der Rundfunklandschaft reagieren. Wichtige und von der KEF auch anerkannte Entwicklungsprojekte können nicht mit eigenem Personal umgesetzt werden, beispielsweise der Aufbau einer als programmergänzendes und -begleitendes Medium unverzichtbaren Internetpräsenz. Vielmehr müssen solche neu entstehenden Aufgaben, die bei Gründung des DeutschlandRadio in dieser Form nicht vorhersehbar waren, ausgelagert und von Fremdfirmen wahrgenommen werden, da die personellen Kapazitäten der Körperschaft nahezu restlos gebunden sind.

Dessen ungeachtet bemüht sich DeutschlandRadio, die Anzahl der besetzten Planstellen – und nur diese sind kostenrelevant – möglichst niedrig zu halten. Nach wie vor werden beispielsweise vakant gewordene Stellen nur noch nach einer eingehenden Einzelprüfung und -begründung zur Nachbesetzung freigegeben.

Als Folge dieser Maßnahmen sind im Jahr 2001 durch Nichtbesetzung von Planstellen oder verzögerte Wiederbesetzung insgesamt 279 Monate auf Planstellen eingespart worden. Für das Jahr 2002 stehen ähnlich positive Effekte wie in den Vorjahren zu erwarten.

Nach der Auslagerung von bestimmten Aufgaben der Haus- und Betriebsverwaltung in eine Tochtergesellschaft sind seit 1999 fünf Planstellen in der Verwaltungsdirektion gesperrt, weitere zehn Planstellen werden seit dem Jahr 2000 zur Absicherung von arbeitsrechtlichen Risiken im Programmbereich unbesetzt vorgehalten. Im Zusammenhang mit einer Modifikation der seit 1996 bestehenden erfolgreichen Verwaltungskooperation mit dem ZDF sind 2002 zwei Mitarbeiter, die bislang auf Planstellen des DeutschlandRadios in Mainz beschäftigt waren, auf Stellen des ZDF überführt worden. Die so bei der Körperschaft frei gewordenen Planstellen werden ebenfalls eingespart.

Tabelle: **Stellensperren im DeutschlandRadio**

Stellensperren	2000	2001	2002
zur Absicherung von Arbeitsrechtsrisiken	10	10	10
Sperren durch Outsourcing	5	5	7
Summe:	15	15	17

Daneben werden zeitweilige Vakanzen, beispielsweise durch Mutterschutz und Schwangerschaftsurlaub oder durch Teilzeitarbeit und so genannte „Sabbaticals“, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DeutschlandRadios im Rahmen des Personalentwicklungskonzepts gewährt werden, in der Regel mit einer geringeren Vergütung als der der Planstelleninhaber aufgefüllt.

Die Summe aller Maßnahmen hat im Jahr 2001 zu einer deutlichen Einsparung in Höhe von 1 197 T€ bei den Personalaufwendungen geführt. Für das Jahr 2002 werden die zuvor beschriebenen Einsparungsmaßnahmen fortgesetzt und auch wieder zu Einsparungen bei den Personalaufwendungen führen.

Unter Berücksichtigung des Vorstehenden bildet sich für den Berichtszeitraum folgende Entwicklung der Personalaufwendungen ab:

Tabelle: **Personalaufwand**

	2000 Ist	2001 Ist	2002 *) Soll	2003 **) Soll
Personalvergütungen	37,4	38,1	40,2	41,3
Sonstige Arbeitsentgelte	1,6	4,3	1,5	2,4
Gesetzliche Sozialabgaben	6,1	6,1	6,8	6,9
Summe	45,1	48,5	48,5	50,6

*) Wirtschaftsplan 2002

**) Mittelfristige Finanzplanung KEF (Angaben in Mio. €)

Die Berechnung der zur Absicherung der betrieblichen Altersversorgung erforderlichen Aufwendungen gestaltet sich derzeit schwierig, da durch die Steuer- und Rentenreformgesetze neue Kalkulationen für die auf den größeren Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzuwendenden, bis 1993 bzw. 1994 gültigen Versorgungsregelungen erstellt werden müssen.

Das Rentenreformgesetz zielt auf sinkende Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, das Steuerreformgesetz führt mittel- und langfristig zu steuerlichen Entlastungen, also zu steigenden Nettoeinkommen. Dadurch vergrößert sich aber auch die Differenz zwischen der gesetzlichen Altersrente und den mit dem Nettovergleichseinkommen verbundenen Leistungsverpflichtungen aus den Altregelungen für die betriebliche Altersversorgung.

Das DeutschlandRadio ist daher – ebenso wie ARD und ZDF – bemüht, in Gesprächen mit den Gewerkschaften über eine Anpassung der entsprechenden Altregelungen die erkennbar großen finanziellen Belastungen zu reduzieren. Der im November 2002 zwischen den Anstalten der ARD, dem ZDF und DeutschlandRadio einerseits und den Gewerkschaften andererseits abgeschlossene Grundsatztarifvertrag über die Altersversorgung ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Programmaufwand

Das DeutschlandRadio nimmt für die Jahre von 2000 bis 2003 folgende Programmkostenentwicklung an:

Tabelle: **Programmkostenentwicklung**

	2000	2001	2002	2003 *)
Programmaufwendungen	34,6	35,0	36,5	36,8
Technische Leistungen	27,9	28,1	32,0	34,8
Summe	62,5	63,1	68,5	71,6

*) Mittelfristige Finanzplanung KEF (Angaben in Mio. €)

Die Technischen Leistungen wie Senderbetrieb bzw. Sendermieten und die Zuführung des Programmsignals zu Satelliten sind in der Tabelle berücksichtigt, da sie nach der KEF-Systematik Bestandteil der Programmkosten sind. Der deutliche Anstieg in den späteren Jahren bildet die Erwartung ab, dass die beiden Programme des DeutschlandRadios dann auch im DAB-Regelbetrieb verbreitet werden, an dessen Aufbau die Körperschaft durch gesellschaftsrechtliche Beteiligung an mehreren regionalen Betreiber-gesellschaften mitarbeitet.

b) Finanzielle Situation und Ausblick

Zum Ende der am 31. Dezember 2000 abgelaufenen Gebührenperiode hat das DeutschlandRadio seine Rücklagen nicht im erwarteten Umfang reduzieren müssen. Durch sparsames Wirtschaften in allen Bereichen und durch die zeitliche Streckung größerer Investitionsvorhaben konnten negative Ergebnisse in den vergangenen Jahren vermieden werden.

Die zum 1. Januar 2001 wirksam gewordene Anpassung der Rundfunkgebühren ermöglicht es dem DeutschlandRadio, seine beiden Programme inhaltlich zu sichern und auch zukünftig als bundesweite, werbefreie Informations- und Kulturangebote, die Qualitätsmaßstäbe setzen, in der Öffentlichkeit zu positionieren.

Unverändert stehen der Körperschaft erhebliche Belastungen durch unabwendbare Sanierungs- und Investitionserfordernisse in den Funkhäusern bevor. Zur Jahreswende 2001/2002 wurde mit der Ausführung der Sanierung des Funkhauses Köln begonnen, das infolge eines mangelhaften baulichen Brandschutzes erhebliche Sicherheitsrisiken birgt. Die erforderlichen Arbeiten werden voraussichtlich bis 2008 dauern und finanzielle Mittel im Umfang von rund 20 Mio. € aufzehren. Etwa dieselbe Summe muss für den Austausch veralteter haustechnischer Anlagen und die Entsorgung von Schadstoffen im Funkhaus Köln aufgewandt werden.

Noch nicht abzusehen ist, welche weiteren Investitionen in die Haustechnik des Funkhauses Köln erforderlich sind, um das Gebäude nach dem Umzug der Deutschen Welle nach Bonn autark zu betreiben. Derzeit versorgen wesentliche Komponenten der Haustechnik (Strom, Klimaanlage, Heizung, Leitwarte) sowohl das unmittelbar benachbarte Funkhaus der Deutschen Welle als auch das der Körperschaft in einem Verbundsystem. Die Grundlagen für eine Planung und Kostenermittlung zu einer Trennung der beiden Gebäude sind erst vorhanden, wenn der Bund als Eigentümer der Liegenschaft der Deutschen Welle sich konkret zu seinen weiteren Plänen für das benachbarte Gebäude geäußert hat. Dies ist zu unserem Bedauern bis heute nicht geschehen, obwohl eine entsprechende Stellungnahme des Bundes mehrfach nachdrücklich angemahnt wurde. Es ist aber davon auszugehen, dass auch hier Investitionsbedarf in Millionenhöhe für die Erneuerung von Anlagen und den Aufbau einer neuen Gebäudeleittechnik besteht.

Daneben hat die Geschäftsleitung des DeutschlandRadios eine grundlegende Sanierung des Hörspielstudiokomplexes im Funkhaus Berlin beschlossen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Körperschaft einer der produktivsten und größten Hörspielproduzenten in Deutschland ist und dies auch bleiben wird, da die aufwendigen und zum großen Teil künstlerischen Wortproduktionen das Profil der Programme des DeutschlandRadios, insbesondere das von DeutschlandRadio Berlin, prägen und unverwechselbar machen. Diese für die Qualität beider Programme unverzichtbaren Großproduktionen werden im Funkhaus Berlin derzeit in einem Studio hergestellt, das Ende der 50er Jahre in einem ursprünglich als Versammlungsraum geplanten Anbau des Funkhauses eingerichtet wurde. Sowohl die bauliche Substanz des Studios als auch die dort noch vorhandene analoge Hörfunktechnik bedürfen seit Jahren einer grundlegenden Erneuerung, die jedoch bislang hinter anderen Projekten zurückstehen musste. Die Zustimmung der Gremien des DeutschlandRadios vorausgesetzt, soll das Funkhaus Berlin bis Ende 2004 durch Abriss und Neubau einen neuen Hörspielkomplex erhalten, für dessen Errichtung Investitionen im Umfang von rund 2,5 Mio. € vorgesehen sind.

§ 40 der Finanzordnung des DeutschlandRadios sieht vor, dass im Rahmen der Wirtschaftsplanung eine Mittelfristige Finanzplanung erstellt wird. Diese Finanzplanung umfasst derzeit gemäß Finanzordnung den Berichtszeitraum 2002 bis 2006.

Sie dient als Basis der Anmeldung des Finanzbedarfs der Körperschaft zum 14. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Die endgültige Finanzbedarfsanmeldung, wie sie der KEF spätestens zum 30. April 2003 eingereicht werden muss, wird dem Verwaltungsrat im Entwurf zu seiner ersten Sitzung im Frühjahr 2003 vorgelegt werden; zu diesem Zeitpunkt wird der Berichtszeitraum auf die für den 14. KEF-Bericht relevante Gebührenperiode einschließlich der Jahre 2007 und 2008 ausgedehnt werden.

Die Mittelfristige Finanzplanung weist für den Planungszeitraum:

	2001 bis 2004 (laufende Gebührenperiode)	2002 bis 2006
einen Überschuss/Fehlbetrag im Ertrags- und Aufwandsplan von aus.	+ 44,9 Mio. €	+ 28,9 Mio. €

Das Ergebnis des Finanzplanes stellt sich wie folgt dar:

	2001 bis 2004	2002 bis 2006
Mittelaufbringung		
Abschreibungserlöse	41,6 Mio. €	52,8 Mio. €
Auflösung von Rücklagen	13,5 Mio. €	13,5 Mio. €
Sonstige	3,3 Mio. €	2,7 Mio. €
	58,4 Mio. €	69,0 Mio. €
Mittelverwendung		
Investitionen in das Anlagevermögen	89,6 Mio. €	118,1 Mio. €
Sonstige	13,2 Mio. €	13,8 Mio. €
	102,8 Mio. €	131,9 Mio. €
Haushaltsüberschuss/-fehlbetrag	+ 0,5 Mio. €	- 34,0 Mio. €
Unter Berücksichtigung vorhandener Rücklagen ergibt sich	zum 31. Dez. 2004	zum 31. Dez. 2006
eine Über-/Unterdeckung von	+ 50,8 Mio. €	+ 29,3 Mio. €

Die Erträge und Aufwendungen, Einnahmen und Ausgaben der Mittelfristigen Finanzplanung werden im Einzelnen wie folgt erläutert:

Erträge

Hörfunkgebühren

Basis der Planansätze zu den Hörfunkgebühren ist der Bericht der Arbeitsgruppe „Gemeinsame Planung der Gebührenerträge ARD, ZDF und DLR“ vom 10. April 2002, erhöht um die aktuelle Ertragsprognose der GEZ zum 31. Juli 2002. Die Berechnungen der GEZ zu den Auswirkungen des neuen Gebührenmodells sind in Abstimmung mit ARD und ZDF aufgrund der zurzeit noch bestehenden erheblichen Unwägbarkeiten nicht in die Planung eingeflossen.

Mittelzuweisungen des Bundes

Die Planansätze entsprechen den Verpflichtungen des Bundes aus dem Überleitungsstaatsvertrag für die von der Körperschaft verauslagten Kosten der Altersversorgung. Die Zuweisungen orientieren sich im Wesentlichen an der Entwicklung der für den entsprechenden Kreis der Renteneempfänger zu erwartenden Versorgungsaufwendungen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen Erträge wurden zum überwiegenden Teil auf der Grundlage der zur Wirtschaftsplanung 2003 vorliegenden Erkenntnisse fortgeschrieben. Während sich die KEF bei ihrer Ertragerwartung üblicherweise an den höchsten realisierten Ist-Werten orientiert, sind die Ansätze in der vorliegenden Planung nach den zurzeit als realistisch einzuschätzenden Annahmen gebildet worden. Für die endgültige Finanzbedarfsanmeldung sind daher bei Beachtung der Vorgaben der KEF für die Ertragsplanung Anpassungen zu erwarten.

Aufwendungen

Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen wurden mit einer jährlichen Steigerungsrate von 2,3 % auf der Basis der Ansätze im Wirtschaftsplan 2003 fortgeschrieben. Die geplante Kostensteigerung wurde im Einvernehmen mit ARD und ZDF festgelegt und ist mit der KEF abgestimmt.

Zur Planung der Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und für die Altersteilzeit wurden gutachterliche Prognosen herangezogen. Demnach sind für die Altersteilzeit Zuführungen für die Jahre 2005 und 2006 nicht zu erwarten; die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen werden ab dem Jahr 2005 deutlich zurückgehen, ab 2006 ist mit Auflösungen der Rückstellungen zu rechnen.

Programmaufwendungen

Wie zur Planung von Personal- und Sachkosten legt die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten in Abstimmung mit den Anstalten auch für die Programmkosten jährliche Kostensteigerungsraten fest. Bei der Planung der Programmkosten findet die so genannte programmspezifische Teuerungsrate Anwendung, die von den Anstalten auf der Basis unterschiedlicher Preisindizes von Programmaufwandsarten ermittelt wird. Als Basisjahr der Fortschreibung wird das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr herangezogen; für die Anmeldung zum 14. KEF-Bericht gilt das Jahr 2001 als Basisjahr.

Die von ARD und ZDF gemeinsam ermittelte programmspezifische Teuerungsrate wird für das DeutschlandRadio nicht anerkannt, da sie im Wesentlichen von Faktoren wie Sport- und Filmrechten beeinflusst ist, die für DeutschlandRadio nicht relevant sind. Daher hat die KEF die Körperschaft aufgefordert, bis zum Ende des Jahres 2002 eine eigene programmspezifische Teuerungsrate zu ermitteln. Mit den entsprechenden Berechnungen ist zurzeit im Auftrag der Körperschaft das Institut für Rundfunkökonomie an der Universität Köln befasst. Die Rate wird zur Finanzbedarfsanmeldung zum 14. KEF-Bericht vorliegen und Anwendung finden.

Die Planungen für die Mittelfristige Finanzplanung 2002 bis 2006 wurden vorläufig mit einer Steigerungsrate für die Programmkosten von 2 % p. a. berechnet, allerdings auf Basis der Ansätze des Wirtschaftsplanes 2003. Die Planansätze aufgrund der vorgegebenen prozentualen Erhöhung wurden von den Programmbereichen im Betrachtungszeitraum durch erhöhte Anmeldungen von insgesamt 1,4 Mio. € ergänzt. Zusätzlich zur Fortschreibung waren im Programm Köln ab 2004 Aufwendungen für eine neue Konzertreihe zu planen, im Programm Berlin wurden für das Jubiläumsjahr 2004 zusätzliche Aufwendungen eingestellt sowie ab 2005 neue Programmprojekte in den Bereichen Musik und Kultur berücksichtigt. Weitere 1,4 Mio. € entfallen auf Rechtenkosten im Rahmen des KEF-Projektes DeutschlandRadio Online (siehe „Projekte“).

Technische Leistungen

Die Kosten für Technische Leistungen, die Programmkosten der Kontengruppen 42 und 43 sowie programmbezogene Materialaufwendungen, Reisen und Mieten werden nach der KEF-Systematik unter dem Oberbegriff Programmaufwendungen zusammengefasst. Damit sind gemäß KEF-Vorgabe auch die Technischen Leistungen mit der programmspezifischen Teuerungsrate fortzuschreiben. Bis zum Vorliegen der DeutschlandRadio-spezifischen Rate wurde ebenfalls eine vorläufige jährliche Steigerung von 2 % angenommen. Abweichend davon werden die Aufwendungen für Leitungskosten ab 2004 aufgrund der durch das Hybnet realisierten Einsparungen zurückgehen.

Innerhalb der Senderkosten sind die KEF-Projekte DAB und UKW-Ausstrahlungskosten (siehe „Projekte“) im Planungszeitraum mit insgesamt 40,9 Mio. € abgebildet.

Materialaufwendungen

Bei der Planung der Materialaufwendungen wurde zum überwiegenden Teil die Steigerungsrate der Sachaufwendungen von 1,5 % p. a. zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden 0,5 Mio. € zusätzlich für Werbemittel sowie Verbrauchsmaterial eingestellt.

Übrige betriebliche Aufwendungen

Bei der Planung der Sachaufwendungen wurde eine Kostensteigerung von 1,5 % p. a. ausgehend von den Ist-Werten des Jahres 2001 zugrunde gelegt. In vielen Bereichen waren die pauschal fortgeschriebenen Planansätze allerdings an die Erkenntnisse aus der Wirtschaftsplanung 2003 anzupassen. Wie in den bisherigen KEF-Anmeldungen waren ferner insbesondere bei den technischen und den DV-Wartungsverträgen sowie in der Planung der Aufwendungen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit höhere Ansätze zu übernehmen. Bei den Wartungskosten hatte die KEF in den Verhandlungen zum 13. Bericht bereits Zustimmung zu überproportionalen Kostensteigerungen signalisiert. Für den Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat die Kommission vor kurzem ARD, ZDF und DeutschlandRadio Gelegenheit gegeben, Marketingkonzepte und -aufwendungen darzustellen. Die Ansätze in der Planung folgten den Steigerungssätzen (4 % p. a.), wie sie von den Anstalten einvernehmlich für diese Präsentation zugrunde gelegt wurden.

Innerhalb der Sachkosten wirken sich ferner die Aufwendungen für Fremdleistungen für die KEF-Projekte Online und Digitalisierung der Archive (siehe „ Projekte“) aus.

Abschreibungen

Die Abschreibungen wurden ab dem Jahr 2004 mit einem konstanten Betrag in Höhe des Ansatzes im Wirtschaftsplan 2003 fortgeschrieben.

Mittelaufbringung/Mittelverwendung

In Mittelaufbringung und Mittelverwendung werden die langfristigen, nicht finanzwirksamen Bestandteile der Ertrags- und Aufwandsplanung neutralisiert sowie Zahlungsströme außerhalb der Ertrags- und Aufwandsplanung abgebildet.

Die Mittelaufbringung weist neben den Anlageabgängen und -abschreibungen sowie den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen die Rücklagenbeträge aus, die zur Deckung der Haushaltsfehlbeträge in den abgeschlossenen Geschäftsjahren erforderlich waren. Dies gilt auch für die Prognose des laufenden Jahres und des Planjahres 2003; in der Vorschau der Jahre 2004 bis 2006 werden die entstehenden Haushaltsfehlbeträge ausgewiesen.

Die Mittelverwendung enthält die auf Basis gutachterlicher Prognosen ermittelten Zuführungen zum Deckungsstock der Versorgungsrückstellungen und damit zugleich die Erhöhung des Bestandes an Wertpapieren des Anlagevermögens, Auflösungen der langfristigen Rückstellungen, Zugänge von Beteiligungen sowie als bedeutendsten Posten die Ausgaben für Investitionen. Diese sind in einer jährlichen Summe ausgewiesen. Die Planung erfolgte in Angleichung an die Wirtschaftsplanung in Projekten unterschiedlicher Größenordnung; eine Aufteilung auf die Anlagekonten der herkömmlichen Mittelfristigen Planung war in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

Von den Investitionen des Planungszeitraumes 2002 bis 2006 von rd. 118 Mio. € entfällt ein Betrag von rd. 20 Mio. € allein auf die Sanierung des Funkhauses Köln.

Projekte

DeutschlandRadio wird zum 14. Bericht der KEF die Projektanmeldungen für die Projekte

- DAB
 - Digitalisierung der Archive
 - DeutschlandRadio Online
 - UKW-Ausstrahlungskosten
- aktualisieren und fortschreiben.

In der Mittelfristigen Finanzplanung ist folgender Projektstand abgebildet:

Bei DAB wurde von der KEF in Anlehnung an die Behandlung der ARD ein Betrag in Höhe von 16,7 Mio. € (32,6 Mio. DM) als Bedarf anerkannt. Darüber hinaus akzeptierte die Kommission, dass DeutschlandRadio gegebenenfalls Kredite in gleicher Höhe zur Finanzierung des Auf- und Ausbaus von DAB-Kapazitäten aufnehmen werde. In der Anmeldung zum 12. Bericht war die Körperschaft noch von Eigeninvestitionen ausgegangen, um DAB-Übertragungskapazitäten zu erhalten. In der Anmeldung zum 13. Bericht berücksichtigte die Körperschaft einen Gesamtbetrag von 32,8 Mio. € (64,2 Mio. DM) für 2001 bis 2004, bei dessen Berechnung im Wesentlichen von der Anmietung von Übertragungskapazitäten ausgegangen wurde.

Nach aktuellem Stand werden von diesen 32,8 Mio. € lediglich 25,8 Mio. € innerhalb der Gebührenperiode abfließen. Die Möglichkeit des Übertrags genehmigter Projektmittel auf die Folgeperiode ist seitens der Kommission zugesagt. Der DAB-Ausbau wird auch über 2004 hinaus fortgesetzt werden; die eingeplanten Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Maßnahmen in den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Kommission erwartet von DeutschlandRadio zum 14. Bericht eine Aussage zur parallelen Nutzung von DAB bei gleichzeitiger Ausweitung des UKW-Sendernetzes.

Zur Digitalisierung der Archive hatte die Körperschaft zum 12. Bericht einen Betrag von 6,0 Mio. € (11,8 Mio. DM) angemeldet. Die KEF hat einen Betrag von 3,3 Mio. € (6,5 Mio. DM) für Investitionen und Wartung anerkannt; die nicht anerkannten Kosten für die Einspielung des vorhandenen Programm-Materials sollten aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. DeutschlandRadio hat zum 13. Bericht das Projekt in der ursprünglichen Höhe erneut eingebracht. In den laufenden Beratungen mit der Kommission hat DeutschlandRadio die Gelegenheit erhalten, seinen Bedarf zu präzisieren; über das Projekt ist bisher nicht abschließend entschieden worden.

Die Planung enthält auch in der nächsten Gebührenperiode (2005 und 2006) Aufwendungen für die Überspielung von Archivmaterial.

Für DeutschlandRadio Online war zum 12. Bericht ein Betrag von 4,0 Mio. € (7,8 Mio. DM) angemeldet, davon wurden unter Verweis auf die Gleichbehandlung mit ARD und ZDF 60 %, also 2,5 Mio. € anerkannt. Die Körperschaft hat zum 13. Bericht die vorliegende Anmeldung um die unter den Programmkosten erwähnten Rechtekosten erhöht (angemeldeter Gesamtbetrag 5,5 Mio. €). In der Planung sind für den Berichtszeitraum 4,5 Mio. €, überwiegend für Fremdleistungen, enthalten. Die Kommission sah sich in den Verhandlungen zum 13. Bericht nicht in der Lage, die auch von ARD und ZDF vorgetragenen zusätzlichen finanziellen Bedarfe zu bewerten und erwartet zum 14. Bericht von den Anstalten ein Papier zu den Kriterien und den Grenzen der Online-Nutzung.

Das zusätzlich angemeldete Projekt Online Tuning mit einem Volumen von 3,5 Mio. € (6,9 Mio. DM) erkannte die KEF vor diesem Hintergrund nicht an. Projektgegenstand waren die Zusatzkosten, die entstehen werden, um die bereits im Internetangebot von DeutschlandRadio vorhandenen Informationen für die verschiedenen digitalen und mobilen Verbreitungswege aufzubereiten.

Im Nachgang zum 12. Bericht wurde zwischen KEF und DeutschlandRadio vereinbart, die erheblichen Zuwächse an UKW-Sendern von 1997 bis 2004 gesondert als Projekt anzumelden. Dies erfolgte zum 13. Bericht mit den Projekten UKW-Ausstrahlungskosten 1997 bis 2000 und 2001 bis 2004. Dabei wurden die einmaligen und laufenden Kosten jeder einzelnen Senderaufschaltung ermittelt und im Jahr des Sendestarts als Zuwachs behandelt. Die für 1997 bis 2000 mit 4,5 Mio. € (8,8 Mio. DM) und für 2001 bis 2004 mit 3,9 Mio. € (7,6 Mio. DM) ermittelten Beträge werden innerhalb der Ausstrahlungskosten geführt. Allerdings hat die KEF einen Betrag von 1,3 Mio. € (2,6 Mio. DM) für Hoheitskosten, der in der Anmeldung für die Periode 2001 bis 2004 enthalten war, nicht anerkannt und DeutschlandRadio für diesen Zeitraum lediglich 2,6 Mio. € (5 Mio. DM) als Projektkosten zugestanden. Die ebenfalls in der Projektanmeldung enthaltenen Kosten für die Bewerbung neuer Frequenzen in Höhe von 3,8 Mio. € (7,4 Mio. DM) hat die Kommission ebenfalls nicht anerkannt.

In der mittelfristigen Planung wird davon ausgegangen, dass das Projekt über 2004 hinaus weitergeführt wird, allerdings werden die weiter gehenden Aufwendungen gegenüber der laufenden Gebührenperiode deutlich auf weniger als 1 Mio. € zurückgehen.

3. Stellungnahme des DeutschlandRadios zum 13. KEF-Bericht

Der 13. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) ist Ihnen vor längerer Zeit gegangen. Die darin getroffenen Feststellungen sind aus Sicht des DeutschlandRadios zum großen Teil zutreffend und müssen nicht mehr Gegenstand des weiteren Dialogs zwischen dem nationalen Hörfunk in der Bundesrepublik und der Kommission sein. In einigen Punkten, die für das DeutschlandRadio von großer Bedeutung sind, unterscheiden sich die Standpunkte allerdings spürbar. In Ergänzung zu dem Ihnen vorliegenden KEF-Bericht möchte DeutschlandRadio Ihnen im Folgenden darlegen, in welchen Teilbereichen das DeutschlandRadio zu einer anderen Bewertung als die Kommission kommt.

Bereits vor der Veröffentlichung des 13. Berichts vermeldeten die Zeitungen eine vermeintliche Überfinanzierung der ARD und des DeutschlandRadios. Tatsächlich prognostiziert die KEF als Conclusio ihrer Untersuchung für das DeutschlandRadio einen Überschuss von rund 46 Mio. € (90 Mio. DM) zum Ende der Gebührenperiode. Allerdings stützt sich die Ermittlung dieses Betrags im Wesentlichen darauf, dass die Kommission von einer weiterhin sehr positiven Entwicklung bei den Gebühreneinnahmen ausgeht, aus denen sich das DeutschlandRadio ausschließlich finanziert.

Wir haben die Vorhersage der KEF zu diesem Punkt zur Kenntnis genommen, müssen aber festhalten, dass deren Eintreffen keinesfalls gesichert ist: Der erfreuliche Anstieg der Zahl der Gebührenzahler in den letzten Jahren beispielsweise, der in diesem Umfang nicht erwartet und dementsprechend nicht eingeplant werden konnte, ist fast ausschließlich auf die gelungenen Bemühungen der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) um mehr Gebührenerlichkeit zurückzuführen. Entsprechende Erfolge werden mit einer ab-

nehmenden Zahl von „Schwarzhörern“ und „Schwarzsehern“ in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr zu erreichen sein, sodass wir über die Entwicklung der Gebührenerträge vorsichtiger urteilen als die Kommission, ohne diesen Aspekt allerdings über die Maßen problematisieren zu wollen.

Mit Sorge betrachten wir hingegen die Kürzungen, die von der KEF beim Programmaufwand und den Entwicklungsprojekten des DeutschlandRadios vorgenommen wurden. Hierzu ist nach unserer Auffassung Folgendes anzumerken:

Ausbau des UKW-Sendernetzes (Tz. 226)

Bei seiner Gründung 1994 verfügte das DeutschlandRadio für seine beiden Programme, Deutschlandfunk und DeutschlandRadio Berlin, bundesweit nur über 37 UKW-Frequenzen und konnte damit die Hörerinnen und Hörer in vielen Teilen der Bundesrepublik terrestrisch gar nicht bzw. nicht in der üblichen technischen Qualität erreichen. Entsprechend der Festlegung im Staatsvertrag, wonach die Körperschaft zwei werbefreie Hörfunkprogramme bundesweit auszustrahlen hat, bemühte sich das DeutschlandRadio intensiv um einen Ausbau des UKW-Sendernetzes. Im Ergebnis standen am Ende des Jahres 1997 bundesweit bereits 66 Sender zur Verfügung, am Ende des Jahres 2002 sogar 223.

Verbunden mit dieser an sich erfreulichen Verbesserung der UKW-Empfangbarkeit waren allerdings erhebliche Kostensteigerungen für die Miete und den Betrieb der Sender sowie für die von der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation (RegTP) erhobenen Hoheitskosten. Diese Ausgaben für die Programmverbreitung werden in der Systematik der KEF allerdings den Programmkosten zugerechnet. Hieraus ergab sich das Problem, dass ein weiterer Anstieg der Kosten für die Programmverbreitung zwangsläufig zu Lasten der Mittel, die für die Programmherstellung zur Verfügung stehen, gehen musste, da die KEF diese aus unserer Sicht getrennt zu behandelnden Kostenarten gemeinsam betrachtet.

Dass die Kommission die Senderzuwächse der Gebührenperiode 1994 bis 1997 anhand der vom DeutschlandRadio vorgelegten, umfangreichen Sachstandsdarstellungen und nach intensiven Diskussionen als unverzichtbaren Beitrag zur Erfüllung der staatsvertraglichen Vorgaben zur bundesweit flächendeckenden Versorgung der Gebührenzahler mit beiden Programmen der Körperschaft anerkannt hat, ist erfreulich. Umso unverständlicher ist für uns allerdings, dass die KEF in ihrem 13. Bericht keine Möglichkeit gesehen hat, die Aufwendungen für die unverzichtbare Information potenzieller Hörerinnen und Hörer im Bereich neu aufgeschalteter Frequenzen über die hinzugewonnene Empfangbarkeit von Deutschlandfunk bzw. DeutschlandRadio Berlin als integralen Bestandteil unseres Projekts zur Verbesserung der Empfangsmöglichkeiten zu betrachten und ebenfalls anzuerkennen.

Überrascht hat uns angesichts der oben referierten Entscheidung auch die von der KEF vorgenommene Kürzung des angemeldeten Programmaufwands um insgesamt 3,06 Mio. € (6 Mio. DM), da diese aufgrund der für das DeutschlandRadio nicht sachgerechten gemeinsamen Betrachtung von Ausstrahlungs- und Herstellungskosten der Programme getroffen wurde.

Wir werden diesen Punkt in den Darlegungen für den gebührenrelevanten 14. KEF-Bericht erneut aufgreifen und mit den Mitgliedern der Kommission beraten müssen.

Digitalisierung der Archive (Tz. 223)

Das DeutschlandRadio hat bereits für den 12. KEF-Bericht ausführlich dargelegt, dass zur Sicherung seines Programmvermögens die Übertragung der Archivbestände von analogen Tonträgern wie Schallplatten oder Magnettonbändern auf digitale Speichermedien erforderlich ist, und dieses Vorhaben als Projekt „Digitalisierung der Archive“ bei der Kommission angemeldet.

Es geht hierbei um den Erhalt unwiederbringlicher Dokumente der Zeit- wie auch der Hörfunkgeschichte, die von den Vorläuferinstitutionen des DeutschlandRadios produziert wurden, sowie um die Sicherung von deren weiterer Programmverfügbarkeit, die nach der Digitalisierung der Sende- und Produktionseinrichtungen der Körperschaft nur noch eingeschränkt gewährleistet ist.

Zu den in Frage stehenden Materialien zählen neben einmaligen Musikaufnahmen auch Wortsendungen wie die „Funkuniversität“ des ehemaligen RIAS, in der ab 1949 Theodor W. Adorno, Alexander Mitscherlich oder Otto Hachenberg vortrugen, Tondokumente von H. G. Gadamer und Karl Jaspers, Lesungen von Alfred Andersch, Heinrich Böll, Uwe Johnson, Jean Amery und Golo Mann sowie ausführliche Interviews mit Persönlichkeiten der Zeitgeschichte wie Ernst Jünger, Carl Zuckmayer, Karl Böhm, Herbert von Karajan oder König Hassan II. von Marokko.

Teile des bei der Körperschaft archivierten Audiomaterials sind akut von einer unwiederbringlichen, altersbedingten Zerstörung bedroht, zudem sind die Kapazitäten der Archive erschöpft. Schon bei Gründung der Körperschaft im Jahre 1994 wurden improvisierte und übervolle Archivräume übernommen, die weit unter jedem Standard für die Lagerung von Tonträgern liegen; im RIAS-Funkhaus wurde über Jahrzehnte hinweg der Bestandszuwachs in unklimateilten Kellerräumen untergebracht.

Der Bedarf für eine langfristige Bewahrung der wertvollen Materialien auf digitalen Tonträgern wurde von der KEF dem Grundsatz nach auch anerkannt, allerdings wurden erheblich weniger Mittel zugestanden als von DeutschlandRadio für nötig erachtet. Dies geschah unter anderem mit Verweis auf die Entscheidung der Kommission zu der entsprechenden Projektanmeldung der ARD.

DeutschlandRadio bedauert dies und wird auch das Projekt „Digitalisierung der Archive“ für den 14. KEF-Bericht noch einmal thematisieren.

Online (Tz. 224 + 225)

Dass innerhalb der KEF grundsätzliche Bedenken gegen eine unbegrenzte Ausweitung der Internetaktivitäten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bestehen, die sich auch im 13. Bericht der Kommission niederschlagen, nimmt das DeutschlandRadio zur Kenntnis. Gemeinsam mit ARD und ZDF wird die Körperschaft das von der KEF geforderte Konzept über Kriterien und Grenzen öffentlich-rechtlicher Internetangebote mit erarbeiten und darlegen, welche Bedeutung einem programmbegleitenden Online-Auftritt in der heutigen Mediengesellschaft zukommt.

DeutschlandRadio möchte mit seinem Online-Angebot den Nutzen seiner Programme ausbauen und vertiefen. Ein großer Teil des Programmangebotes bietet sich zum Wiederhören oder Nachlesen an. Die bereits jetzt große Zahl der Höreranfragen nach Quellen, Manuskripten, Mitschnitten, Literaturangaben etc. macht dies deutlich. Das Internet ist die geeignete Plattform, um Zusatznutzen dieser Art kostengünstig zu realisieren: Manuskripte und Mitschnitte, spezielle Angebote wie O-Töne oder Vollinterviews, Zusatzinformationen zu ausgewählten Sendungen, Links, Literatur- und Frequenzdatenbank, Merchandising. Mit seinem Online-Angebot kann DeutschlandRadio seinen Hörern einen echten Mehrwert auf den Gebieten Service und Information anbieten. Die bimediale Nutzung (HF, Internet) der mit Gebührenmitteln produzierten Programme halte ich für wirtschaftlich sinnvoll. Darüber hinaus bietet das Internet eine hervorragende Möglichkeit, gerade junges Publikum an DeutschlandRadio zu binden. 91 Prozent der Internetnutzer sind jünger als fünfzig Jahre, 63 Prozent sind zwischen zwanzig und neununddreißig Jahre alt. 62 Prozent der Online-Nutzer haben Abitur und Studienabschluss, sind also in besonderer Weise Potential für die anspruchsvollen Programme von Deutschlandfunk und DeutschlandRadio Berlin. Für ein öffentlich-rechtliches Rundfunkunternehmen wie DeutschlandRadio, das in erklärter Weise junge, hochgebildete Hörermilieus erschließen will, ist das Internet ein geeignetes Medium, um dieses Vorhaben zu realisieren.

DeutschlandRadio hat den Auftrag, seine beiden Programme flächendeckend auszustrahlen, die im Staatsvertrag vorgesehene Vollversorgung mit beiden Programmen ist jedoch zurzeit in weniger als der Hälfte aller Bundesländer gewährleistet. Für alle die Hörerinnen und Hörer, die Interesse an diesen Programmen bekunden und die ihre Rundfunkgebühr entrichten, aber keine angemessene Empfangsmöglichkeit von Deutschlandfunk und DeutschlandRadio Berlin haben, bieten die Online-Dienste von DeutschlandRadio eine gute Möglichkeit, sich über den bundesweiten Hörfunk zu informieren und zumindest an Ausschnitten der Programme teilzuhaben. Vor dem Hintergrund einer unzureichenden UKW-Versorgung, der Abschaltung von DSR und dem sich erst nach einer längeren Anlaufphase einstellenden Erfolg von DAB ist DeutschlandRadio Online eine wichtige Ergänzung der beiden Vollprogramme Deutschlandfunk und DeutschlandRadio Berlin. Live-Audio-Angebote im Internet können kurzfristig realisiert werden und können in den Gegenden, in denen kein Empfang möglich ist, zumindest einen Eindruck vom nationalen Hörfunk vermitteln. Online-Angebote des DeutschlandRadios haben also eine weiter gehende Funktion als die Online-Angebote von ARD und ZDF. Sie dienen bei DeutschlandRadio der Sicherstellung der Grundversorgung. DeutschlandRadio wird nicht umhin kommen, gegenüber der KEF noch einmal die grundsätzlich unterschiedlichen Zielgruppen zu erläutern, die hier angesprochen werden sollen.

Da die Kommission die endgültige Entscheidung über die Finanzbedarfe für Online bis zur Vorlage der bereits erwähnten Konzepte der Rundfunkanstalten zurückgestellt hat, werden wir die Gelegenheit nutzen, die Projekte „Online“ und „Online-Tuning“ zum 14. Bericht in einer Gesamtdarstellung zusammenzufassen, die auch Auskunft über möglicherweise entstehende Synergien geben wird.

Dies sind in kurzer Form die wesentlichen Punkte, in denen das DeutschlandRadio und die KEF unterschiedliche Auffassungen vertreten.

4. Erfüllung des Programmauftrages

DeutschlandRadio hat sich seit seiner Gründung im Jahre 1994 als bundesweiter, föderaler Hörfunkanbieter etablieren können, dessen zwei Programme DeutschlandRadio Berlin und Deutschlandfunk ihre Schwerpunkte auf Information und Kultur aus ganz Deutschland legen und dabei das Geschehen in den Bundesländern umfassend berücksichtigen.

Das traditionsreiche Programm Deutschlandfunk hat sich weiter als das bundesweite Informationsprogramm Nr. 1 mit einem Wortanteil von 80 Prozent profiliert. Das Programm des Deutschlandfunks setzt auf seine bewährten Informationssendungen und die ausführlichen Nachrichten, die das Tagesprogramm jeweils zur vollen und zur halben Stunde strukturieren. Im Abendprogramm sorgen stündliche Nachrichten für aktuelle Informationen. Das Informationsspektrum umfasst auch ausführliche Wirtschafts- und Wissenschaftssendungen, Programmbeiträge zu Bildungs- und Ausbildungsfragen, eine breit gefächerte internationale Berichterstattung, Berichterstattung aus den Ländern und tägliche Schwerpunktsendungen über Europa.

Die bundespolitische Berichterstattung für beide Programme konzentriert sich im Hauptstadtstudio. Acht Korrespondenten sorgen für einen kontinuierlichen Informationsfluss aus Parlament und Ministerien, aus Partei- und Verbandszentralen. Inzwischen hat das Hauptstadtstudio seinen endgültigen Sitz im Zollernhof Unter den Linden bezogen, in dem auch das Hauptstadtstudio des ZDF untergebracht ist.

DeutschlandRadio Berlin hat entsprechend der staatsvertraglichen Schwerpunktsetzung stark kulturorientierte Programmakzente. Es bietet einen Spannungsbogen von Hoch- und Subkultur, präsentiert kulturelle Trends. DeutschlandRadio Berlin konzentriert sich auf herausragende künstlerische Eigenproduktionen, beispielsweise Konzert- und Festivalübertragungen aus allen Ländern und auf Hörspiele aller Gattungen und vielfach ausgezeichnete Qualitätsfeatures.

Die Erfüllung des staatsvertraglich vorgegebenen Programmauftrages wird von der KEF in Textziffer 39 des 13. Berichtes wie folgt beschrieben: „Beim Angebot des DeutschlandRadios kam ... Information und Service klar die höchste Priorität zu. Auf Platz zwei folgt Kultur und Bildung und ... auf Platz drei die Musikgattung Klassik.“

Die Programme des DeutschlandRadios sind wegen ihres überregionalen Anspruchs und ihrer anspruchsvollen Inhalte nicht mit denen kommerzieller Anbieter zu vergleichen, sie unterscheiden sich aber auch deutlich von den Hörfunkprogrammen der ARD-Anstalten. Während die Landesrundfunkanstalten die Identität der von ihnen versorgten Regionen in Kultur und Politik widerspiegeln, stellt DeutschlandRadio mit seinen beiden Programmen die Verbindungen und Zusammenhänge über die Ländergrenzen hinaus her und macht entsprechend seinem von den Ländern erteilten Integrationsauftrag die Einheit des föderalen Bundesstaates hörbar.

Die wöchentlichen Sendezeiten der beiden DeutschlandRadio-Programme verteilen sich wie folgt auf die Programmsparten:

	Minuten
Nachrichten und aktuelle Information einschl. Wirtschaft	8 255
Musik(-Sendungen) ohne Magazinmusik	5 640
Dokumentation/Reportage	1 535
Diskussion	1 615
Länderberichte	455
Hörspiele	920
Kultur	1 595

Nachdem die Hörerschaft der DeutschlandRadio-Programme sich in der jüngeren Vergangenheit verdoppelt hat, ist gegenwärtig eine Stabilisierung auf hohem Niveau zu verzeichnen. Wenngleich das Hörerschaftspotential noch nicht ausgeschöpft ist, stößt seine Ausweitung an Grenzen, die sich aus der unzureichenden Bekanntheit der Programme aufgrund der Unterversorgung mit UKW-Frequenzen und der finanziellen Beschränkung der Marketingmaßnahmen ergeben.

Ausweislich der Media-Analyse (MA) 2002 (II) stieg die Zahl der regelmäßigen Hörer (weitester Hörerkreis) des Deutschlandfunks gegenüber dem Vorjahr bundesweit um gut 920 000 auf 6,225 Mio. Personen. Die tägliche Hörerschaft (Hörer gestern) des Deutschlandfunks stieg um 126 000 auf 1,164 Mio. Personen. Zur regelmäßigen Hörerschaft von DeutschlandRadio Berlin zählen 2,203 Mio. Hörerinnen. Die tägliche Hörerschaft beträgt 243 000.

5. Perspektiven

Angesichts der dargestellten Schwierigkeiten (Unterversorgung mit Frequenzen und mangelnde Marketingmöglichkeiten) liegt künftig ein Schwergewicht auf dem Gewinn neuer Ausstrahlungskapazitäten auf unterschiedlichen technologischen Wegen und auf einer intensiven Bekanntmachung dieser Empfangsmöglichkeiten in den einzelnen Regionen und Subregionen. Darüber hinaus muss DeutschlandRadio als Radio aller Länder nach ersten Testsendungen seine Präsenz durch Außenübertragungen, Konzertreihen und andere Veranstaltungen in den Ländern orientiert am Standard der Landesrundfunkanstalten ausbauen.

a) Verbreitungswege

Der Ausbau der Verbreitungswege muss zurzeit noch vorrangig über UKW verfolgen, weil dies der von der Bevölkerung hundertprozentig genutzte Empfangsweg ist. Aufgrund der mangelnden Frequenzabdeckung mit UKW (Deutschlandfunk: 75 % technische Reichweite, DeutschlandRadio Berlin: 50 % technische Reichweite) spielen für DeutschlandRadio auch noch Mittel- und Langwelle eine wichtige Rolle. Nach Hörerbefragungen werden die Programme von 10 % der Hörerschaft über dieses Frequenzband erreicht. Wegen des nationalen Auftrages von DeutschlandRadio wird auf weitere Investitionen in die die deutschen Grenzen weit überschreitende Kurzwelle verzichtet.

Wie alle anderen Rundfunkanstalten muss DeutschlandRadio sich auf künftige technische Entwicklungen einstellen und beteiligt sich deshalb mit den Landesrundfunkanstalten, den Landesmedienanstalten und der Telekom an den regionalen Digitalradio-Gesellschaften. In den Regionen, in denen die DeutschlandRadio-Programme noch nicht über UKW zu empfangen sind, bietet die Einspeisung von Deutschlandfunk und DeutschlandRadio Berlin einen tatsächlichen „Mehrwert“ für die Hörer. Da DAB nach derzeitigem Entwicklungsstand lediglich eine Zukunftsoption darstellt, deren zeitliche Realisierung von verschiedenen schwer kalkulierbaren Faktoren abhängt, müssen daneben die Bemühungen um den Ausbau der UKW-Versorgung unverändert fortgeführt werden, um dem staatsvertraglichen Auftrag zur flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung näher zu kommen.

b) Präsenz in den Ländern

DeutschlandRadio hat auf der Grundlage von § 6 des Gründungsstaatsvertrages den Auftrag, ein umfassendes Bild der „deutschen Wirklichkeit“ zu vermitteln, „das Geschehen in den einzelnen Ländern und die kulturelle Vielfalt Deutschlands ... angemessen im Programm darzustellen“ und „vor allem die Zusammengehörigkeit im vereinten Deutschland (zu) fördern sowie der gesamtgesellschaftlichen Integration“ zu dienen. Der Auftrag zur umfassenden Wahrnehmung dieser Aufgaben setzt voraus, dass der föderale länderübergreifende Hörfunk nicht nur aus den Funkhäusern sendet, sondern auch direkt aus den Ländern berichtet und mit Sendungsaktivitäten vor Ort präsent ist. In den Ländern und im Hörfunkrat wird darauf gedrungen, dass DeutschlandRadio vergleichbar zu den Landesrundfunkanstalten entsprechende Aktivitäten unternimmt. DeutschlandRadio hat die Tests zu solchen Sendereihen erfolgreich abgeschlossen.

Im Vordergrund der geplanten Aktivitäten zur Verstärkung der Präsenz in den Ländern stehen Sendereihen, die kulturelle Aktivitäten herausstellen, exemplarische Ereignisse aus den einzelnen Bundesländern vor Ort für ganz Deutschland aufbereiten und Sendungen, die der gesamtgesellschaftlichen Integration der jüngeren Generation dienen. Durch seine Präsenz vor Ort kann DeutschlandRadio seine föderale Aufgabenstellung mediengerecht erfüllen. Durch Veranstaltungsreihen und Aufzeichnungen vor Ort kann das Radio der Länder gerade eine jüngere Hörerschaft ansprechen und langfristig an seine Informations- und Kulturprogramme binden. Die Gewinnung gerade jüngerer Hörerschaften aus allen Bundesländern ist existentiell zur Erfüllung des Integrationsauftrages.

DeutschlandRadio ist Hauptgesellschafter der Rundfunk-Orchester und -Chöre GmbH in Berlin und beabsichtigt, mit diesen Ensembles regelmäßig an Musikfestspielen und in Konzertsälen in den Bundesländern aufzutreten. Die jetzt vorrangige Präsenz der Ensembles in den Konzertsälen der Hauptstadt konterkariert den länderübergreifenden Auftrag des DeutschlandRadios. Die Finanzierung der Klangkörper erfolgt zu vierzig Prozent durch Gebührenmittel aus allen Bundesländern.

Gleichzeitig beabsichtigt DeutschlandRadio, bei der Beteiligung an Festivals in den Bundesländern grundsätzlich in jedem Bundesland einen Nachwuchspreis für junge Künstler auszuschreiben, der nicht mit einem gesonderten Preisgeld verbunden ist, sondern den jungen Künstlern die Möglichkeit gibt, in den Sendestudios des DeutschlandRadios ein Werk unter fachlicher und technischer Begleitung aufzunehmen. DeutschlandRadio betrachtet es angesichts seines staatsvertraglichen Kulturauftrages als seine Aufgabe, Nachwuchs nicht nur im journalistischen, sondern auch im künstlerischen Bereich zu fördern.

DeutschlandRadio beabsichtigt, die Sendereihe Grundton D – Konzertangebote in Zusammenarbeit mit der Stiftung Denkmalschutz in bedrohten Bauwerken – künftig nicht nur in den neuen Bundesländern zu produzieren, sondern seinem Integrationsauftrag folgend diese Sendereihe mit dem Ziel der Bewahrung kultureller Traditionen und eines die Ländergrenzen überschreitenden historischen Bewusstseins auch auf die alten Bundesländer auszudehnen.

DeutschlandRadio beabsichtigt in Erfüllung seines Kulturauftrages den politisch orientierten Länderkorrespondenten in einigen großen Bundesländern jeweils Kulturkorrespondenten an die Seite zu stellen.

Nach den Erfahrungen mit Vor-Ort-Testsendungen der täglichen Sendereihe Campus & Karriere (für ein studentisches Publikum), Kakadu (für Kinder), Schulklassengespräche (für Schüler) und Literatursalon plant DeutschlandRadio, diese Sendungen kontinuierlich nicht nur aus seinen Standortländern Berlin und Nordrhein-Westfalen, sondern in gewissen Abständen auch an Schulen, Universitäten und in Literaturhäusern in allen Bundesländern zu veranstalten. Um einen effizienten Einsatz der Produktionsmittel zu ermöglichen, werden die Außenauftritte dieser Sendungen abgestimmt. Die bisherige Sendeform mit Erstellung und Produktion der Sendung jeweils an den Standorten und in den Funkhäusern entspricht nicht dem bundesweiten Auftrag und der Integrationsfunktion des nationalen Hörfunks.

Auch die neu eingeführte Sendereihe Forum Pisa zu Erziehungs- und Bildungsfragen ist angesichts der föderalen Struktur des Bildungswesens in Deutschland ohne regelmäßige Auftritte vor Ort dem föderalen Auftrag des DeutschlandRadios nicht angemessen.

Aus Kostengründen werden zurzeit Länderforen, auf denen Problemstellungen der Länder abgehandelt werden, die exemplarisch für die föderale Struktur sind, in den Landesvertretungen in Berlin produziert. Diese Veranstaltungsreihe soll, dem föderalen Auftrag des DeutschlandRadios entsprechend, künftig in den einzelnen Bundesländern durchgeführt werden.

Hörerbindung entsteht nicht nur aus der Zufriedenheit mit der Programmleistung. Sie ist auch Produkt einer kontinuierlichen Kommunikation zwischen Sender und Empfänger. Hörerbindung wird verstärkt und neue Hörer können gewonnen werden, wenn die Menschen das Interesse an ihrer Region, an ihren Lebensumständen, an ihrer regionalen Kultur spüren. Auf der Basis einer so entstehenden Hörerbindung ist der Integrationsauftrag des Staatsvertrages auf Dauer einzulösen.

c) Information über Programminhalte und Empfangsmöglichkeiten

DeutschlandRadio hat zwei Marketing-Ziele:

1. Es muss kontinuierlich über seine Empfangbarkeit und über die Aufschaltung neuer Frequenzen in den einzelnen Regionen informieren. Alle anderen Hörfunksender und das Fernsehen verfügen über flächendeckende Frequenznetze und sind seit Jahrzehnten über die gleichen großflächigen Frequenzen zu empfangen. DeutschlandRadio dagegen verfügt nur über ein kleinteiliges Frequenznetz, in das kontinuierlich neue Frequenzen aufgenommen werden. Die Information über diese Empfangsmöglichkeiten ist ein Spezifikum für die DeutschlandRadio-Programme.
2. DeutschlandRadio muss über seine Programminhalte informieren. Dieses Marketing-Ziel entspricht dem der Landesrundfunkanstalten und des ZDF, wobei die DeutschlandRadio-Programme über ihre Programmangebote wie das ZDF national und nicht wie die Landesrundfunkanstalten lediglich regional oder lokal informieren müssen.

DeutschlandRadio hat bei seinen Marketing-Maßnahmen, die in erster Linie der Information über Empfangsmöglichkeiten und Programmangebote dienen, drei strukturelle Nachteile. Es kann sich als alleiniger Hörfunkveranstalter nicht auf eine in allen Haushalten präsente Fernsehmarke stützen – wie die Landesrundfunkanstalten es tun können. Es hat als alleiniger Hörfunkveranstalter keine Möglichkeit zur Crosspromotion, d. h. zur gegenseitigen Bewerbung von Radio und Fernsehen. Und es kann als werbefreier Sender keine Tauschgeschäfte mit Printmedien – tausche Anzeige gegen Werbespot – vornehmen.

Der Hörfunkrat des DeutschlandRadios hat durch einen Beschluss vom 19. September 2002 unterstrichen, dass die Information über Empfangsmöglichkeiten und Programminhalte entsprechend den Marketing-Standards von ARD und ZDF vorgenommen werden soll. In dem Beschluss wird DeutschlandRadio aufgefordert, „kontinuierlich und national über seine Empfangsmöglichkeiten zu informieren“ und „aufbauend auf den bisher gemachten Erfahrungen und erfolgreich verlaufenden Tests bei der Werbung in überregionalen Titeln, in regionalen Tageszeitungen und bei zielgruppenspezifischen Titeln, mit Mailing-Aktionen und anderen speziellen Zielgruppenansprachen . . . , die Ansprache potentieller Hörer vergleichbar zu den Landesrundfunkanstalten und zum ZDF voranzutreiben.“

Zugleich appelliert der Hörfunkrat an die Träger des DeutschlandRadios, ARD und ZDF, analog zur Bewerbung der von ARD und ZDF gemeinsam betriebenen Fernsehprogramme (ARTE, 3sat, PHOENIX, Ki.Ka) auch die Programme des DeutschlandRadios kontinuierlich mit Spots in ihren Programmen zu bewerben.

Anlage

Gesamtplan 2000 bis 2003

Teil I – Ertrags- und Aufwandsplan
alle Angaben in T€

lfd. Nr.	Kto.gr. Konto	Bezeichnung	1 Ist 2000	2 Ist 2001	3 Plan 2002	4 Soll 2003
Teil I		Ertrags- und Aufwandsplan				
A		Erträge	183 924	204 161	204 624	201 907
	300	Hörfunkgebühren	160 981	186 949	188 550	188 033
	303	Mittelzuweisungen des Bundes	3 613	4 110	4 039	4 141
	31 bis 39	Sonstige betriebliche Erträge	19 331	13 102	12 035	9 732
B		Aufwendungen	178 667	186 079	194 397	203 414
	40 bis 41	Personalaufwendungen	57 043	61 071	61 857	62 585
	42 bis 43	Programmaufwendungen	34 607	35 027	36 516	36 842
	45	Technische Leistungen	27 874	28 088	32 012	34 845
	44	Materialaufwendungen	1 838	1 652	1 934	1 843
	46 bis 49	Übrige betriebliche Aufwendungen	46 420	49 950	52 210	56 562
	457	Abschreibungen	10 886	10 291	9 868	10 737
C		Jahresüberschuss (zu übertragen auf Teil II – Finanzplan)	5 257	18 082	10 227	- 1 507

Gesamtplan 2000 bis 2003

Teil II – Finanzplan
alle Angaben in T€

lfd. Nr.	Kto.gr. Konto	Bezeichnung	1 Ist 2000	2 Ist 2001	3 Plan 2002	4 Soll 2003
Teil II		Finanzplan				
A		Mittelaufbringung	17 021	29 297	29 359	10 737
		Abschreibungen	10 886	10 291	9 868	10 737
		Zuführung zur Versorgungsrückstellung	781	872	1 738	0
		Auflösung von Rücklagen	0	0	7 526	0
		Sonstige	96	52	0	0
		Zuweisung vom Ertrags- u. Aufwandsplan	5 257	18 082	10 227	0
B		Mittelverwendung	11 558	16 291	29 359	24 746
		Investitionen	9 010	11 472	26 003	23 239
		Zuweisung zum Versorgungsstock	2 467	3 579	2 180	0
		Beteiligungen	81	1 232	511	0
		Gewährung von Darlehen/Sonstige	0	7	665	0
		Zuweisung zum Ertrags- u. Aufwandsplan	0	0	0	1 507
C		Überschuss = Zuführung Rücklagen/ Fehlbetrag = Auflösung Rücklagen	5 462	13 006	0	- 14 009